GILBERT C. LAYTON:

DIE DEUTSCH-ENGLISCHEN HANDELSBEZIEHUNGEN

Vor kurzem hat das britische Handelsamt die Ziffern der englischen Handelsstatistik für das erste Halbjahr 1927 veröffentlicht. Sie zeigen im Vergleich zu den entsprechenden Ziffern des Jahres 1925 — die Angaben für 1926 sind infolge des Kohlenstreiks für Vergleichszwecke nicht verwendbar — in runden Ziffern einen Rückgang der Einfuhr um nahezu 60 Mill. £, eine Verringerung der Ausfuhrwerte um etwa 50 Mill. £ und eine Minderung der Wiederausfuhr um etwa 11 Mill. £.

Diese Ergebnisse sind vom britischen Standpunkt aus betrachtet recht enttäuschend. Zum Teil mag dieser Rückgang ja auf die in der Zwischenzeit erfolgte Preissenkung zurückzuführen sein. Selbst wenn man aber diesen Faktor gebührend in Rechnung stellt, so bleibt doch die betrübliche Tatsache bestehen, daß sich der Umfang des englischen Handelsverkehrs in den letzten Jahren nicht nur nicht erweitert, sondern tatsächlich verringert hat. Bei der hohen Bedeutung des deutschen Marktes für den englischen Handel ist hierbei die Frage interessant, wieweit diese ungünstige Entwicklung den deutsch-englischen Handelsverkehr beeinflußt hat.

Das Ergebnis einer solchen Untersuchung ist für Deutschland durchaus erfreulich. Die englischen Importe aus Deutschland sind in den letzten drei Jahren ständig gestiegen. Deutschland hat in dieser Beziehung viel günstiger abgeschnitten als andere Länder. Die nachstehende Tabelle läßt erkennen, wie sich die Einfuhr Großbritanniens aus Deutschland im Vergleich zur Einfuhr aus Kontinentaleuropa, zu derjenigen aus dem britischen Weltreich und der übrigen Welt entwickelt hat:

Britische Einfuhr Januar—Juni der betreffenden Jahre

Land	Gesamtwert der Einfuhr in 1000 £			Prozentuale Zu- oder Abnahme 1927 im Vergleich zu	
	1925	1926	1927	1925	1926
Deutschland	24,147	27,082	29,056	+ 20,3	+ 7,3
Kontinentaleuropa	221,272	206,043	218,374	— 1,3	+ 6,0
Britisches Weltreich	216,328	201,960	185,321	— 14,3	— 8,3
Übrige Welt	293,944	194,553	213,672	— 10,9	— 9,7

Im Jahre 1926 also, als Englands Kaufkraft infolge des Bergarbeiterstreiks erheblich geschwächt war, konnte Deutschland trotzdem seine Verschiffungen nach Großbritannien steigern. Das gleiche gilt für 1927. Ein Vergleich der Ziffern vom Jahre 1927 mit denjenigen des Jahres 1925 — dem letzten Normaljahre — ergibt, daß die britische Einfuhr aus Kontinentaleuropa um etwa $1\,^1/_2\,^0/_0$, diejenige aus den Dominions um etwa $14\,^0/_0$ und diejenige aus der übrigen Welt um beinahe $11\,^0/_0$ sank. Die Importe aus Deutschland überstiegen dagegen in den entsprechenden Zeitabschnitten um über $20\,^0/_0$ diejenigen des Jahres 1925.

Daß die Bilanz des Handels zwischen beiden Ländern in letzter Zeit für Deutschland günstiger wurde, erhellt aus nachstehender Aufstellung:

Deutsch-englische Handelsbilanz Januar—Juni
(In 1000 £)

	1925	1926	1927
Britische Einfuhr aus Deutschland	24,147	27,082	29,056
Britische Ausfuhr nach Deutschland	38,693	21,196	34,853
Hiervon englische Erzeugnisse	22,456	11,414	19,197
Wiederausfuhr	16,237	9,782	15,656
Ausfuhrüberschuß Englands	14,546	5,886*)	6,797

Man sieht also, daß England im Jahre 1925 im Handelsverkehr mit Deutschland einen Ausfuhrüberschuß von $14\,^1/_2$ Mill. £, im Jahre 1927 dagegen nur einen solchen von weniger als 6 Mill. £ erzielen konnte. Im Jahre 1926 lag die Bilanz in den ersten 6 Monaten zugunsten Deutschlands, doch findet dieser Vorgang in den normalen Verhältnissen des Bergarbeiterstreiks seine Erklärung.

Was die einzelnen Industriezweige betrifft, so bietet ein Blick auf die britische Handelsstatistik Gelegenheit zu mancherlei interessanten Betrachtungen. So sind z. B. deutsche Kartoffeln fast gänzlich vom englischen Markt verschwunden. Ihre Einfuhr ging von 2,57 Mill. cwts (1 cwt = 50,8 kg) im Werte von 670648 £ im ersten Halbjahr 1925 auf 5297 cwts im Werte von 2247 £ im ersten Halbjahr 1927 zurück. Die Zuckerausfuhr konnte trotz schwieriger Verhältnisse von der deutschen Zuckerindustrie ziemlich in gleicher Höhe gehalten werden. Der Wert der britischen Einfuhr von raffiniertem Zucker betrug in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 106722 £ gegenüber 117711 £ im entsprechenden Zeitabschnitt des Jahres 1925. Auch die Zollerhöhung auf Weine scheint die deutsche Weinausfuhr nicht übermäßig beeinflußt zu haben. Sie betrug im ersten Halbjahr dieses Jahres 200282 Gallonen im Werte von 94887 £ gegen 160490 Gallonen (1 Gallon = 4,5 l) im Werte von 83579 £ im ersten Halbjahr 1925. Ganz besonders ist die englische Holzeinfuhr aus Deutschland gestiegen. Deutschland hat im ersten Halbjahr 1927 geschnittenes Weichholz im Werte von 126671 £ nach England geliefert gegenüber 35191 £ vor 2 Jahren. Ein bedeutendes Exportgeschäft nach

*) Englischer Einfuhrüberschuß.

England macht Deutschland auch in Wollumpen, obwohl die Verschiffungen hier einen kleinen Rückgang aufweisen. Ihr Wert betrug in den ersten 6 Monaten 1925 102000 £ und 72000 £ in den ersten 6 Monaten dieses Jahres. In Rohstoffen und Halbfabrikaten für die Papierindustrie nimmt Deutschland eine führende Stellung im englischen Außenhandel ein. Die Einfuhr deutscher chemisch bearbeiteter Zellulose (Trockenzellulose, ungebleicht) stellte sich in den ersten 6 Monaten der letzten 3 Jahre nach Menge und Wert folgendermaßen:

	1925	1926	1927
Mengetons	4,587	23,465	28,235
Wert £	57,719	311,287	377,404

Die Erfahrungen der ersten 6 Monate dieses Jahres lassen erkennen, daß sich der britische Handel im Verkehr mit der Weltwirtschaft nicht den Erwartungen entsprechend entwickelt hat. Deutschland hat indessen sein Handelsvolumen im englischen Handelsverkehr vergrößern können. Aller Voraussicht nach läßt sich eine weitere Verstärkung der Tendenz erwarten. Die Bemühungen der Geschäftswelt beider Länder werden hier natürlich viel ausmachen. Letzten Endes aber wird eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft und eine Steigerung der Umsätze des englischen Handels in der Welt die beste Garantie für eine günstige Entwicklung auch der deutsch-englischen Handelsbeziehungen bilden.

FRITZ THYSSEN:

UM DEUTSCHLANDS FINANZWIRTSCHAFT

Nachdem der Dawesplan in Deutschland angenommen worden ist, besteht für Deutschland die Pflicht, alles zu tun, um ihn zu erfüllen. Natürlich muß ein Schuldner, der ernstlich bestrebt ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen, verlangen, daß die Gläubiger auch ihrerseits die Voraussetzungen erfüllen, unter denen der Dawesplan entstanden ist. Diese Voraussetzungen bestehen im wesentlichen darin, daß Deutschland in die Lage versetzt wird, genügende Mengen Waren abzusetzen, um aus dem Verkaufserlös seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Die Möglichkeit, Waren aus Deutschland zu exportieren, muß also in steigendem Maße geschaffen werden. Leider ist jedoch festzustellen, daß diese Möglichkeit Deutschland nicht in ausreichendem Maße gewährt wird. Die langwierigen und schwierigen Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Frankreich beweisen, daß der Wille dazu kaum vorhanden ist. Aber auch bei den übrigen Ländern zeigen sich in steigendem Maße Tendenzen, um die selbstverständlichen Voraussetzungen für die Erfüllung des Dawesplans zu zerstören. Die deutsche Regierung sollte nicht müde werden, immer wieder darauf hinzuweisen, daß, wenn man die Erfüllung des Dawesplans verlangt, man auch die

Möglichkeit zur Erfüllung bieten muß, und daß, wenn die Möglichkeit zum Export Deutschland nicht in ausreichendem Maße gewährt wird, die Verantwortung für die etwaige Nichterfüllung des Dawesplanes nicht auf Deutschland fällt.

Daß man uns die Verantwortlichkeit bei etwaigen Schwierigkeiten zuschiebt, müssen wir unter allen Umständen vermeiden. Deshalb dürfen wir in unserem eigenen Interesse auch die Warnung Parker Gilberts hinsichtlich der Kostspieligkeit und Unübersichtlichkeit unserer öffentlichen Verwaltung nicht auf die lange Bank schieben, ganz abgesehen davon, daß ohne eine umfassende Verwaltungsreform eine Konsolidierung unserer inneren Verhältnisse unmöglich ist. Von maßgebender deutscher Seite ist wiederholt erklärt worden, daß wir unsererseits auch alles tun müssen, um die Möglichkeit der Erfüllung sicherzustellen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung die Rationalisierungsbestrebungen der Wirtschaft unterstützt. Es ist aber bedauerlich, festzustellen, daß alle Bestrebungen bezüglich Rationalisierung der Verwaltung der öffentlichen Hand ohne sichtbaren Erfolg geblieben sind. Wir leisten uns nach wie vor den teuersten und kompliziertesten Verwaltungsapparat der Welt. Es würde unsere Lage unabsehbar erschweren, wenn wir erst im Zeitpunkt kritischer Verhandlungen über die Tragbarkeit der Daweslasten und die Festsetzung der Gesamtlast an ernsthafte Maßnahmen denken wollten. Was von der Wirtschaft verlangt worden ist, nämlich sich auf die Dawesbelastung durch Rationalisierung einzurichten, muß auch von Reich, Ländern und Gemeinden gefordert werden. Man muß Herrn Parker Gilbert meines Erachtens dankbar sein, daß er uns rechtzeitig gewarnt hat.

Hermann Lautensach:

BERICHT ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Industriewirtschaft der Erdteile

Wenn im folgenden versucht wird, in Fortsetzung der Ausführungen von S. 108 ff., 382 ff. und 652 ff. dieses Jahrgangs, die jüngsten Entwicklungsrichtungen der Industriewirtschaft der Welt erdteilweise zusammengefaßt anzudeuten, so ist sowohl in Rücksicht auf den Raum wie auf die in diesen ungemein vielseitigen Bereichen meist nur lückenhafte Weltstatistik von vornherein eine enge Beschränkung auf einige wenige Produktionszweige notwendig. Als solche eignen sich die Roheisen- und Rohstahlerzeugung, die Maschinenindustrie, der Schiffsbau und die Baumwollindustrie besonders gut.

Bis etwa zum Jahr 1894, in dem die englische Roheisenerzeugung letztmalig die U. S.-amerikanische übertraf, hatte die Europäische Halbinsel durch seine Großproduzenten England, Deutschland und Frankreich, deren Erzeugung noch durch die Belgiens, Luxemburgs und des jetzigen Polen vergrößert wurde, die unbestrittene Führung in der Eisenverarbeitung. Das Jahr 1913 (siehe untenstehende Tabelle), in dem die Roheisenerzeugung der Europäischen Halbinsel immerhin noch 52% der

Roheisen *) und Rohstahl	Hochöfen Ende 1926		Roheisenerzeugung in 1000 t			Rohstahlerzeugung in 1000 t		
	vorhanden	im Feuer	1913	1925	1926	1913	1925	1926
Deutsches Reich	206	109	10922	10089	9644	11772	12119	12341
Saargebiet			1368	1452	1640	2076	1572	1740
Frankreich	217	156	9071	8494	9393	6972	7415	8386
Großbritannien	449	78**)	10428	6360	2481	7787	7504	3618
Belgien	56	56	2481	2544	3399	2467	2411	3374
Europ. Halbinsel			*40400*	*34800*	*32800*	*38700*	*39100*	*37500*
Sowjetrußland			*4558*	*1532*	*2424*	*4836*	*2124*	*3096*
Japan			240	350	393	230	550	650
Brit.-Indien			—	570	865	—	230	280
Außerruss. Asien			*240*	*1301*	*1639*	*230*	*983*	*1132*
Vereinigte Staaten	371	209	31463	37290	40134	31803	46122	49163
Kanada	15	5	1032	576	744	1056	768	792
Nordamerika	*386*	*214*	*32495*	*37866*	*40878*	*32859*	*46890*	*49955*
Übrige Erdteile			*700*	*1100*	*900*	—	*1000*	*1200*
Ganze Erde			78400	76600	78600	76600	90100	92900

*) Überall derzeitige Grenzen. **) Im Sept. u. Okt. 1926 nur 5.

Weltproduktion betrug, stellt dank der inzwischen gewaltig gestiegenen Gewinnung Deutschlands noch einen Abglanz jener alten glücklichen Zeit dar. Das Jahr 1925 zeigt ein gänzlich anderes Bild. Die Europäische Halbinsel ist auf 45% der Weltproduktion gesunken. Das Deutsche Reich hat zwar in staunenswerter Kraft, obwohl ihm 80% seiner Rohstoffbasis entrissen sind (Lothringen, Ostoberschlesien), die Vorkriegsförderung innerhalb der alten Grenzen nahezu wieder erreicht. Aber Großbritannien, das durch den Weltkrieg seinen festländischen Rivalen für immer unschädlich zu machen gehofft hatte, verzeichnet einen furchtbaren Niedergang seiner Roheisenerzeugung, und auch Frankreich, das als einziger Großindustriestaat der Europäischen Halbinsel über eine mächtige Rohstoffgrundlage verfügt, hat trotz seines kräftigen Anstiegs in den letzten Inflationsjahren die Produktionsziffer von 1913, die zu 3,864 Mill. t auf Deutsch-Lothringen entfiel, 1925 noch nicht wieder erreicht. Die so gekennzeichnete Entwicklungslinie erfährt 1926 durch den englischen Kohlenstreik eine geradezu krasse Verstärkung. Die Weltproduktion an Roheisen steigt das erstemal über den Wert von 1913, aber der Anteil der Europäischen Halbinsel fällt auf 42%. Des stolzen Großbritannien Erzeugung sinkt infolge des katastrophalen Koksmangels unter die des kleinen Luxemburg; von seinen 449 Hochöfen, die eine während des Weltkrieges ungeheuer aufgeblähte Produktionskapazität andeuten (siehe Tabelle), sind im September/Oktober 1926 nur ganze 5 unter Feuer! Von diesem gänzlichen Zusammenbruch des einst ersten Eisenlandes der Welt ziehen aber nur die Festlandsstaaten wesentlichen Vorteil, die über eine genügende Rohstoffbasis verfügen: Frankreich, das jetzt die Vorkriegsproduktion überschreitet, das Saargebiet, das zur Zeit innerhalb der französischen Zollgrenzen liegt, Luxemburg und Belgien, die eine Zollunion bilden. Belgien ist 1926 der einzige Staat Europas, der seine Produktionskapazität voll auszunutzen imstande ist. Deutschlands Erzeugung bleibt sogar hinter der von 1925 zurück.

Ein allmählich immer stärkerer Teil der Roheisenerzeugung der Welt wird zu Stahl verarbeitet, und da der Stahl außer dem Eisen noch andere Metalle enthält (Chrom, Wolfram, Nickel, Mangan), übertrifft seit 1920 das Gewicht der Weltstahlerzeugung das der Roheisenerzeugung. Es ist schon seit 1923 wieder größer als der Vorkriegswert und hat in den Jahren 1925/26 eine gewaltige, sprunghafte Steigerung erfahren. Wenn man diese Tatsachen berücksichtigt, wird man die Erscheinung richtig werten, daß die Rohstahlproduktion der Europäischen Halbinsel 1925 erstmalig den Vorkriegsbetrag überschritten hat. Es ist das nicht ein Zeichen aufsteigender Entwicklung. Betrug doch der relative Anteil 1913 noch 51%, 1925 dagegen nur noch 43%. Der Fall ist also in Wirklichkeit noch schlimmer als bei der Roheisenerzeugung. Auch hier ist der am schwersten getroffene Staat Großbritannien. Das Deutsche Reich jedoch hat auf diesem Gebiet die Vorkriegserzeugung innerhalb seiner jetzigen Grenzen überschritten, wenn auch nicht in dem relativen Maße, wie die Weltproduktion gestiegen ist. Das Jahr 1926 bringt auch hier mit dem Kohlenstreik den furchtbaren Fall Großbritanniens, und trotz verstärkter Erzeugung fast sämtlicher übrigen europäischen Erzeuger sank dadurch der Anteil der Europäischen Halbinsel jäh auf 40%.

Angesichts der eben gekennzeichneten Entwicklung hat Europa zum wenigsten auf diesem Gebiet den Kleinhader zurückzustellen versucht. Seit dem 1. Oktober v. J. existiert die „Internationale Rohstahlgemeinschaft“, der das Deutsche Reich, das Saargebiet, Frankreich, Luxemburg, Belgien und jetzt auch die Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn angehören. Mit einer Gesamterzeugung von (1926) 28,4 Mill. t Roheisen und 30,5 Mill. t Rohstahl stellt diese auf dem Weltmarkt als Einheit in

Erscheinung tretende Gemeinschaft einen mächtigen Faktor dar. Aber Großbritannien, das zur Zeit eine Anlehnung am stärksten nötig hätte, bleibt dem festländischen Eisenkartell fern. Das Land, das innerhalb dieser Gemeinschaft die größten Opfer bringt, ist das Deutsche Reich. Die Mitglieder zahlen nämlich nicht nur einen regionalen Beitrag von 1 $ auf 1 t Rohstahlerzeugung, sondern außerdem 4 $ auf jede Tonne, um die die Erzeugung eine im voraus festgesetzte Normalquote überschreitet. Da diese Normalquote für Deutschland sehr niedrig bemessen ist, ergibt sich für die Bilanz des 1. Halbjahres der Gemeinschaft (1. Oktober 1926 bis 31. März 1927) das folgende Bild:

Bilanz der Internationalen Rohstoffgemeinschaft	Rohstahlerzeugung in 1000 t	Quote in 1000 t	Überschreitung bzw. Unterschreitung der Quote	Strafzahlung für Mehrerzeugung in 1000 RM.	Gesamtzahlung in 1000 RM.
Deutsches Reich	7694	6183	+ 1511	25385	57695
Frankreich	4202	4437	— 235	—	17648
Belgien	1882	1661	+ 221	3717	11622
Luxemburg	1184	1189	— 4	—	4956
Saargebiet	932	825	+ 107	1798	5712
Summe	15894	14295	+ 1599	30900	97633

Dieser für das Deutsche Reich unhaltbare Zustand ist im Juni dieses Jahres dadurch gemildert worden, daß die deutsche Quote in einen Inlandanteil (72%) und einen Auslandanteil (28%) zerlegt worden ist. Für den Auslandanteil ist der Strafsatz der alte; für den Inlandanteil ist er auf 2 $ für 1 t ermäßigt.

Wie die Tabelle von S. 829 zeigt, ist das Land, das aus dem Niedergang der Roheisen- und Rohstahlgewinnung der Europäischen Halbinsel den meisten Nutzen gezogen hat, die Union und mit ihr der Erdteil Nordamerika, der außerdem die beachtliche, wenn auch in der Nachkriegszeit gesunkene Erzeugung Kanadas enthält. Nordamerikas Anteil an der Weltroheisenproduktion ist von 41% (1913) auf 49% (1925) und 52% (1926) gestiegen. Nordamerika hat sich somit genau an die ehemalige Stelle Europas gesetzt. Die Rollen sind exakt vertauscht. Ganz Entsprechendes gilt von der Stahlerzeugung, an der Nordamerika 43% (1913), 52% (1925) und 54% (1926) Anteil hatte.

Geopolitisch wichtiger noch als die Erzeugungszahlen sind die der Ein- und Ausfuhr. Denn sie stellen einen, und zwar einen sehr wichtigen Faden im Geflecht der zwischenstaatlichen Beziehungen dar. Die folgende Tabelle gibt die Ein- und Ausfuhr von „Eisen- und Stahlwaren" für die vier ersten Erzeuger der Welt an. Sie zeigt, daß im Welthandel das Übergewicht Nordamerikas infolge seines ungemein hohen Eigenverbrauchs noch nicht so groß ist wie in der Welterzeugung. Allerdings wäre es verfehlt, die Summe aller Ausfuhrüberschüsse der Europäischen Halbinsel dem Ausfuhrüberschuß der beiden großen nordamerikanischen Länder entgegenstellen zu wollen. Denn die europäischen Zahlen erhalten einen sehr ansehnlichen, aber schwer genau

Handel mit Eisen- und Stahlwaren in 1000 t	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr (+) = bzw. Ausfuhr(—) = Überschuß	
	1925	1926	1925	1926	1925	1926
Deutsches Reich	1465	1261	3582	5348	— 2117	— 4087
Großbritannien	2711	3980	3731	3108	— 1020	+ 872
Frankreich	293	279	3860	4576	— 3567	— 4297
Vereinigte Staaten	841	1090	1680	2220	— 839	— 1130

feststellbaren Teil ihrer Größe durch den intereuropäischen Handel und sind daher mit den amerikanischen nicht erdteilsummenmäßig vergleichbar. Die Tabelle zeigt, daß Frankreich sich in machtvollem Aufstieg zum Land mit dem größten Ausfuhrüberschuß an Eisen- und Stahlwaren in der Welt erhoben hat, daß dagegen das Streikjahr Großbritannien zu einem Staat mit einem beträchtlichen Einfuhrüberschuß gemacht hat.

Es verdient bemerkt zu werden, daß in der Eisen- und Stahlproduktion wie in der Steinkohlenförderung (vgl. S. 654) die hier gekennzeichnete Entwicklung, d. h. die Enteuropäisierung, für 1927 den sekundären Zug der zeitweiligen Rückläufigkeit zu zeigen verspricht. Die bisher abgelaufenen Monate dieses Jahres weisen sowohl in Großbritannien wie im Deutschen Reich eine gesteigerte Erzeugung auf, ja, im Deutschen Reich handelt es sich um Rekordzahlen, die weit über den Vorkriegswerten liegen, während in den Vereinigten Staaten die Produktion dieser Monate unter der des Vorjahres liegt.

Schließlich sei auf die verheißungsvollen und zukunftswichtigen Anfänge einer eigenen Eisen- und Stahlerzeugung hingewiesen, die sich auch außerhalb Europas und Nordamerikas seit der Kriegszeit zeigen, und die die Tabelle S. 829 in ihren Grundzügen erkennen läßt. An erster Stelle sind Japan, Britisch-Indien, die Südafrikanische Union, der Australische Bund und Brasilien zu nennen.

*

Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) hat dem Komitee B des Vorbereitenden Ausschusses der Internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes vor Jahresfrist eine Denkschrift überreicht, der größtenteils die untenstehenden Zahlen über den Maschinenbau der Welt entnommen sind. Einige weitere Zahlen dieser Tabelle verdanke ich dem persönlichen Entgegenkommen des gleichen Vereins. Die umständliche Arbeit der Berechnung von Zahlen für eine so weitverzweigte und verschiedenartige Industriegruppe läßt es verständlich erscheinen, daß die entsprechenden Werte für 1926 noch nicht vorliegen. Aber auch die Zahlen von 1925 zeigen die Grundlinien der Entwicklung mit völliger Klarheit. Es sei vorweg bemerkt, daß die Tabelle wohl den Bau von elektrischen Maschinen und Lokomotiven, nicht jedoch die Herstellung von elektrotechnischen Erzeugnissen einschließt. Wegen der ungemein großen Verschiedenartigkeit der Produkte des Maschinenbaus sagen Gewichtszahlen hier wenig, und daher erfolgen die Angaben in Millionen Reichsmark. Vergleicht man die Zeitwerte der Maschinenerzeugung 1913 und 1925, so zeigen die Staaten der Europäischen Halbinsel nahezu sämtlich einen Aufstieg. Dieser ist jedoch nur scheinbar, da die Weltpreise 1925 durchschnittlich um 59% höher standen als 1913. Die Zeitwerte 1925 sind daher in unserer Tabelle auf die Vorkriegswerte reduziert. Vergleicht man die letzteren mit den Zahlen von 1913, so zeigt sich, daß auf der Europäischen Halbinsel nur Großbritannien, Frankreich und die Schweiz ihre Erzeugung erhöhen konnten. Furchtbar ist dagegen der Fall in den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren Erzeugung von 460 auf 221 Mill. RM. sank. Kaum irgendwo sonst zeigen sich die Folgen der politischen Zerreißung Europas, die die Friedensdiktate auf die Spitze getrieben haben, so kraß! Ein zweites Beispiel in der gleichen Richtung bietet das Deutsche Reich. So ist denn der Anteil der Europäischen Halbinsel an der Weltmaschinenerzeugung von 43,4% (1913) auf 35,7% (1925) gesunken. Trotzdem ist die Welterzeugung selbst um etwa 10% gestiegen. Auch in diesem Industriezweig, der an die wissenschaftlichen Kenntnisse und das technische Geschick der Völker die höchsten Anforderungen stellt und daher vielleicht nach wie vor als eine wirtschaftliche Domäne

Maschinenproduktion und -ausfuhr in Mill. RM.*)	Maschinenproduktion			Maschinenausfuhr		Maschinenausfuhr(—) bzw. Einfuhr (+) = Überschuß		Stapelläufe von Handelsschiffen in 1000 B.R.T.		
	1913	1925 Zeitwert	1925 Vorkriegswert	1913	1925 Vorkriegswert	1913	1925 Vorkriegswert	1913	1925	1926
eutsches Reich	2700	2900	1933	738,4	483,5	– 637,2	– 424	465	406	181
roßbritannien**)	1602	3010	2007	721,3	565,0	– 600,5	– 451	1932	1085	640
rankreich	338	520	347	76,7	106,7	+ 146,5	+ 29	176	76	121
alien	175	260	173	18,1	16,6	+ 83,2	+ 85	50	142	220
urop. Halbinsel	*5887*	*7880*	*5253*	*1799,7*	*1466,2*	*– 693,6*	*– 459*	*2870*	*1951*	*1420*
owjetrußland	*450*	*405*	*270*	·	·	*+ 341,3*	*+ 104*	*75*	*11*	*17*
*sien, Außerruss.****)	*47*	*215*	*143*	*4,2*	*8,1*	*+ 283,0*	*+ 305*	*72*	*63*	*57*
ustralien	*76*	*152*	*101*	*5,8*	*3,9*	*+ 100,2*	*+ 127*	·	*5*	*4*
ereinigte Staaten	6775	12697	8465	680,6	805,0	– 652,3	– 815	276	129	151
anada	320	710	473	36,9	50,3	+ 119,6	+ 111	40	34	25
ordamerika	*7095*	*13407*	*8938*	*717,5*	*855,3*	*– 432,5*	*– 533*	*316*	*163*	*176*
anze Erde	13555	22059	14705	2537,2	2333,5	—	—	3333	2193	1675

*) Überall heutige Grenzen. **) Mit Irland. ***) Nur Japan, China, Brit.-Indien, Siam, Niederl.-Indien.

Europas gelten könnte, hat Nordamerika seine schon 1913 sehr starke Stellung noch wesentlich ausgebaut. Die Erhöhung seiner Produktion beträgt nahezu das Dreifache des europäischen Defizits. Sollte Europa vielleicht immerhin geneigt sein, sich mit der Überholung durch Nordamerika auf fast sämtlichen Gebieten der wirtschaftlichen Erzeugung als mit einer unabänderlichen Tatsache abzufinden, so wird der Plan, sich wenigstens mit diesem unbesiegbaren Rivalen in den Weltmarkt zu teilen, dadurch aufs schwerste gefährdet, daß sogar die anderen Erdteile mit Macht eine Maschinenindustrie zu entwickeln beginnen. Ihre Produktionsziffern sind zwar absolut noch nicht sehr erheblich. Aber die Steigerung der Erzeugung von 1913 bis 1925 um 33% bei Australien-Neuseeland und sogar 204% bei Japan zeigt die ganze Größe der dem europäischen Exportgeschäft drohenden Gefahr.

In der Tat reden die Zahlen der Maschinenausfuhr und noch mehr die des Ausfuhrüberschusses, die die obige Tabelle ebenfalls enthält, eine nur allzu deutliche Sprache. Während vor dem Weltkriege die Maschinenausfuhr der Union nach der angezogenen Quelle noch etwas unter der der europäischen Großerzeuger Deutschland und Großbritannien stand, hat sie 1925 die beiden Rivalen weit überholt. 1926 ist das Mißverhältnis noch größer geworden; einer U.S.-amerikanischen Ausfuhr von 874,1 Mill. RM. (Vorkriegswert) stand in diesem Jahre eine deutsche von 501 und eine großbritannische von nur 520 Mill. RM. gegenüber. Die hohen Ausfuhrzahlen der Europäischen Halbinsel, die die nordamerikanischen 1913 wie 1925 außerordentlich überragen, dürfen uns nicht täuschen. Enthalten die europäischen Zahlen doch den sehr intensiven Maschinenaustausch der europäischen Staaten untereinander, der im Erdteilsinne nur zum Innenhandel gehört. Es ist vielmehr schon ein sehr bedenkliches Zeichen, daß die Maschinenausfuhrsumme der europäischen Staaten sich so stark verringert hat, obwohl die Zahl der Zollgrenzen in Europa inzwischen stark gestiegen ist. Bemerkenswert ist außerdem, daß auch, abgesehen von der Union, manche außereuropäischen Länder eine steigende Ausfuhr entwickeln. Auf Japan und namentlich Kanada sei besonders verwiesen.

Einen erdteilhaften Vergleich des Maschinenhandels ermöglicht die Spalte des Maschinenausfuhrüberschusses. Sie schaltet den kontinentalen Innenhandel aus und enthält auf Grund einer umfangreichen Rechnung des VDMA die wahren Werte des Ausfuhr- und Einfuhrüberschusses der einzelnen Erdteile. Diese Zahlen zeigen mit packender Deutlichkeit, wie Europa durch Nordamerika von dem sich allmählich verschmälernden Maschinenweltmarkt verdrängt wird.

*

Die Maschinenindustrie teilt mit der Eisenindustrie das Kennzeichen, daß fast nirgends in der Welt die Produktionskapazität voll ausgenutzt ist. Noch viel schärfer zeigt dieses Übel der Weltschiffbau, der unter der akuten Frachtraumnot des Weltkriegsendes 1919 auf nicht weniger als 7,144 Mill. B.R.T. vom Stapel gelassener Schiffe angeschwollen war, um dann 1923 auf das Minimum von 1,643 Mill. B.R.T. abzusinken. Ergaben die Jahre 1924 und 1925 wieder ein Anschwellen auf mehr als 2 Mill. B.R.T., so zeitigte 1926 mit 1,675 Mill. einen neuen Tiefstand (siehe obenstehende Tabelle). Dieses erneute Nachlassen der Schiffbautätigkeit kommt restlos auf das Konto der beiden ersten Schiffbauer der Erde, Großbritanniens und Deutschlands. Bei Großbritannien ist der Kohlenstreik ein wichtiger Grund. Doch kam er bei dieser Spitzenindustrie erst im letzten Vierteljahr 1926 zur Auswirkung, in dem die großbritannischen Stapelläufe noch nicht zwei Drittel von den italienischen ausmachten. Die verstärkte Bautätigkeit der Niederlande, Frankreichs und besonders Italiens haben nicht genügt, jenen Verlust wettzumachen, und so schließt das Jahr 1926 gegenüber den beiden Vorjahren für die Europäische Halbinsel mit einem starken Minus der zu Wasser gelassenen Tonnage ab.

Es ist trotzdem ein Kennzeichen des Schiffbaus, daß in ihm vor dem Weltkriege wie auch heute wieder die Europäische Halbinsel führend ist, und daß ihre relative Bedeutung nur von 85 % auf 79 % gesunken ist. Es ist im Gegensatz zu den meisten anderen Produktionszweigen auch kaum anzunehmen, daß sie in nächster Zukunft starke weitere Einbuße erleiden wird. Die erste Hälfte des Jahres 1927 hat wieder ein kräftiges Anschwellen der in Arbeit genommenen oder bestellten europäischen Tonnage gebracht, vor allem in Schweden, Deutschland und Großbritannien. Die vom Stapel gelassene Tonnage der außereuropäischen Schiffbaustaaten, insbesondere der Union und Japans, hat zwar um das Weltkriegsende eine gewaltige Steigerung erfahren, entsprechend der plötzlich gewaltig gesteigerten wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung dieser beiden außereuropäischen Weltmächte, aber in den letzten Jahren, nachdem der Flottenaufbau beendet war, ist die vom Stapel gelassene Tonnage ebenfalls ansehnlich unter den Vorkriegsstand gesunken, und selbst die Entwicklung dieses Jahres läßt bisher keine grundlegende Änderung erkennen. Erscheint somit die nächste Zukunft der Europäischen Halbinsel im Hinblick auf diese Spitzenindustrie in nicht trüberem Licht als die der übrigen Welt, so ist trotzdem unverkennbar, daß auch in ihr später einmal die Entwicklung den so oft in diesen Spalten gekennzeichneten Weg gehen muß. Ist 1926 doch der letzte bewohnte Erdteil zum modernen Schiffbau übergegangen: In Südamerika hat Uruguay 3700 B.R.T. auf Helgen gelegt.

*

Wie die Baumwolle der wichtigste pflanzliche Rohstoff der Erde ist (S. 382), so ist die Baumwollindustrie die nach Mengen und Werten führende unter den Textilindustrien. Die nachfolgende Tabelle zeigt deren Entwicklung nach den Gesichtspunkten a) Rohstoffverbrauch, b) Spinnereibetriebe, c) Webereibetriebe, d) Zahl der

in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter. Auch hier offenbaren sich die gleichen hochwichtigen Umschichtungen, die die Ausführungen über die Nährstoff-, Rohstoff-, Kraftstoff- und die übrige Industriewirtschaft enthüllt haben. Ja, sie sind hier ganz besonders einschneidend. Den besten Maßstab für die Intensität der Baumwollspinnerei gibt nicht die Spindelzahl, da diese ja nur ein Maßstab für die Kapazität, nicht für die Produktionsmenge ist, sondern vielmehr der Jahresverbrauch an Baumwollballen. Der Jahresverbrauch der Welt hat sich gegenüber der Vorkriegszahl wenig verändert. Aber es sind sehr starke Umwälzungen in der Verbrauchsverteilung eingetreten. Der Verbrauch der Europäischen Halbinsel ist von 41 % (1913) auf 34,3 % (1926) gefallen, der des ersten Baumwollerzeugers (S. 383), Nordamerikas, dagegen von 25 % auf 27,6 % gestiegen, und der zweite Baumwollerdteil, das Außerrussische Asien, hat seinen Anteil sogar von 21 % auf 26,9 % zu heben gewußt. Verhältnismäßig am allerstärksten ist der Aufstieg Südamerikas. Die Baumwollindustrie steuert somit allmählich einer Planwirtschaft zu in dem Sinne, daß diejenigen Staaten und Erdteile, die große Baumwollerzeuger sind, auch immer stärker Baumwollverarbeiter werden, und die Transporte von Rohbaumwolle wie von Fabrikaten nach Zahl und Weglänge allmählich eingeschränkt werden. Diese Entwicklung gestaltet sich naturgemäß am ungünstigsten für denjenigen Erdteil, der gemäß seiner Klimaverhältnisse in beschränktestem Umfange von allen zum Baumwollanbau geeignet ist, die Europäische Halbinsel. In ihr hindern zugleich die unerquicklichen politischen und sozialen Verhältnisse die volle Ausnutzung der Spinnerei- wie Webereikapazität, die 1913 wie 1925 weit über 50 % der Weltkapazität liegt (vgl. die untenstehenden Zahlen).

Baumwollindustrie	Jahresverbrauch an Baumwolle in 1000 Ballen			Zahl der Baumwollspindeln laut Schätzung in 1000 Stück			Zahl der 1926 vorhandenen		
	1912/3	1924/5	1925/6	1913	1925	1926	Spinnereien	Webstühle	beschäftigten Arbeiter
Großbritannien	4274	3235	3022	55653	57116	57286	1917	788197	630000
Frankreich	1010	1122	1179	7400	9428	9511	572	181900	197540
Deutsches Reich	1728	1211	1148	11186	9500	10480	372	240700	375000
Italien	789	1002	1037	4600	4771	4833	500	130000	260000
Europ. Halbinsel	*10112*	*8514*	*8480*	*91840*	*93778*	*95682*	*4449*	*1762428*	*1948043*
Sowjetrußland	*2509*	*1084*	*1752*	*7668*	*7246*	*7246*	*167*	*270712*	*459055*
Britisch-Indien	2177	2440	2064	6084	8500	8510	337	154262	367877
Japan	1588	2459	2816	2300	5292	5573	242	71702	174140
China	1500	1610	1755	3000	3569	3589	117	24057	210000
Außerruss. Asien	*5265*	*6509*	*6635*	*11384*	*17361*	*17672*	*696*	*250021*	*752017*
Vereinigte Staaten	5786	6127	6395	32149	37937	37585	1700	757647	422000
Nordamerika	*6057*	*6481*	*6828*	*33704*	*40070*	*39582*	*1903*	*824350*	*493171*
*Südamerika**)	*508*	*533*	*782*	*1200*	*1950*	*2493*	*244*	*65651*	*110119*
Übrige Erdteile	*100*	*173*	*204*	*661*	*1077*	*1201*	*60*	*16400*	*27500*
Ganze Erde	24551	23294	24681	146457	161582	163876	7519	3189562	3789905

Am furchtbarsten ist der Rückgang des Baumwollverbrauchs bei Großbritannien. Demgemäß ist die Ausfuhr dieses wichtigsten großbritannischen Industriezweiges von 210 Mill. lbs (1913) auf 189 (1925) und 168 Mill. lbs (1926) gesunken; die Ausfuhr von Baumwollstückgut stieg sogar von 7075 Mill. square yards auf 4435 bzw.

*) Nur Brasilien.

3834 herab. Das Deutsche Reich hat in der gleichen Zeit eine Einbuße nicht nur an Baumwollverbrauch, sondern auch an Spindelzahl erlitten. Das letztere ist die Folge der Abtretung des oberelsässischen Spinnereibezirkes an Frankreich. Dieses weist infolgedessen eine geringe Vergrößerung seines Baumwollverbrauches und eine wesentlich stattlichere der Spindelzahl auf. Sehr bemerkenswert ist die Mehrung der Produktionskapazität und des Baumwollverbrauchs bei einigen europäischen Staaten, deren Industrialisierung erst in der Nachkriegszeit zu voller Entwicklung gelangt ist, insbesondere Italiens (s. Tabelle). Ohne sie wäre der Abstieg Europas noch krasser, aber sie drücken auch stark auf die Ausfuhrmöglichkeiten der großen europäischen Vorkriegsbaumwollverarbeiter, insbesondere Großbritanniens und des Deutschen Reiches.

Der Aufstieg des Außerrussischen Asien kommt vor allem auf das Konto Chinas, Britisch-Indiens und Japans. In China allerdings ist die Baumwollindustrie noch 1926 nur etwa zu 55 % eine nationale gewesen. Die nationale Verteilung der in der Tabelle für China angegebenen Zahlen für Spinnereien, Spindeln und Webstühle war nämlich 1926 die folgende:

	Spinnereien	Spindeln	Webstühle
chinesische	68	2035316	13371
japanische	45	1347947	8338
englische	4	205320	2348
Summe	117	3588583	24057

Es ist somit anzunehmen, daß unter dem Druck der nationalen Bewegung in China die Zahl der fremden Betriebe und damit die statistisch erfaßbare Erzeugung von Baumwollwaren in China zunächst zurückgehen wird. Doch wird das sicher eine vorübergehende Erscheinung bleiben. Für die wachsende Bedeutung Britisch-Indiens, dessen Baumwollindustrie während des Weltkrieges sogar einen von England gezwungenermaßen zugelassenen kräftigen Zollschutz erhielt, ist die Tatsache charakteristisch, daß von 1913 bis 1926 die Spindelzahl von 6 084 000 auf 8 510 000, die Webstuhlzahl von 96 638 auf 154 262, die Arbeiterzahl von 260 547 auf 367 877 stieg. Am riesigsten aber auf der Erde überhaupt ist die Entwicklung Japans. Sein Baumwollverbrauch hat 1926 den Großbritanniens, des einst bei weitem ersten und heute gerade noch zweiten Baumwollverarbeiters, nahezu erreicht. Vielleicht werden schon die nächsten Jahre die Überholung Großbritanniens durch Japan bringen. Überall in der Welt stößt Großbritannien auf die gefährliche Konkurrenz dieses preisunterbietenden Exporteurs, dessen Einfluß nicht nur nach Niederländisch- und Britisch-Indien, sondern sogar bis nach Britisch-Ostafrika, Ägypten, Mittel- und Südamerika reicht.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Grenzen der Industrialisierbarkeit, Mechanisierung und Überorganisation in fernöstlichen Rasseneigenschaften. — Meinungsaustausch der pazifischen Anlieger in Honolulu. — Britenreich und China nach Whyte. — Überflügelung Hongkongs durch Singapore 1926. — Niederbruch der Jung-China-Gruppe um E. Chen. — Verbesserung der japanischen China-Stellung. — U. S. Amerikas Urteil über die koreanische Frage. — Industrialisierungs-Widerstände in Japan. — Hsushi-Hsu: Chinas politische Einheit, und Panikkar: Beziehungen der indischen Staaten zur indischen Regierung. —

Stimmen zur Gefahr der chinesischen Frage. — Leonard Wood und die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten. — Weltbevölkerungskongreß. — Mother India und K. Mayos Buch darüber. — Wenn die Jugend nach Osten geht. — Binnenchinesische Armut und Unruhe. — Chinesische Wanderung. — Australiens Wettborgen mit Japan in Amerika. — Pazifischer Arbeiterkongreß in Prawda. — Nord-Borneo. — Landleben gegen Großgeschäftsbetrieb in Japan.

Schälen wir aus dem Alltags-Nachrichtenspiel dieses Sommers die Zeugnisse von geopolitischer Dauerbedeutung heraus, so sind wohl die wichtigsten die Aufschlüsse über die Grenzen der Industrialisierungsmöglichkeit, der Mechanisierung und der Organisierbarkeit durch Fremdkulturen innerhalb der großen, zahlenstarken alten Kulturvölker des indopazifischen Gesamtbereichs.

Aussagen darüber liegen für China, Indien und Japan vor, wie auch Proben für die Grenzen der Einstellungsfähigkeit und Einführungsmöglichkeit in dieses Problem der wichtigsten Kolonialvölker des Pazifik (Briten, Australier, U. S. Amerikaner, Russen).

Eine der wertvollsten Vergleichsebenen ist sicher durch die Juli-August-Aussprache der pazifischen Anrainer in Honolulu geschaffen worden; doch sind die Nachrichten darüber noch zu sehr vereinzelt, zu wenig in der Durcharbeitung vergleichbar, als daß schon ein Überblick gegeben werden könnte. Immerhin zeigt die Auswirkung der Konferenz schon bis jetzt, wie wertvoll die umfassende und, im Gegensatz zu den Aussprachen in Genf, rückhaltlose und aufrichtige Art des pazifischen Meinungsaustausches ist. Wie unfähig wären alle bisherigen Veranstaltungen in Genf, zu so offenen gegenseitigen Erörterungen zu gelangen, z. B. über die Fragen der Übervölkerung und der Ernährungsmöglichkeit (Japans Lebensfrage), der Ein- und Auswanderung (zwischen Japan, U. S. Amerika, Kalifornien, Australien, Neuseeland), das heikle Gebiet der Missionen (zwischen Jungchinesen und Amerikanern!) wie des Wandels in den Beziehungen von China und Britenreich zwischen diesen beiden Partnern und ähnliche! Radikalste Standpunkte fehlen nicht, wie Professor Shotwells Antrag auf die grundsätzliche Abschaffung des Krieges unter den pazifischen Völkern, des Australiers Eggleston Wunsch nach Zerstörung aller „naval bases" im Bereich oder der Nähe des Pazifik (wobei schlimmstenfalls Briten und U. S. Amerikaner von ihren atlantischen aus hinfahren könnten, die Ostasiaten aber nichts mehr hätten); die scharfe Abführung der Monroe-Doktrin (durch Kenzo Takayashi), die Shotwell ganz harmlos in seinem ewigen pazifischen Friedenstraktat hatte als Paragraphen stehen lassen wollen, so daß sich Amerikaner überall anderswo einmischen könnten, niemand anders aber in Amerika ein Wort mitzureden hätte.

Höhepunkte waren die Erklärung des greisen japanischen Erziehungswissenschaftlers Masataro Sawayanagi, daß der Pazifik „Zentrum der Welt" werde, und „daß es schon deshalb für alle seine Randvölker zur zwingenden Pflicht werde, das natürliche Recht der Einwanderung anzuerkennen" — was in Amerika, wie Australien und Kanada mit gemischten Gefühlen vernommen worden sein mag; die andere des Neuseeländischen Arbeiterführers, daß die Probleme Neuseelands Arbeitslosigkeit und ländliche Siedelung (Landüberfluß untersiedelten Landes!) seien: — der Kontrapunkt zwischen den übervölkerten Monsunländern und dem nach Siedlern rufenden menschenleeren kolonialen Hochlohngebiet fand sich also gleich als Auftakt! — und endlich die Auseinandersetzungen von Sir Frederik Whyte mit China, als Einleitung zur Behandlung der Beziehungen Chinas zu den Fremdmächten, die etwa ein Drittel der Kongreßzeit in Anspruch nahmen.

Das Leitmotiv der großen Rede von Whyte war, daß die seit dem Ende des Kriegs am Werk befindlichen Kräfte England zu einer ganz neuen Auffassung von seinen

Dauerinteressen im Fernen Osten und seiner Rolle als des größten europäischen Fremdhändlers in China gebracht hätten. Das habe einen völligen Frontwechsel von der Gewaltpolitik zur Freivertragspolitik mit neuer Initiative bedeutet, der im Grunde schon bei der Konferenz von Washington sichtbar geworden sei. „Aber einige Landrückgaben seien eine Kleinigkeit gegenüber der Wiedergewinnung der guten Meinung Chinas.“ Daß solche Erfahrungen, wie die der Überflügelung von Hongkong durch Singapore nur durch den chinesischen Boykott im Jahre 1926 etwas zur Beschleunigung solcher Einsichten beitrugen, mußte man mehr zwischen den Zeilen lesen. Wir beleuchten deshalb die geopolitische Erzieherkraft dieser Tatsache näher: Singapore überflügelte 1926 mit 40 708 979 t Verkehr zum erstenmal Hongkong, das auf 36 821 364 herabgesunken war, hauptsächlich durch Abwanderung des europäischen und asiatischen Trampverkehrs, der in Singapore für Niederländer, Briten, Japaner und Norweger stieg, nur für Amerikaner fiel, während in Hongkong 80 % des Ausfalles auf die abwandernde fremde nichtbritische Schiffahrt traf: ein Beweis für die Wehrmittel des Wehrlosen gegen die großen Handelsvölker der Erde — durch bloße Kontingentierung der Warenabnahme —, wenn sie richtig angewendet werden, wie von den Kantonesen im Anfang, solange sie sich dabei bodenständiger, den Chinesen kongenialer Mittel (wie des Abwehrstreiks) bedienten.

Aber die China kongenialen Wege wurden von den Jungchinesen am Yangtse verloren.

Je mehr die Führer der Kuo-Min-Tang-Partei mit der Entfernung von Kanton nach Wuhan und der Militarisierung ihrer Bewegung unter den Bann ihrer russischen Berater und deren chinafremder Methoden gerieten, je weniger sie verstanden, sich die Fühlung mit den nationalen, aber auch den sozialen Grundlagen ihrer Rasse zu erhalten oder neu zu gestalten, in dem Grade verloren sie die Fähigkeit, die von ihnen anfangs gut organisierte Bewegung beim Gewinnen größerer Räume auch mit größerem organisatorischen Leben zu erfüllen, das Yangtsegebiet ähnlich zu durchbluten und dynamisch auszuwerten, wie Sun selber es mit dem Kwangtunggebiet fertiggebracht hatte. Sie hatten noch die Kraft, den genialsten unter ihren militärischen Führern, Chiang-Kai-Sheck, Prügel genug zwischen die Beine zu werfen, um seinen Zug nach Shantung zum Scheitern zu bringen, bis er sich verärgert zurückzog, aber sie lieferten sich dadurch schließlich selbst der Zersplitterung, der Vergewaltigung durch viel engere Köpfe in den eigenen Reihen, der Macht Feng-Yu-Hsiangs aus oder verdammten sich zur Flucht nach Rußland.

Es steht dahin, ob und wann dieses Grüppchen chinafremd gewordener Jungchinesen, trotz der Verbindung mit den Manen Sun-Yat-Sens wieder zu Macht und Einfluß kommt. Einstweilen haben sie sehr gegen ihren Wunsch das Spiel der großen Seemächte Eurasiens gespielt, vor allem Japans Stellung in diesem Schachspiel verbessert.

Diese Verbesserung der japanischen Stellung findet ihren äußeren Ausdruck in dem raschen Wegziehen der Truppen aus Shantung — nachdem der Zug dorthin eben seine Wirkung getan hatte, besser als der britische nach Shanghai; genau so, wie im Jahre 1924 die rasche, geräuschlose Besetzung der südmandschurischen Bahn, die ganz international plausibel aussah und dennoch ein entscheidender Schachzug zur Rettung Chang-Tso-Lins gegen seinen aufständischen Stabschef Kuo war. Ebenso — wie damals — lähmte die schnelle Besetzung von Shantung jede entscheidende Erfolgmöglichkeit des Südens wie des Nordens, brachte Chiang-

Kai-Sheck zwischen zwei Feuer (Feng und Sun Chuan Fang), jedoch ohne daß diese wirklich Entscheidendes gewinnen konnten; sie erfolgte geräuschloser als das nun gleichfalls langsam abflauende Eingreifen des Shanghai-Korps von England aus. Hier verrät sich in jeder Richtung ein erfolgreicher, blitzschneller Schachzug, wie ihn eben Japan nur seine ausgezeichnete Information durch die vielen sogenannten militärischen Berater bei den einzelnen chinesischen Kriegsherren ermöglicht: ein handgreiflicher Beweis für den Nutzen gut ausgebildeter Militärdiplomaten.

Wo sich große und erfolgreiche Konkurrenzmächte dauernd und zäh um die Abschaffung einer Einrichtung bemühen, (vgl. Transpacific, 23. 7. 27 „Military Advisers in China"), oder um ihre Hintanhaltung, wie bei den Militär- und Marine-Beobachtern Deutschlands, da kann man sicher sein, daß diese Organe des Außendienstes von ihnen gefürchtet wurden, also deren Aussendern nützlich waren. Man braucht nur z. B. die zutreffenden Berichte des deutschen Militär-Attachés Etzel vor dem russisch-japanischen Kriege mit den unzutreffenden des damaligen deutschen Gesandten zu vergleichen!

Eine weitere Frucht des gewandten japanischen Spieles auf dem Instrument der öffentlichen Meinung des pazifischen Randgebietes ist der Umschwung in der Anschauung der Verhältnisse in Korea durch führende nordamerikanische Schriftsteller, zu dem z. B. neuerdings Ireland wesentlich beigetragen hat. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung von etwa 1,4 Milliarden Goldmark auf mehr als 2,3 Milliarden Goldmark zwischen 1917 und 1923, die Verfünffachung des Wohlstandes eines zu 82% agrarischen Landes seit der Annexion, die Verdoppelung seiner Bevölkerung, die Dauerkraft der japanischen Verwaltung des in seiner Zukunft rein auf das gegenseitige Verhältnis von China, Japan und Rußland geographisch angewiesenen Gebietes geht eben doch an der besser und besser werdenden ostasiatischen Information der Vereinigten Staaten nicht spurlos vorüber. „Unterdrückt reine Nachahmungssucht, fördert Eigenausdruck und Initiative", so klang mit Recht die erste Botschaft der neuen japanischen Ära, „Leuchtender Friede" (Showa), nachdem es zwei Geschlechter früher noch geheißen hatte: „Nützliche Kenntnisse müssen von der Außenwelt eingeführt werden, um die Grundlagen des Reiches zu stärken." Nun erkennt man im Fernen Osten auf einer höheren, gestärkten Machtebene die Notwendigkeit der Selbstbesinnung wieder, und mit ihr einen entscheidenden Rassenunterschied in der Einstellung zu Industrialisierung und Mechanisierung zwischen Rand-Inselbewohnern und Kontinentalen. Während der Industrialisierung, Mechanisierung und Überorganisation in China rassenmäßig so gut wie keine Schranken gesetzt zu sein scheinen —, wenn nicht, wie von der Wuhan-Regierung, der Zusammenhang mit der bodenwüchsigen Sozialkultur so vollständig verloren wird, daß sich die „Roten Speere", die Landfahnen gegen sie wenden, — ist das auf den Inselkränzen anders. Dort widerstrebt ein starkes Rassenelement dem Großbetrieb mit seiner mechanisierenden Wirkung. Das kommt z. B. in der Zahl von nur 1 789 618 Fabrikarbeitern unter den 27 089 000 beruflich Festgelegten der Zählung von 1920 zum Ausdruck, so daß nur 15% sich als Fabrikarbeiter bezeichneten, und von diesen weniger als 4% in Großbetrieben steckten. Seit der Nachkriegskonjunktur haben erhebliche Rückbildungen stattgefunden. So umfaßte der Bergbau vor dem russisch-japanischen Kriege 140 000 Köpfe, 1919 über 460 000, 1924 aber nur mehr 350 000. Dort wie in der Textilindustrie ist eine gewisse Abwanderung nach China nicht zu leugnen; und nicht nur im Widerstand gegen die Industrialisierungspläne der Seyukai und Baron Tanakas, auch in der Aktivierung des japanischen Faszismus der Koku-

suikai scheinen tiefste Rassengegensätze gegen eine Mechanisierung des Daseins aufzuspringen, die auf dem Gebiete der Industrialisierung früher Grenzen setzen, als in China, Indien oder Deutschland, den großen übervölkerten ozeanisch-kontinentalen Übergangsländern. Die Kokusuikai (im Begriff, sich aus einem Bund mit etwa 1 Mill. Mitgliedern, darunter mindestens 30 000 ausgesprochene Aktivisten, zur politischen Partei zu entwickeln) trägt einen ausgesprochen völkischen, fremdenfeindlichen Zug, aber auch den der Abneigung gegen die gesteigerte Abhängigkeit von amerikanischem Kapital und industriellen, auf Schaffung von Großbetrieben, gesteigerte Mechanisierung und Rationalisierung abzielenden Arbeitsmethoden.

Der geopolitische Instinkt der japanischen Rassenkomponenten ist immer hellhöriger, scharfsichtiger und wacher in Fragen der Erhaltung der Eigenart und Selbstbestimmung der Rasse gewesen, als die Festlandmächte Eurasiens, und der gleiche Instinkt innerhalb der Kontinentalen wieder bei den ostasiatischen reger als bei den indischen Völkern. Dafür sind jüngst zwei treffliche Zeugen aufgestanden: Hsuhsi-Hsu „China and her political entity", New York, Oxford Univ. Press. 1927, und K. M. Panikkar: „The Relations of Indian States with the Government of India". London, Martin Hopkinson and Co., 1927, beide sehr zur rechten Stunde. „Ein wahres Repositorium von Information erster Hand vom chinesischen Standpunkt aus", nennt das Werk Hsuhsi-Hsu's mit seinen $5^1/_2$ Seiten Bibliographie, der „North China Herald" mit Recht. Aber gerade diesen chinesichen Standpunkt wollen wir ja kennen lernen, und zwar nicht den des seiner eigenen Staatskultur fremdgewordenen Jungchinesen, wie E. Chen, sondern dessen, der die Synthese gefunden hat zwischen Alt- und Neu-China wie Alt- und Neu-Indien. Denn, nur wer diesen Zusammenbau für sich selber fand, kann auch für sein Volkstum neue Wege bauen, auf denen es vorwärts kommt, nicht tiefer ins Elend schlittert.

Aus dieser Erkenntnis verzeichnen wir es auch dankbar, wenn sich so gründliche Kenner, wie Arthur de C. Sowerby, zur chinesischen Frage äußern und glauben, daß wertvoller ist, was er dazu zu sagen hat als z. B. Senator Binghams flüchtige Eindrücke (North China Herald, 6. August 1927, S. 258), oder Silas Strawns unfreundliche Bemerkungen, oder die einseitige Aufsatzreihe: „China in the grip of the reds", deren XIV. Folge — neben einer ungeschminkten Darstellung der Methoden Borodins und Moskaus — doch auch die innere Zerklüftung und Unverlässigkeit der fremden Hafenkolonien entschleiert. Mit Recht sieht Sowerby die Hauptschuld an der Gleichgültigkeit, mit der die Welt den chinesischen Wirbel auf einen für ihren Frieden zerstörenden Punkt zutreiben sieht, in dem Mangel an zutreffenden Vorstellungen über China, zum Teil bedingt durch die Verschleierung der sehr geschickten geopolitischen Sowjetpropaganda, zum andern aber doch auch durch die Unehrlichkeit der großkapitalistischen Nachrichtendienste und die vielen Gesinnungsgenossen, die man den revolutionären Chinesen durch die Verelendung Mitteleuropas, des Nahen Ostens und Indiens schafft. Es ist eben immer und überall mißlich, wenn man Verzweifelten Mehrheiten schafft dadurch, daß man auch andere Massen noch durch schlechte Behandlung zur Verzweiflung und zum Verständnis für verzweifelte Umstürze treibt. Diese mangelhafte Weisheit betreiben aber die großen Kolonialmächte im größten Stil; und der ichsüchtige Beifall kleiner Neustaaten im Völkerbund entbindet sie nicht von dieser Schuld. Die neuen Aufstandspläne in Niederländisch-Indien für 1930, die vorbereitende Tätigkeit des Mischlings de Jeer dafür und die Fäden, die nach Südchina zu einem Aufstands-Heereskern von 20 000 Mann führten, sind ein warnendes Symptom. Für die Vereinigten Staaten und ihre wissende

Einstellung zu ostasiatischen Fragen starb sehr zur Unzeit General Leonard Wood, der bedeutende Generalgouverneur der Philippinen, ursprünglich Naturwissenschaftler (Arzt), Freund Roosevelts, Mitorganisator von dessen Rauhen Reitern, dann Militärgouverneur von Cuba bis 1902 und der Moroprovinzen in den Philippinen auf 6 Jahre und Kommandeur der Philippinen-Division.

Wood war, unter verbindlichen Formen, bei gründlicher und vielseitiger Bildung, vielleicht der fähigste Imperialist der Vereinigten Staaten, sicher einer der besten Kenner der Philippinen, wenn auch zuletzt als Gouverneur mit seiner Philippinenpolitik so festgefahren, daß ihm der Tod als Erlöser erschienen sein mag und ihm einen politischen Zusammenbruch ersparte, den der ehrgeizige Mann (deshalb ein glühender Feind Pershings) schon einmal erlebte, als er im europäischen Krieg der Vereinigten Staaten keine Verwendung fand. Seit 1921 stand er in einem auf weite Sicht aussichtslosen Ringen als der gefährlichste Gegner der Selbstbestimmungsbewegung der Philippinen entgegen. Wood schaltete die Zukunftssicherungen (Board of control) aus und lieferte so den demokratischen Gegnern der republikanischen Partei in den U. S. selbst Waffen gegen seinen „aufgeklärten Despotismus“, die seine eigne starke Stellung unterhöhlten und das Philippinenproblem in einem weit gefährlicheren Zustand seinen Nachfolgern übergaben, als er es übernommen hatte. Trotzdem war er vielleicht einer der besten Kenner des Problems in den Vereinigten Staaten, wie ihres Verhältnisses zum Fernen Osten überhaupt; daß er trotz dieser Kenntnis scheiterte, ist vielleicht ein Symptom, daß die Vereinigten Staaten überhaupt mit zu viel Einmischung in die Angelegenheiten der alten Welt bei ihrer inneren Fremdheit gegenüber deren Leitfragen nur Unheil anrichten. Aus diesem Grunde stehen wir auch ihrem Auftreten beim Weltbevölkerungskongreß in Genf v. 30. August bis 3. September mit Zweifeln gegenüber. Biologie und Bevölkerungswachstum (Pearl), Bevölkerungsoptimum (Fairchild), Verhältnis von Bevölkerung und Nahrung (East) und Wanderungsproblem (A. Thomas, Intern. Arb.-Amt) werden aus großräumigen oder einseitig sozialtheoretischen Gesichtswinkeln viel zu unhistorisch und zu wenig geopolitisch, namentlich in den U. S., gesehen, als daß altgeschichtliche Übervölkerungsräume, wie Mitteleuropa, aber auch die indopazifischen, von solcher Behandlung Heil zu erwarten hätten. Eine amerikanische, von bestem Willen getragene Einmischung in indische Verhältnisse, Miß Katherine Mayos Buch: „Mother India“, hat durch die Inder selbst, u. a. Sir Tej Bahadur Sapru und Sir Atul C. Chatterjee, eine scharfe Abfuhr erfahren als „Vilifikation indischer Zivilisation und indischen Charakters“. 320 Mill. hören sich nicht gern als physisch entartet, moralisch pervers, Lügner usw. bezeichnet. U. S. Amerika ist schnell mit generalisierendem Urteil zur Hand.

Unter den jüngst zur Hand gekommenen Einzelerscheinungen muß zunächst zu einer wohlunterrichteten Aufsatzreihe des Manch. Guardian Stellung genommen werden: „When Youth goes East“, weil sie voll guter Ratschläge für angehende junge Leute ist, die sich in östlichen Ländern einen Start suchen wollen, und ihre Ratschläge nicht nur für Indien gelten. Darunter ist die Weisheit voranzustellen, daß der Osten nicht mehr billig ist, sondern z. B. die Rupie in Indien für den Europäer etwa nur die Kaufkraft eines Schillings und weniger als einer Mark hat. Die Küstenplätze sind wesentlich teurer als die Binnenstädte, aber sie bieten dem Durchschnitt natürlich auch mehr, weshalb auch neun Zehntel der weißen, nicht beamteten Bevölkerung Indiens in Bombay, Kalkutta, Karachi und Madras beisammenstecken. 500 Rupien monatlich, im Mitteleuropa von heute für den Einzelnen stolze Selb-

ständigkeit und Vollgenuß aller wirklich edlen Kulturgüter, freie Wahl des persönlichen Glücks bedeutend, sind dem Verfasser der Warnung nur die Bedingungen einer „einsamen und verkrüppelten Existenz, wenn er sich nicht in Schulden stürzen will".

Welcher Unterschied im Lebensanspruch und im Lebensraum-Maß spricht sich darin aus! In schroffem Gegensatz dazu steht, was wir nun über den Umfang des Elends, der Armut der Massen in den chinesischen Binnenlandschaften aus Anlaß der Erdbebenzerstörungen in Kansu, aber auch vom Mindestmaß von Lebensanspruch in den chinesisch-tibetanischen Grenzmarken durch die langsam küstenwärts fortschreitenden Nachrichten erfahren. Was über Sikkim und Tachienlu an Nachrichten herausdringt, gibt für Ost-Tibet das Bild mittelalterlicher Feudalfehden, in denen leicht erschlagen wird, wer sich hinein begibt, wie vielleicht Filchner und seine Begleiter.

Adolf Reichwein: „Chinesische Kolonisation" (Frkf. Ztg. v. 16. August 1927), mit einzelnen treffenden Beobachtungen — eine Arbeit, die gut gesehen ist und ausgeschnitten und verwahrt werden sollte —, muß hier besprochen werden, weil sie sich mit einem Buche von Ta Chen: „Chinese Migrations." U. S. Bureau of Labor Statistics, Juli 1923, auseinandersetzt, dessen Zahlen mit Recht im einzelnen angezweifelt, als Gesamtanhalt der Massenhaftigkeit chinesischer Wanderung aber empfohlen werden. Die Zahlen von Ta Chen sind fast durchgehend Mindestzahlen, geben mit etwa 8 1/4 Mill. das Außenchinesentum viel zu niedrig an, das allein nach Norden seit 1900 glaubhaft mehr als 15 Mill., nach Süden mehr als 9 Mill. ausgesendet hat, die sich eben zum Teil statistisch im fremden Volkstum verlieren und doch Chinesen bleiben und von den geistigen Bewegungen ihrer Heimat erfaßt werden. Für die Niederlande sind die Zahlen um 3/4 Mill., für Siam um 2 1/2 Mill., für die Straits um mehr als 1/2 Mill. zu klein, um nur einige besonders leicht herauszugreifende Zahlen zu fassen, die immer hinter der wirklichen Dynamik ostasiatischer Wanderung zurückbleiben.

Einige Notizen sind außerhalb des organischen Zusammenhangs anzufügen:

Australien hat sich in diesem Sommer transpazifisch um 160 Mill. M., transatlantisch nur um 140 Mill. M. bei seinem Vetternland in Wallstreet und seinem Mutterland in der City als Leihgabe bemüht. Reichsbritische Blätter stellen schmerzliche Betrachtungen über den darin zum Ausdruck kommenden Unterschied in der Wertschätzung an; das pazifische Umland sieht darin nur doppelte Verankerung der praktischen Australier, die mit Japan ein Wettpumpen bei den reichen Vereinigten Staaten antreten und — wofern nur die nötigen Leihsummen auf die Zukunft beikommen — über das so erhaltene Geld denken: Non olet!

Beim pazifischen Arbeiterkongreß in China waren im Juli — trotz der Einsperrung von 22 japanischen Delegierten von 30 und der Pässeverweigerung in Neu-Süd-Wales an führende Gewerkschafter und dem Ausfall der Latein-Amerikaner — 14 Mill. organisierte Arbeiter vertreten, wie die „Prawda" gern feststellt. Sonst wären es 15 Mill. gewesen, und der Zweck der Veranstaltung war nach der „Prawda", den Klassenkampf in den pazifischen Raum zu tragen, wo man bisher lieber den Ausgleich suchte.

Eine „Nord-Borneo"-Sonderausgabe des China Express and Telegraph v. 25. August 1927 setzt die Zukunftsmöglichkeiten dieses reichen tropischen Pflanzungs- und Bergwerksgebietes in das hellste Licht. Nicht ganz so überzeugend klingt, was neben dem Ausbeutungserfolg über die Lösung der Arbeiterfrage gesagt ist. Sie ist für die

Entwicklung noch wichtiger als die Kapitalbeschaffung gewesen, und es wird zugestanden, daß sie zunächst ohne chinesische Arbeitereinfuhr unmöglich gewesen wäre. Erst nach einer gewissen Entwicklung durch Chinesenarbeit gelang es, den Eingeborenen von seinem Kampong zu locken, aber auch dann erst in der freien Weise, in der allein der Malaiopolynesier, wie auch der von ihm stark dem Blut nach beeinflußte Japaner, zur gebundenen Arbeit heranzuholen ist. Darin liegt — wie schon betont — ein grundsätzlicher geopolitischer Unterschied zwischen dem Arbeiter der Inselbogen und dem Chinesen, der — abgesehen von seiner Spielleidenschaft — zum reinen Geldmachen auszieht und für entsprechende Bezahlung ein ganz anders idealer Arbeiter des tropischen Großkapitalismus ist als der Javane, Malaie, Polynesier, aber auch Japaner! Einen sehr interessanten Beitrag dazu liefert Dr. S. Washio „The Farm versus big business" (Transpacific, 23. Juli 1927) über die Schranken der Industrialisierung in Japan aus der Abwanderungslust der Arbeiter in eigene kleine Landbetriebe infolge von Abneigung gegen Großbetrieb-Monotonie und Unfreiheit — worin eben eine leitende Rassenkomponente der Inselbogen ihren Ausdruck findet.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Indianeraufstand in Bolivien. — Indianerfrage in Amerika. — Lateinamerikanischer Nationalismus. — Sozialismus, Kommunismus, Bolschewismus in Lateinamerika. — Sacco-Vanzetti-Prozeß. — Wahl Kubas und Kanadas in den Völkerbundsrat. — Wahl Guanis (Uruguay) zum Präsidenten der Bundesversammlung des Völkerbundes. — Argentinien und der Völkerbund. — Die Union und der Völkerbund (Panamafrage). — Der „Erfolg" der Marineabrüstungskonferenz.

Blitzlichtartig warf auf einmal die Kunde von dem Indianeraufstand in Bolivien einen grellen Schein auf die völkerpsychologische Struktur großer Teile der Neuen Welt; und ebenso rasch will der Vorgang nach ein paar alarmierenden, aufreizenden Nachrichten der europäischen Zeitungen wieder in Vergessenheit geraten. Trotzdem ist er, so rasch auch die lokal auftretende Bewegung der Ruhe Platz gemacht hat, Symptom für einen relativ ernsten, viel weiter verbreiteten Zustand gewesen. Freilich die Überschriften in unseren Zeitungen, wie „200000 Indianer in Aufruhr", „alle Weißen massakriert" — nach anderen Meldungen sollten es sogar 200000—300000, dann wiederum nur 50—60000 Rebellen sein — waren Übertreibungen, die sich aus einer nicht gerade von übergroßer Sachkenntnis beherrschten Übernahme der ersten Nachrichten erklären lassen. Als Herde des Aufstandes werden die Gebiete der Bezirke von Cochabamba und Potosi, um Chayanta, Colquechaca und Cocopata genannt. Schon nach wenigen Tagen las man, daß der Indianeraufstand niedergeschlagen sei. Dieser schnelle Erfolg der Regierung läßt die Kritik an der mutmaßlichen Größe des Aufstandes zu, die natürlich weit hinter allen Angaben zurückgeblieben sein muß. Das stehende Heer Boliviens besteht aus 11 Regimentern! Doch von dieser gesamten Heeresmacht war in der kurzen Zeit zwischen Aufflackern und Zusammenbruch bei dem außerordentlich weiträumigen Land mit zum großen Teile sehr zeitraubenden Verkehrsverbindungen höchstens ein Bruchteil zur Verfügung, der anscheinend zur raschen Bekämpfung der Rebellion genügt hat. In den einzelnen Departementshauptstädten bestehen sog. columnas, die je 40—100 Mann stark sind und im Kriegsfalle

den Stamm für das zu bildende Bataillon bilden. Das dürften die Kräfte gewesen sein, die die Regierung zur Herstellung der Ruhe eingesetzt hat und auch nur einsetzen konnte. Daß es demgegenüber in Wirklichkeit sich nur um höchstens Tausende und nicht um Hunderttausende oder auch nur Zehntausende Aufständischer handeln konnte, bedarf kaum eines weiteren Nachweises.

Auf der anderen Seite darf man die allgemeine Bedeutung des Vorganges keinen Augenblick unterschätzen und ihn nicht einfach damit erklärend abtun, daß Sowjetgelder hier gewirkt hätten. Mehrere Landeskenner und Zeugen früherer Bewegungen haben den Keim zu solchen Rebellionen schon längst erkannt. So hat Colin Ross in seinem „Südamerika, die aufsteigende Welt“ (vgl. Literaturbericht) in nackten Worten die Bedingungen, die einer solchen Bewegung zugrunde liegen, im Kern sehr wohl analysiert: „In mancher Hinsicht ist dieses Land (Bolivien) noch so weit zurück, daß ihm gegenüber Argentinien und Chile als hochentwickelte moderne Staaten erscheinen. Das gilt vor allem von seinen sozialen Verhältnissen. Wenigstens in der Landwirtschaft ist das Arbeitsverhältnis noch rein mittelalterlich-feudal. Der Landarbeiter ist Höriger, Kolone, der Hand- und Spanndienste zu leisten hat. Aber vielleicht ist es kaum anders möglich in einem Lande, wo eine winzige weiße Oberschicht (Colin Ross gibt allerdings die ethnische Gliederung hier zu einfach) über zwei Millionen Indianer herrscht, die weder lesen noch schreiben können. Den einen Vorteil hat diese Zurückgebliebenheit: daß es in Bolivien keine soziale Frage gibt, und daß dieses Land bisher in der Hauptsache verschont geblieben ist von Arbeiterschwierigkeiten, Streiks usw., unter denen seine entwickelteren Nachbarländer ständig zu leiden haben. Eines allerdings wird notwendig sein: diese teilweise noch halbwilden indianischen Massen langsam zu erziehen und heranzubilden und gleichzeitig dem bisher ihnen gegenüber beliebten Ausbeutungssystem ein Ende zu machen. Sonst droht Bolivien zwar nicht die soziale Revolution — die in Argentinien und Chile immerhin schon zur Diskussion steht —, sondern etwas viel Schlimmeres: der blutige, erbarmungslose Indianeraufstand!“ Das war schon im Jahre 1922 nur zu richtig gesehen. Wenn er nicht so blutig, so erbarmungslos verlaufen ist, so hat es seinen Grund darin: es ist keine allgemeine Erhebung gewesen. Mit einer solchen allgemeinen Erhebung, wie sie von Ross gekennzeichnet wird, wird auch niemals zu rechnen sein, weil die ethnische Struktur eine viel kompliziertere und ganz andere ist, als sie von ihm angenommen wird. Zwar läßt uns eine sichere Statistik vollkommen im Stich; doch immerhin dient es einer gewissen Veranschaulichung, wenn man die reine Indianerbevölkerung auf 50—60% einer Gesamtbevölkerung von knapp 3 Millionen veranschlagt. Daneben gibt es aber nicht nur eine „dünne weiße Oberschicht“ von 10—13% (Kreolen und Europäer), sondern vermittelnd steht eine zahlenmäßig schwerer bestimmbare Zwischenschicht der Mischlinge (Mestizen) von 20—32% dazwischen, die zum allergrößten Teil ebenfalls als tragend im staatlichen Gebäude zu werten ist. So wenig damit gewisse recht störende Gegensätze zwischen den Kreolen und den Mischlingen gerade in den andinen Ländern geleugnet werden sollen, so bedeutet das Mischlingselement doch viel im Sinne des ethnischen Ausgleichs innerhalb der einzelnen Staaten, die von Bolivien bis Mexiko eine im Wesen ganz gleiche völkische Struktur aufweisen. Freilich die nur halb zivilisierten Indianer und die hochzivilisierten Kreolen, denen sich ein Teil der Mischlinge angeschlossen hat, bilden überall innerhalb dieser Staaten schwer überwindbare, ganz fundamentale Gegensätze, die viel weniger rassialer als sozialer Natur sind. Aus Bolivien sind solche Gegensätze am meisten bekannt geworden. So haben sich Aufstandsbewegungen in den neunziger

Jahren, vor fünf Jahren und jetzt wieder gezeigt: allerdings scheint jedesmal die breite Masse von außen, von einer Partei, die die Macht an sich reißen wollte — jetzt heißt es, durch Sowjetgelder —, bewegt worden zu sein. Doch gleichgültig! eins bleibt: die zu bewegende Masse ist da, und sie läßt sich stets wieder bewegen.

Es gibt eine Indianerfrage. Eine nähere Nachprüfung kann leicht erweisen, daß das Gerede vom sterbenden Indio ein recht törichtes ist. Flüchtige Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten, wo der Kampf mit den Rothäuten allerdings zu einer weitgehenden Ausrottung geführt hat und wo nur noch geringfügige Reste der indianischen Rasse vorhanden sind, geben ihm stets wieder Nahrung. Doch selbst solcher Augenschein trügt. Denn auch in den Vereinigten Staaten nehmen die Indianer nicht ab, sondern zu. Im Jahre 1900 zählte man 270544, 1925 dagegen 349595 Indianer. Ebensowenig trifft für Kanada die Ansicht zu, daß es sich bei den Indianern um eine aussterbende Rasse handele. In Kanadas Indianerreservationen lebten 1923 110814 Indianer, eine spätere Zählung hat eine Zunahme von 5236 aufzuweisen. Unter dem Einfluß der kulturellen Anpassung, besonders der Besserung der hygienischen Verhältnisse, nimmt vor allem die Säuglingssterblichkeit wie auch die Sterblichkeit überhaupt sehr merklich ab. Von der Regierung sind Schulen und neuerdings Krankenhäuser in den Indianerterritorien selbst errichtet worden. Auch die Seßhaftigkeit, verbunden mit der Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit, hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Heute gibt es in den drei Prärienprovinzen nicht weniger als 2500 indianische Farmer. Diesen zivilisierten Indianern stehen die indianischen Naturvölker des kanadischen Nordens gegenüber, die im ganzen abseits von aller europäischen Kultur in einer gewissen Unabhängigkeit leben. Nur Nordkanada darf man innerhalb Germanisch-Amerika noch als Indianerland schlechthin auffassen.

Ganz anders liegen, wie der Ausschnitt Bolivien zeigte, die Verhältnisse in Lateinamerika. Während die Indianer im Norden gleichsam geduldete Staaten im Staate bilden, der ihnen nur die Möglichkeit ihrer Existenz und gesunden Weiterentwicklung gewährleistet, und gegenüber der weißen Bevölkerung auch nur einen mehr oder minder geringfügigen Bruchteil darstellen, bilden sie in den Andenländern von Mexiko (für das Stelzmann — vgl. Literaturbericht — 80% Indianer angibt, eine Zahl, die wohl doch zu hoch gegriffen ist) bis Bolivien und wiederum in Paraguay als halbzivilisierte Masse die Grundschicht der Staaten. Nur in Chile, Argentinien und Uruguay spielt infolge der leichteren Besiedlungsfähigkeit durch die Europäer und der ursprünglichen geringen Volksdichte das weiße und Mischlingselement eine ganz andere Rolle. In Brasilien und Guayana wiederum sind durch die starke Sklavenzufuhr die Mischungsverhältnisse ganz andere. Eine zahlenmäßige Abscheidung der einzelnen Rassen voneinander ist heute kaum möglich; darum weichen alle statistischen Angaben ganz ungeheuerlich voneinander ab. So viel ist aber sicher, daß die Indianer Lateinamerikas viele Millionen, in den meisten der eigentlichen andinen Indianerstaaten bis zur Hälfte oder auch bedeutend über die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen. Darum hat Hagemann im wesentlichen recht, wenn er in seinem Buche „Zwischen La Plata und Hudson“ (vgl. Literaturbericht) meint: „Weit verbreitet ist in Europa die Ansicht, daß es eine Indianerfrage nicht gibt, weil das Volk das den amerikanischen Kontinent bewohnte, ausgestorben oder so völlig dezimiert ist, daß man es als eine Quantité négligeable betrachten kann. Berichte von Reisenden in Nordamerika, welche die armseligen Reste dieser Rasse in Territorien wie in einem Museumsschrank verwahrt (man vgl. damit jedoch die obigen Mitteilungen! Es

handelt sich doch noch um sehr viel lebensfähigere Gebilde!) gesehen haben, bestärken diese Meinung. Man vergißt, daß die Nordamerikaner in der Ausrottung der braunen Rasse eine sehr gründliche Arbeit geleistet haben (man vergißt jedoch auch, oder besser, man weiß es im allgemeinen nicht, daß die vorkolumbianische Bevölkerung von Nordamerika eine recht spärliche gewesen ist, daß weite Ländergebiete im Vergleich zu Lateinamerika, namentlich den andinen Regionen, sehr dünn bevölkert waren!), während durch das lateinische Kolonialsystem indianische Völkerschaften von namhafter Stärke und Bedeutung erhalten worden sind. Die offizielle Statistik gibt die Zahl der südamerikanischen Indianer auf sechs Millionen an, worunter zwei Millionen wilde und vier Millionen halbzivilisierte Indianer einbegriffen sind. Alle diejenigen aber, die außer den Küstengebieten Südamerikas auch das Landesinnere besucht haben, stimmen darin überein, daß diese Zahl bei weitem zu niedrig gegriffen ist, und daß die Menge der hier lebenden Indianer ein Mehrfaches der angegebenen Summe betragen muß." Am ehesten geht es noch, die Zahl der wilden Indianer abzuschätzen. Sie mag in der Statistik annähernd richtig angegeben sein. Diese noch abseits von der Zivilisation lebenden Indianer lassen sich noch einigermaßen scharf ausscheiden, weil sie sich selbst ausscheiden, keinen Anteil nehmen an dem Leben der lateinamerikanischen Kulturstaaten, die ihrerseits bemüht sind, die unabhängigen Stämme allmählich den Staatenorganismen einzugliedern. Das gilt von der Mehrzahl der Stämme in Amazonien, den amazonischen Andenrandgebieten, in Guayana und im inneren Chaco; dazu kommen in geringer Zahl Westpatagonier und Mittelamerikaner. Das Dasein dieser „wilden Indianer" bildet nur eine mehr oder minder bedeutsame Frage der inneren Politik der einzelnen Staaten. Schwer erfaßbar ist dagegen die Zahl, noch schwerer die Bedeutung der „zivilisierten Indianer". Denn das sichtbare Ideal für den zivilisierten Indianer ebenso wie für den Mischling ist der Weiße. Darum läuft anthropologisch wie kulturlich eine vielsprossige Stufenleiter vom Indianer zum Weißen hinauf. Auf ihr gibt es aber starke Unterbrechungen sozialer Natur, Stufen scheinen vor dem Aufwärtsschreitenden auf einmal ausgebrochen zu sein, die schwer zu überklimmen sind. Solche Lücken scheiden die Schichten heute mehr sozial als rassenmäßig, indem die Grenze zwischen der herrschenden und den Staat tragenden Schicht und der beherrschten, z. T. hörigen Schicht, die es trotz aller Freiheit auf dem Papier gibt, zwischen den Weißen und Mischlingen auf der einen Seite und den mehr oder weniger reinen Indianern auf der anderen Seite verläuft.

Das ist im Grunde die alte soziale Schichtung, wie sie aus der Kolonialzeit überkommen und durchaus durch die neuen Staatenbildungen nicht überwunden worden ist. Hier ziehen Nähte innerhalb der Masse der Bevölkerung, die leicht bei starker Beanspruchung und Belastungsproben aufreißen können. Bisher hat Lateinamerika noch keine solch übergroßen Belastungsproben durchgemacht. Doch je mehr es sich dem gesamten Weltorganismus einfügt, desto mehr werden solche einsetzen, wird es an der Lösung der Weltprobleme teilnehmen müssen. Zwei große Bewegungen, die z. T. sogar einander durchdringen können, vermögen ihre Hebel an dieser skizzierten Struktur anzusetzen. Einmal ist es der lateinamerikanische Nationalismus, ein Ausfluß des europäischen Nationalismus, ebenso sehr des wirtschaftlichen Aufstrebens der einzelnen Staaten. Dieser Nationalismus hat in Ländern mit so sehr starker und komplizierter Mischung, daß die inneren Nähte dadurch verdeckt worden sind, wie z. B. Brasilien, die Bevölkerungsmasse als ganze ergriffen. Dort dagegen, wo vor allen Dingen das indianische und Mischlingselement auf indianischer Grundlage

allein scharf ausgeprägt sind, entsteht gleichsam auf dem Boden des Nationalismus eine Indianerfrage. Das ist dort, wo Hagemanns Satz gilt: „Südamerika (muß heißen: Lateinamerika) ist im Gegensatz zu Nordamerika in einem Maße indianisch, das jeden Fremden in Erstaunen setzt. Es gibt Bergstaaten in denen der Weiße so selten ist wie beispielsweise in Indien oder in den Kongokolonien." Auch seine Folgerungen sind zutreffend: „In Ländern wie Mexiko und Chile herrscht heute der Mischling bereits unumschränkt." Man denke an die jüngere Entwicklung in Mexiko, an die Rolle, die in Mexikos Geschichte während des 19. Jahrhunderts reine Indianer gespielt haben. Dauernd kommt aus Mexiko die Kunde von Bewegungen, die sich gegen Bürger der Vereinigten Staaten richten. Sie werden durch die nationalistischen Fremdengesetze genährt. Es ist sicher so: „Die Emanzipation der braunen Rasse ist heute eines der aktuellsten Probleme Lateinamerikas. Der Weiße ist daran interessiert, daß diese in einem Sinne vor sich geht, welcher ihn nicht der letzten Ansprüche in den indianischen Ländern verlustig gehen läßt, wie es in Mexiko bereits geschehen ist" (Hagemann). Daß in der Hauptsache die Träger der nationalen politischen Bewegungen Mischlinge sind und nur in geringerem Grade Indianer, beruht auf der durchschnittlich stärkeren Zivilisierung der ersteren, die dann zudem leicht die Führung über das rein indianische Element an sich zu reißen vermögen. Zunächst bleibt freilich die soziale Grenze noch: der Mischling „ist in der Behandlung des indianischen Elements rücksichtsloser als der Weiße, denn sein Emporkömmlingsinstinkt sucht eine scharfe Grenze zwischen sich und dem armen Wilden zu ziehen. Er ist aber auch geschickter, denn er weiß die Imponderabilien der ihn nahestehenden Rasse für seine Zwecke auszunutzen" (Hagemann). So bleibt anscheinend noch weiterhin jene Grenze zwischen Indianer und Mischling bestehen; und doch neigt sich schon sehr stark die Entwicklung dem allerdings durch Mischung gehobenen farbigen Element im ganzen in Lateinamerika zu.

Allerdings muß dabei eine Klippe umschifft werden. Die Scheidung zwischen dem am Staatenleben starken Anteil nehmenden, die Staatenführung nachhaltig beeinflussenden Mischling und dem halbhörigen Indianer wird nicht auf die Dauer bestehen bleiben. Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus sind heute in Lateinamerika nicht mehr unbekannt. Man kennt die inneren Beziehungen zwischen der Callesregierung und diesem ganzen Ideen- und Machtkreis. Man lese bei Stelzmann (vgl. Literaturbericht S. 75) nach: „Das Übel der Latifundien, der ungleichmäßigen, ungerechten Verteilung des Grund und Bodens soll an der Wurzel gepackt werden. Die Syndikalisierung der Arbeiter Mexikos schreitet weiter. Der Generalsekretär der regionalen Arbeitervereinigung Mexikos, Dr. Treviñom, äußert sich über das Programm folgendermaßen: Wir sind ernst zu nehmen. Unsere Feinde sind die Kapitalisten, die da sagen, es fehle unserer Organisation der Ernst, die Fähigkeit und Zucht, unsere Pläne zu verwirklichen, um die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern. Was der vorletzte Präsident Obregon als Regierungsprogramm aufgestellt hat, deckt sich mit dem unsrigen, fällt zusammen mit dem Revolutionsprogramm, aus dem auch Calles hervorgegangen ist. Industrie und Landwirtschaft haben einen anderen Boden zu schaffen, auf dem ihre Arbeiter wirken sollen. Die Artikel 27 und 123 unserer Verfassung sind die Magna Charta unserer Reform. Allem Eigentum sind Merkmale aufzuprägen, die das Recht aller Mexikaner enthalten, Land zu haben." Die sozialistischen Bestrebungen sind nicht auf Mexiko beschränkt geblieben, sie haben sogar in manchen Teilen Lateinamerikas einen ähnlich Mexiko überaus günstigen Boden vorgefunden. Die Besitzverteilung in Argentinien,

Chile und auch in Brasilien bietet genügsam Angriffsflächen für solche Ideen. Wohl böte sich noch überall Land für den Einwanderer, das ohne weiteres an ihn zu vergeben wäre, aber es ist nicht ohne weiteres wirtschaftlich nutzbar, vor allem zu verkehrsungünstig gelegen. Die der Kulturbasis nahen Zonen sind in festen Händen, meist sind sie als Latifundien im Besitz der herrschenden Kasten. Hier hätten sozialistische Ideen allen Grund anzusetzen; umso unerwünschter ist ihr Import, besonders in den ABC-Staaten, die darum ihre Einwanderungskontrolle und die Überwachung der Arbeiterorganisationen verschärft haben. Ebenso hat das Hörigenverhältnis weiter Schichten in den Andenländern den Boden zu solcher Entwicklung vorbereitet. Wie weit unmittelbare bolschewistische Propaganda am Werk ist, ist sehr schwer zu beurteilen. Die Urteile darüber, selbst über die Möglichkeit der Einwirkung, gehen sehr weit auseinander. Dieses Fragezeichen gilt darum auch allen Bemühungen, die den Indianeraufstand in Bolivien erklären wollen. Allerdings soll die bolivianische Regierung im Senat den Beweis erbracht haben, daß die Sowjets dem Führer der bolivianischen Kommunisten eine Million Franken gezahlt haben. Ist die Nachricht zutreffend, so bestätigt sie die Meinung mancher, daß zur Zeit sozialistische Ideen in Südamerika noch keine nachhaltige Wirkung auszuüben vermögen.

Stets aufs Neue muß man allerdings den Satz wiederholen, daß sich Amerika nicht mehr als eine isolierte Staatengesellschaft betrachten darf. Das hat der Staat Massachusetts bzw. die Union überhaupt bei dem Sacco und Vanzetti-Prozeß erfahren, dessen Urteilsfällung und -vollstreckung wildeste Protestkundgebungen in den Staaten und im Auslande ausgelöst haben. Daß es offen ausgesprochen worden ist, man müsse an dem Urteil festhalten, um gegenüber den Drohungen nicht schwach und feig zu erscheinen, ist eine sehr starke Entgleisung gewesen, die mit Recht und Gerechtigkeit nicht das geringste zu tun hat. Das extremste Nationalgefühl muß sich mit Recht und Gerechtigkeit vertragen können.

Im positiven Sinne hat erst jüngst wieder die starke Verknüpfung Amerikas mit der übrigen Welt symptomatisch in der Wahl Kubas und Kanadas in den Völkerbundsrat Bestätigung gefunden. Dazu wurde Dr. Albert Guani-Uruguay zum Präsidenten der Bundesversammlung gewählt. Argentinien erweist sich gegenüber dem Völkerbund immer noch merkwürdig zurückhaltend. Die Kammer hat wiederum erst neulich beschlossen, den Antrag der Regierung auf Ratifizierung der Zugehörigkeit Argentiniens zum Völkerbund fürs erste nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Als Gründe werden folgende angegeben: das Ligastatut enthalte Bestimmungen, deren Annahme laut der Verfassung mit den Vorrechten des Kongresses nicht vereinbar sei. Sachlich wird dem Völkerbund vorgeworfen, daß er niemals Neigung gehabt habe, sich mit südamerikanischen Fragen zu beschäftigen. Immerhin hat sich aber die argentinische Regierung bereit erklärt, einen Sitz im Verkehrsausschuß des Völkerbundes anzunehmen. Nach wie vor scharf ist die Ablehnung des Völkerbundes durch die Vereinigten Staaten. Die theoretische Möglichkeit eines Anrufs des Völkerbunds durch die Republik Panama hat das vereinsstaatliche Staatsdepartement zu der Äußerung veranlaßt, daß die Vereinigten Staaten die Intervention des Völkerbundes bei einem Streit über den Kanal mit Panama nicht zulassen werden, weil der Völkerbund eine rein europäische Institution sei. Ganz allgemein wird betont, daß Verträge zwischen der Union und Völkerbundsmitgliedern durch die Völkerbundssatzung nicht berührt werden könnten. Anlaß zu dieser Äußerung hat der 1926 geschlossene Vertrag der Union mit Panama gegeben, der vor seiner Ratifizierung steht. In diesem Vertrage überläßt Panama den Ver-

einigten Staaten kleinere Gebiete zur Abrundung der Kanalzone und zur Errichtung einer Funkstation. Vor allem tritt im Falle eines Krieges der Vereinigten Staaten mit einer dritten Macht automatisch der Kriegszustand in Panama ein. Im Kongreß von Panama wurde darauf hingewiesen, daß diese Bestimmungen gegen das Völkerbundsstatut verstoßen.

Der „Erfolg" der Genfer Abrüstungskonferenz ist in einem scharfen Aufrüsten zu erblicken. Es verlautet: Japan habe seinen Werften acht Neubauten zugehen lassen, darunter drei Zehntausend-Tonnen-Kreuzer. Aus England wird von 17 Neubauten berichtet, aus Italien von 12 Neubauten; Frankreich habe den Auftrag für 4 Kreuzer und 11 andere Kriegsschiffe gegeben. Die Vereinigten Staaten endlich haben insgesamt 18 Neubauten in Aussicht genommen, darunter acht Zehntausend-Tonnen-Kreuzer; außerdem wird für 21 weitere Neubauten die erste Baurate verlangt. Ein merkwürdiger „Erfolg" einer „Abrüstungs"konferenz, der aber im Falle ihres Scheiterns vorauszusehen war und in dieser Entwicklung noch einmal zu deutlich den machtpolitischen Charakter der Verhandlungen betont!

GERHARD HERRMANN:

WELTWIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Internationale Arbeitskonferenz. — Newyorker Notenbanktagung. — Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes. — Deutsch-japanischer Handelsvertrag. — Deutsch-französisches Handelsabkommen.

Nicht zuletzt durch die Genfer Weltwirtschaftskonferenz ist es eine Binsenwahrheit geworden, von einem Strukturwandel in der Weltwirtschaft zu sprechen. Das Zeitalter des Hochkapitalismus, das in dem Jahrfünft vor dem Weltkrieg eine letzte Aufgipfelung erfuhr und durch den Kriegsausbruch einen jähen Abschluß fand, liegt endgültig hinter uns. Das weltwirtschaftliche Gleichgewicht, das sich vor dem Kriege herausgebildet hatte und im wesentlichen auf einem Kampfe aller gegen alle auf allen Märkten beruhte — diese Kampfhaltung erfaßte Individuen und Staaten in gleichem Maße —, ist zerstört. Der durch den Weltkrieg teils verursachte, teils nur beschleunigte Strukturwandel fand seinen Ausdrnck einmal in der wachsenden Industrialisierung der überseeischen Staaten, die ihre mehr passive Rolle als Rohstofflieferanten Europas und Abnehmer seiner Industrieerzeugnisse nicht weiterspielen wollten, zum andern in dem Übergang der Weltwirtschaftshegemonie von Europa an die U. S. A. Diese Wandlung wird durch die Tatsache, daß die U. S. A. vor dem Kriege mit ca. 16 Milliarden Mark an Europa verschuldet waren, während heute umgekehrt Europa ca. 60 Milliarden Mark Schulden an die U. S. A. hat, schlagend illustriert. Europa als Einheit, nicht die einzelnen nationalen Wirtschaftskörper in ihrer Besonderheit, ist in die Defensive gedrängt, ist gezwungen, seinen weit übersetzten industriellen Apparat der neuen weltwirtschaftlichen Situation anzupassen. Durch das Auftreten neuer raumwirtschaftlicher Einheiten als Akteure, nicht mehr Objekte weltwirtschaftlichen Geschehens, ist Europa seine Einheit als Wirtschaftsraum zu Bewußtsein gekommen. Alle Bemühungen, die europäische Wirtschaft nach dem Abbau der Kriegspsychosen und dem Aufbau der Währungen wieder neu zu ordnen, gewinnen erst unter diesem Gesichtspunkt ihren vollen Sinn.

Es ist kein Zufall, wenn seit dem Jahre 1926 sich die Bemühungen um eine intereuropäische Verständigung auf den verschiedensten Wirtschaftsgebieten geradezu häufen. Hierbei ist es zunächst eine Frage zweiten Ranges, ob die Träger solcher Abmachungen oder Konferenzen private Körperschaften sind, wie beim mitteleuropäischen Stahlpakt und der Kunstseidekonvention, oder Regierungen bzw. offiziöse Organisationen wie bei der Weltwirtschaftskonferenz oder der Tagung der Internationalen Handelskammer. Der Einwand, daß die meisten solcher Verständigungsbemühungen recht formale oder rein technische Ergebnisse gezeitigt haben, ist wenig stichhaltig, denn genau so wie man in immer größeren raumwirtschaftlichen Einheiten denkt, muß man sich auch daran gewöhnen, in Jahrzehnten und nicht in Jahren zu denken. Gesinnungswandlungen können nur langsam vor sich gehen, und das Wichtigste an den meisten internationalen Wirtschaftstagungen der Gegenwart ist, daß sie überhaupt stattfinden, daß die jeweils aufgeworfenen Probleme eine breite internationale Resonanz finden.

So werden im Mittelpunkt des vorliegenden Berichtes wieder einige Tagungen zu stehen haben.

Im unmittelbaren Anschluß an die Weltwirtschaftskonferenz fand vom 25. Mai bis zum 16. Juni die Internationale Arbeitskonferenz in Genf statt. Das Zentrum der internationalen Arbeitsorganisation ist das Internationale Arbeitsamt in Genf, das auf Grund des Abschnitts XIII des Versailler Diktats ins Leben gerufen wurde, aus 24 Mitgliedern besteht und in Permanenz versammelt ist. Es erhält seine Arbeitsgrundlagen durch die alljährlich zusammentretende Internationale Arbeitskonferenz, der im wesentlichen alle Völkerbundmitglieder angehören. Rußland, U. S. A., die Türkei nehmen an der Konferenz nicht teil. Die Mitgliedstaaten werden repräsentiert durch zwei Regierungsvertreter und je einen Vertreter der betr. Arbeitnehmer- und -geberverbände. Für die Arbeitsweise der Konferenz sind zwei Punkte zu beachten: Die bei wichtigeren Gegenständen mit einer qualifizierten Mehrheit zustande gekommenen Beschlüsse können sein „Entwürfe zu internationalen Übereinkommen“ oder „Vorschläge“. Entwürfe und Vorschläge werden den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten vorgelegt, wobei die „Entwürfe“ einer ausdrücklichen Ratifikation bedürfen und obligatorisch sind. Sanktionen drohen im Falle der Nichtdurchführung. Die Vorschläge sind loserer Natur und geben nur Richtlinien für die Mitgliedstaaten. Mit der diesjährigen Tagung hat man ferner eine wichtige Neuerung eingeführt: die „doppelte Beratung“. Es hat sich nämlich in der bisherigen Praxis als sehr schwierig erwiesen, sich in einer kurzen Session von wenigen Wochen auf Beschlüsse zu einigen, die allgemein genug waren, um den teilweise ganz divergenten sozialen Verhältnissen der einzelnen Staaten gerecht zu werden, ohne doch inhaltsleer zu werden. Von der diesjährigen Tagung ab wird jeder Gegenstand auf zwei Sessionen beraten. Der Zweck der ersten Beratung ist lediglich die Abfassung eines Fragebogens, der an die Mitgliedstaaten versandt wird. Die darauf eingelaufenen Antworten bilden dann in der nächsten Tagung die Unterlage zur endgültigen Beschlußfassung.

Drei große Fragenkomplexe beschäftigten in diesem Jahr die Konferenz: die Krankenversicherung, die internationale Regelung der Koalitionsfreiheit und die Festsetzung von Mindestlöhnen.

Die Beratung über den ersten Punkt hatte endgültige Beschlußfassung zum Gegenstand und beanspruchte darum das größte Interesse. Bei den beiden anderen Punkten handelte es sich um die Ausarbeitung von Fragebogen. Bei der Diskussion über die Krankenversicherung machte man sich die Erfahrungen Deutschlands zunutze, was äußerlich in der Wahl von Ministerialdirektor Grieser zum Kommissionsvorsitzenden zum Ausdruck kam. Freilich konnte eine internationale Regelung der Krankenversicherung von vornherein nicht so differenziert gestaltet werden wie in den hierin führenden Ländern. Man beschränkte sich auf die Garantie von Mindestforderungen: Versicherungspflicht für möglichst breite Schichten, Beitragspflicht von Arbeitnehmern und -gebern, Selbstverwaltung des Krankenversicherungswesens usw. Spezialfragen wurden in die Form von „Vorschlägen“ gekleidet.

Nach Überwindung gewisser Schwierigkeiten auf Arbeitgeberseite einigte man sich mit großer Mehrheit auf zwei Übereinkommensentwürfe, die, inhaltlich im wesentlichen gleich, den Eigentümlichkeiten überwiegend industrieller bzw. agrarischer Staaten gerecht zu werden suchten. Neben den obenerwähnten Mindestforderungen, Staatsaufsicht, Ausschluß von Gewinnzwecken usw., ist die Bestimmung wichtig, daß bei Erkrankungen Krankengeld während der ersten 26 Wochen zu zahlen ist.

Über den zweiten Punkt: einen Fragebogen über die internationale Regelung der Koalitionsfreiheit aufzustellen, konnte man sich infolge des heftigen Widerstandes der Arbeitnehmervertreter nicht einigen. Zum Bruch kam es hier bei der Klausel „der Freiheit, sich nicht zu organisieren", die die Arbeitervertreter beseitigt wissen wollten. Es ist bedauerlich, daß das Projekt schon bei der Vorbereitung zu Fall kam. Notwendig war dies in keiner Weise, denn die Gegner der Vorlage hatten bei der nächsten Tagung, wenn die Antworten der Regierungen auf den betr. Fragebogen vorgelegen und eine breitere Erfahrungsgrundlage gegeben hätten, noch genug Gelegenheit gehabt, ihre Einwände geltend zu machen. Das Scheitern der Beratungen gerade in diesem wichtigen Punkte bedeutet zweifellos eine ernste Schwächung der von dem I.A.A. vertretenen Ideen. Die grundlegenden Gegensätze zwischen den betr. Wirtschaftsgruppen scheinen noch viel zu stark zu sein, um es zu einer prinzipiellen Einigung kommen zu lassen. Die Entwicklung in Italien und das neue Gewerkschaftsgesetz in England geben wenig Hoffnung, daß hierin bald Änderungen eintreten werden.

Bei dem dritten Punkt, der Festsetzung von Mindestlöhnen, konnte es sich naturgemäß nicht darum handeln, internationale Abmachungen über die absolute Lohnhöhe zu treffen. Vielmehr sollen die einzelnen Staaten zu bestimmten Lohnfestsetzungsverfahren veranlaßt werden, „für Heimarbeiten und andere Erwerbszweige oder Teile von Erwerbszweigen, in denen keine Vorkehrungen zur wirksamen Regelung der Löhne durch Tarifvertrag oder auf andere Weise bestehen und die Löhne ausnehmend niedrig sind". Die Absendung eines betr. Fragebogens wurde beschlossen. Eine große praktische Bedeutung würde ein Abkommen über Mindestlöhne dann erlangen, wenn es gelingt, künstlich, durch Hungerlöhne, am Leben erhaltene Industriezweige abzubauen. Überhaupt gehört es ja zu den wichtigsten Aufgaben des I.A.A., das soziale Dumping zu beseitigen, da es die Wohlfahrt aller schädigt. —

Über die Konferenz der Internationalen Handelskammer in Stockholm, die Ende Juni/Anfang Juli tagte und auf Verwirklichung der Genfer Beschlüsse hinarbeitete, unterrichtet ein besonderer Aufsatz.

Eine der meist kommentierten Tagungen der letzten Monate war die Newyorker Notenbankkonferenz in der ersten Julihälfte, die Norman, Schacht und Rist als Gäste Strongs, des Präsidenten der Federal Reserve Bank, sah. Da die Beteiligten von ungewöhnlicher Verschwiegenheit waren, ist man über den Inhalt der Beratungen immer noch nicht erschöpfend unterrichtet. Die geringe Zahl der Teilnehmer, ihre hohe fachmännische und politische Qualifikation bieten mehr als bei jeder andern Tagung eine Garantie für die praktische Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Fragen der Goldverschiffung und der Diskontpolitik. Man hofft in Zukunft solche Störungen, wie sie z. B. kürzlich auf dem Londoner Goldmarkt durch die Käufe der Bank von Frankreich eintraten, durch rechtzeitige Verständigung zu vermeiden. Eine wichtige Aufgabe der Notenbanken wird es ferner sein, den übermäßigen Goldabfluß nach den U. S. A., der für alle Beteiligten nur eine Belastung bedeutet, abzubremsen, eine Aufgabe, deren Verwirklichung seit langem von Sir Josiah Stamp gefordert wird. Die Festsetzung eines gemeinsamen Schlüssels für die Diskontpolitik der einzelnen Länder würde für die Zukunft Kursschwankungen herabmindern, wenn auch natürlich stets die Interessen des einzelnen Landes im Kollisionsfalle den Vorrang haben werden. Eine internationale Fühlungnahme über die Diskontpolitik hat aber nur dann Sinn, wenn die betr. Währungen stabil sind; so ist es trotz der offiziellen Dementis, die lediglich vor Störungen durch die Spekulation bewahren sollen, als sicher anzunehmen, daß die Stabilisierung des

Franken besprochen worden ist, um so mehr, als die Anwesenheit Rists, des Vizegouverneurs der Bank von Frankreich, sehr betont worden ist und in Schacht der erste Expert auf diesem Gebiet zur Verfügung stand. —

Die Weltwirtschaftskonferenz hat Mitte Juli noch ein Nachspiel gehabt in der außerordentlichen Tagung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes, die die Verwirklichung der handelspolitischen Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz zur Aufgabe hatte. Anschließend an ein Referat des Staatssekretärs Trendelenburg einigte man sich auf die Bildung von drei Untersuchungsausschüssen über 1. die Beseitigung oder Verminderung der Zollschranken auf dem Wege autonomer Maßnahmen (in erster Linie sollen unter den Kriegsnachwirkungen getroffene Maßnahmen abgebaut werden); 2. über die z. Zt. in Kraft befindlichen Zollsysteme, insbesondere die Meistbegünstigungsklausel. Hierdurch sollen die Voraussetzungen für den Abschluß langfristiger einseitiger Handelsverträge geschaffen werden; 3. über die Vereinheitlichung der Zollnomenklaturen. Diese letzte Kommisson trägt rein technischen Charakter und ist aus fünf Sachverständigen der Zollverwaltungen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei gebildet. Die Tätigkeit dieser Ausschüsse soll gleichzeitig die Arbeit der zu erweiternden Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes, die im Herbst zusammentreten soll, vorbereiten und erleichtern.

Am 19. Juli ist es endlich zwischen dem Botschafter Solf und dem Premierminister Tanaka zum Abschluß eines deutsch-japanischen langfristigen Meistbegünstigungs-Handelsvertrages gekommen. Gleichzeitig tritt auch das Abkommen zwischen der I. G. Farbenindustrie und der japanischen Regierung vom August 1926 in Kraft. Die Frage des deutschen Farbenexports nach Japan gestaltete die Vertragsverhandlungen überaus langwierig. Während nämlich die deutsche Farbenindustrie vor dem Kriege auf dem ostasiatischen Markt fast ein Monopol besaß, hatte Japan in den Kriegsjahren eine eigene Farbenindustrie hochgezüchtet, die es nach dem Kriege sich erhalten wollte. Hohe Schutzzölle beeinträchtigten den deutschen Farbenexport sehr. Ja, im Jahre 1924 kam es sogar zur Einführung eines Lizenzsystems für die Einfuhr von Farben, das sich praktisch nur gegen Deutschland richtete. Trotzdem gelang es nicht, die japanische Farbenindustrie beträchtlich zu fördern. Da die Qualität der japanischen Erzeugnisse sehr zu wünschen übrig ließ, wurde schließlich von der japanischen Verbraucherschaft die Forderung nach vermehrter Einfuhr der guten deutschen Farben gestellt, die in der Textilindustrie zur Wiederausfuhr Verwendung fanden, wofür Qualitätsprodukte benötigt wurden.

Das Farbenabkommen bestimmt im wesentlichen, daß in denjenigen Farbenprodukten, die Japan in gleicher Qualität wie Deutschland herstellt, keine deutsche Einfuhr stattfinden soll. Ein Schiedsgericht, das für Deutschland günstig zusammengesetzt ist, soll in Streitfällen entscheiden. Eine absolute Sicherung gegen Einfuhrverbote ist zwar nicht erreicht worden, doch ist Deutschland indirekt durch die japanischen Verträge mit Siam und Mexiko gesichert. Deutschland hat als Gegenleistung den Zollsatz auf Seide gesenkt. Japan hat weiter Erleichterungen für die Einfuhr deutscher Kammgarne zugesagt. Der verhältnismäßig plötzliche Abschluß des Handelsvertrages mag nicht zuletzt durch den japanischen Finanzkrach in diesem Frühjahr gefördert worden sein, wodurch den maßgebenden Kreisen recht hart vor Augen geführt wurde, wie schädlich es für ein Land ist, künstlich Industrien hochzupäppeln, für die keine natürlichen und sozialen Voraussetzungen gegeben sind.

Der deutsch-japanische Handelsvertrag ist, rein wirtschaftlich betrachtet, nur für einige wenige Spezialindustrien von erheblicher Bedeutung infolge des relativ geringen

Güteraustausches, betrug doch der Verkehr mit Japan (1913 bzw. 1924 nur 0,5% bzw. 0,2% der Einfuhr und 1,2% (2,2%) der Ausfuhr. Seine eigentliche Bedeutung gewinnt der Vertrag erst dadurch, daß er Ausdruck der sich neuanbahnenden kulturellen Annäherung dieser beiden in mancher Hinsicht so ähnlichen Staaten ist und, auf lange Sicht gesehen, noch Entwicklungsmöglichkeiten bietet Freilich werden diese Möglichkeiten immer wieder durch die von außerwirtschaftlichen Faktoren bewirkte Schwächung der japanischen Kaufkraft begrenzt.

Unter ganz anderen Gesichtspunkten ist das einen Monat später abgeschlossene deutsch-französische Handelsabkommen zu betrachten, dessen Zustandekommen lediglich von unmittelbaren, rein wirtschaftlichen Notwendigkeiten erzwungen wurde. Es ist ein unhaltbarer, beide Partner schädigender Zustand, wenn zwei benachbarte Volkswirtschaften von der Bedeutung der deutschen und französischen ihre wirtschaftlichen Beziehungen ohne vertragliche Grundlagen regeln müssen.

Die einseitige Meistbegünstigung auf Grund des Art. 264 des Versailler Diktats, die deutsche und später die französische Inflation, endlich die Deflationskrise beider Staaten hatten den deutsch-französischen Güteraustausch auf einen Bruchteil der Vorkriegszeit zusammenschrumpfen lassen. So betrug z. B. 1913 die deutsche Ausfuhr nach Frankreich 792 Mill. Mk. die Einfuhr 590 Mill., während die entsprechenden Zahlen 1926 237 und 294 Mill. RM. betrugen. Die Diskrepanz wird noch stärker, wenn man die allgemeine Geldentwertung berücksichtigt. Im Jahre 1924 stand sogar, unter dem Einfluß der einseitigen Meistbegünstigung, einer deutschen Einfuhr von 220 Mill. RM. eine Ausfuhr von nur 102 Mill. gegenüber. Das Jahr 1926 brachte dann die Wendung zum Besseren: Im Frühjahr kam es zum ersten Abschluß eines Handelsprovisoriums, wodurch für einen Teil der Waren Kontingente unter Meistbegünstigungssätzen festgesetzt wurden, während die Mehrzahl nach wie vor nach dem Generaltarif behandelt wurde. Dieses Provisorium wurde dann alle zwei bis drei Monate verlängert, da sich der Abschluß eines endgültigen Vertrages immer wieder verzögerte. Weitgehende Dispositionen waren für den Handel dadurch unmöglich. Nicht zuletzt unter dem Druck dieser handelspolitischen Misere schritt die Privatwirtschaft immer mehr zur Selbsthilfe: Es kam zum Abschluß des deutsch-französischen Kaliabkommens, der Rohstahlgemeinschaft und zur Einkaufskonzentrierung der deutschen und französischen Warenhäuser.

Gegenüber diesem Wirrwarr bedeutet das jetzige Abkommen, das ab 1. April 1929 gekündigt werden kann, einen großen Fortschritt, wenn es auch noch weit davon entfernt ist, den freihändlerischen Ideen von Genf zu entsprechen. Tatsächlich, wenn auch nicht juristisch, ist der Vertrag ein Meistbegünstigungsvertrag. Ab 15. Dezember 1928 gilt die unbeschränkte Meistbegünstigung. Bis zu diesem Termin ist eine ziemlich komplizierte Zwischenregelung auf Grund eines Listensystems getroffen, das eine Kombination von Meistbegünstigungs- und Reziprozitätssystem darstellt. Der Reziprozitätsgedanke besagt, daß Zollvergünstigungen nicht allen fremden Staaten zugute kommen sollen, sondern nur den Staaten, die bestimmte Gegenleistungen bieten. Der deutsche Export verteilt sich auf drei Listen: Liste B enthält einen neuen französischen Mindesttarif, der allen Staaten gegenüber gilt. Hierunter fällt zirka 75% des deutschen Exports. Die Listen A und C gelten nur für den Verkehr mit Deutschland. Die hier enthaltenen Warengattungen unterliegen dem bisherigen Tarif bzw. einem Sondertarif, der zwischen dem General- und dem Minimaltarif liegt.

Die Befürchtungen, die man anläßlich des französischen Tarifentwurfs über die Zollhöhe hegte, haben sich nicht erfüllt. So haben z. B. die französischen Maschinen-

zölle im allgemeinen nur Vorkriegshöhe. Die Chemikalienzölle betragen allerdings das Dreifache, was aber bei der geringen Zollempfindlichkeit dieser Produkte weniger ins Gewicht fällt. Deutschland ist entgegengekommen durch Senkung seiner Garn- und Kunstseidenzölle, sowie des Wein- und Gemüsezolls.

Der vorliegende Vertrag ist gewiß keine Ideallösung; man merkt ihm deutlich an, wie er Zug um Zug mühsam erhandelt worden ist. Immerhin aber macht er dem französischen Überproktektionismus ein Ende und bedeutet gegenüber der bisherigen Lage eine wesentliche Konsolidierung. Gleichzeitig bietet er eine Grundlage, um nach der Neugestaltung des französischen Zollsystems und der weiteren Befestigung beider Volkswirtschaften 1929 zum Abschluß eines langfristigen und endgültigen Handelsvertrages zu gelangen.

EGON HEYMANN:

STOCKHOLM — EIN MEILENSTEIN?

Betrachtungen zur Tagung der Internationalen Handelskammer

Das Konferenzwesen der Nachkriegszeit wird der spätere Historiker zu den wesentlichen Kennzeichen dieser Jahre zählen. Nicht als ob es vor 1914 nicht auch Konferenzen aller Art gegeben hätte; aber während sie zu jener Zeit Einzelerscheinungen waren, denen jeweils ein besonderer Anlaß zugrunde lag, ist in den Institutionen des Völkerbundes, des Internationalen Arbeitsamtes, der Internationalen Handelskammer ein Forum gegeben, dessen Verhandlungen die ganze Welt beschäftigen, da sie bis zu einem gewissen Grade als eine Überprüfung und Beeinflussung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Vorgänge angesehen werden können. In diesen Konferenzen, Tagungen und persönlichen Begegnungen hat sich im Zeitalter des Flugwesens und der drahtlosen Telephonie gleichsam eine neue Form diplomatischen Verkehrs herausgebildet.

Die Erkenntnis und Anerkenntnis der Bedeutung internationaler Konferenzen steht nicht in Widerspruch mit der berechtigten Skepsis, die gerade Deutschland dieser Neuerung entgegenbringt. Mag auch durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund theoretisch seine Anerkennung als gleichberechtigte Großmacht vollzogen sein, tatsächlich aber statuiert der Versailler Vertrag, der am Eingang dieses Zeitabschnittes steht, eine Ungleichheit, die durch alle Diskussionen nicht aus der Welt geschafft wird. Fremdes Militär auf deutschem Boden, waffenstarrende Nachbarn ringsum und die auch dem letzten Steuerzahler fühlbaren Tributleistungen bringen diejenigen schnell auf den Boden der Tatsachen zurück, die in Resolutionen bereits eine neue Wirklichkeit lebendig zu sehen glauben.

Wir haben allen Grund, vorsichtig, ja mißtrauisch zu sein. Die Komödie der Abrüstungen mit ihrem schrittweisen Zurückweichen von der Parole des „désarmement", wie es noch im Versailler Vertrag steht, über die Interpretation zur „déduction", d. h. der Verminderung der Rüstungen, zur glatten Anerkennung des Status quo, sollte uns klar machen, daß die letzten Entscheidungen politischer Art sind, und daß die Wirksamkeit einer Idee im Leben der Völker eine direkte Funktion der hinter ihr stehenden Macht ist.

Man wird sich diesen Satz auch bei einer Betrachtung der Wirtschaftskonferenzen der letzten Zeit gegenwärtig zu halten haben. Zuzugeben ist, daß sich seit der

Pariser Konferenz des Wirtschaftskrieges im Jahre 1917 auf dem Wege zur Weltwirtschaftskonferenz ein Umschwung der Methoden gezeigt hat. Die alten Weisheiten der englischen Klassiker, daß, wer verkaufen will, auch kaufen muß, sind langsam wieder ins Bewußtsein der Welt eingegangen. Aber erst, als im Ruhrabenteuer die Bajonette unwiderleglich ihre Unfähigkeit erwiesen, als „Sitzgelegenheit" zu dienen oder, um dieses Wort Talleyrands etwas zu variieren, sich als Kohlenschaufeln verwenden zu lassen, erst der geschlossene deutsche Widerstand belehrte die militärischen Wirtschaftspolitiker über die Unsinnigkeit ihrer Methoden. Mit der Einsetzung des Sachverständigenkomitees wurde das Reparationsproblem aus der Sphäre der Politik in die wirtschaftlicher Erwägungen verlegt; man entzog den „avocats chicaneures" das Wort und gab es den „Gläubigern".

Der nächste Schritt war die Genfer Weltwirtschaftskonferenz dieses Jahres. Über dem lauten Ruhm der Herren Loucheur und Jouhaux hat man vergessen, daß Deutschland das Ursprungsland der Idee einer Weltwirtschaftskonferenz gewesen war. Ohne zu unterschätzen, daß in Genf eine „Weltmeinung gegen den Protektionismus" formuliert wurde, glauben wir doch, daß das Hauptergebnis der Konferenz die Tatsache ihres Zusammentretens war. Vielleicht wäre es günstiger gewesen, ganz im Sinne jener ursprünglichen deutschen Anregung, Neuyork als Tagungsort zu wählen; damit wäre der Bedeutung Amerikas als Wirtschaftsvormacht entsprochen worden, und man hätte zugleich das Odium des Genfer „headquarter spirit" vermieden. Genf ist nun heute mal der Sitz von Regierungsfilialen.

Das ist nun der große Vorzug der Internationalen Handelskammer, daß sie einen Zusammenschluß von freien Wirtschaftsführern darstellt, und darum kommt ihrer Tagung zu Stockholm als einer Meinungsäußerung unabhängig von regierungsseitiger Beeinflussung eine besondere Bedeutung zu. Deutschland ist seit 1925 Mitglied und ist mit seinen führenden Wirtschaftsorganisationen der Industrie, des Handels und der Banken in der I.H.K. vertreten und durch den Vorsitzenden der Berliner Handelskammer, F. von Mendelssohn, auch am Präsidium beteiligt, zu dessen Vorsitzenden in Stockholm der italienische Industrielle Dr. Pirelli gewählt wurde.

Ohne hier im einzelnen auf die gesamte Tätigkeit I.H.K. während der sieben Jahre ihres Bestehens eingehen zu wollen, sei doch der Versuch gemacht, Wesen und Erfolge ihrer Wirksamkeit kurz zu skizzieren. Als bedeutungsvollste Leistung darf man ansehen, daß hier eine Stätte zu gegenseitiger Fühlungnahme maßgeblicher Wirtschaftskreise geschaffen ist. Während Konferenzen der Handelskammern vor dem Kriege nur selten zusammentraten, verfügt die I.H.K. als eine ständige Einrichtung in ihren zahlreichen Ausschüssen über ein ausgezeichnetes Instrument zur Prüfung vornehmlich der technischen Fragen der internationalen Handelshemmnisse und Erschwerungen und ist so in der Lage, sachlich durchgearbeitete Abänderungsvorschläge den Regierungen zu unterbreiten und durch die ihr angeschlossenen Organisationen selbst Erleichterungen zu schaffen. Neben den Fragen des Fremdenrechts, der Transporthindernisse, der Zolltechnik, der finanziellen Schwierigkeiten, der Ein- und Ausfuhrverbote, der internationalen Industrievereinbarungen und der Organisation und Propaganda, wie sie in den sieben Unterausschüssen des Ausschusses zur Beseitigung der Handelshemmnisse beraten werden, neben den Bemühungen, das Wechsel- und Scheckrecht in zwei großen Gruppen des angelsächsischen und kontinentalen Rechts zu vereinheitlichen, die Dokumentenkredite zu typisieren, die Doppelbesteuerung zu bekämpfen und einen brauchbaren Modus für

den internationalen Zahlungsausgleich zu finden, neben der Bearbeitung der Fragen des internationalen Schiedsgerichtswesens und der Schiedsgerichtstätigkeit selbst, neben den Vorschlägen für eine Verbesserung des Land-, Wasser- und Luftverkehrs, hat die I.H.K. nicht versäumt, ihre Aufmerksamkeit auch den großen Leitgedanken der Wirtschaftspolitik zuzuwenden.

Wenn es ein Zufall war, daß die erste Tagung der I. H. K., an der Deutschland teilnahm, in Stockholm stattfand, so war es ein günstiger Zufall. Die Stockholmer Atmosphäre einer liebenswürdigen Gastfreundschaft ließ schnell störende Erinnerungen an vergangene Zeiten versinken, soweit sie etwa noch vorhanden waren. Man hat nicht verfehlt, die Anwesenheit der Deutschen durch eine betonte Freundlichkeit hervorzuheben. Nach der Verbeugung des Präsidenten Wallenberg (Schweden) in deutsch gesprochenen Worten bei der Eröffnungsfeier, hat Sir Alan Anderson, der Nachfolger des verstorbenen Präsidenten W. Leaf, in seine erste Rede ein Zitat aus der Hamburger Rede von Curtius eingeflochten und so recht geschickt eine Festlegung der deutschen Delegation versucht. Im ganzen hat Deutschland in Stockholm eine würdige Stellung eingenommen und durch seine Mitarbeit die Konferenz wesentlich gefördert.

Auch eine wirtschaftliche Einrichtung wie die I.H.K. konnte sich den großen politischen Fragen nicht entziehen. Von englischer wie von französischer Seite wurde uns gegenüber die Auffassung vertreten, man solle doch aus Deutschland, England und Frankreich einen antirussischen Block schmieden. Dieser Wunsch mag als der eigentliche Hintergrund der Stockholmer Veranstaltung angesehen werden. Damit war für uns eine nicht ganz einfache Lage geschaffen. Die Hilflosigkeit der deutschen Öffentlichkeit gegenüber dem russisch-englischen Problem hat sich anläßlich des Arkos-Konfliktes mit aller Deutlichkeit enthüllt. Da sich in den Stockholmer Verhandlungen eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der deutschen und englischen Auffassung feststellen ließ, darf geschlossen werden, daß die bereits in Genf vollzogene Annäherung an England auch hier weiter verfolgt wurde, ohne daß es in Verkennung der eigentlichen deutschen Aufgabe etwa zu einer einseitigen Option für den Westen gekommen wäre. Solange Rußland aber nicht in der Lage ist, oder sich nicht in die Lage begeben will, der deutschen Wirtschaft diejenigen Garantien zu bieten, die wir brauchen, wird es sich gefallen lassen müssen, daß Deutschland seine wirtschaftlichen Bindungen mit dem Westen stärker betont, als es vielleicht seinen eigentlichen Wünschen entspricht. Die Sowjets waren in Stockholm nur durch einen Beobachter vertreten, der aber völlig im Hintergrund blieb.

Stockholm stand unter dem Zeichen von Genf. Der Grundton der Resolutionen ist darum bestrebt, die Genfer Linie fortzuführen, und zeichnet sich durch eine kluge Mäßigung der Sprache aus. Ebenso wie Professor Cassel in seinem Vortrag über Staatssubventionen davor gewarnt hatte, ein radikales Programm aufzustellen und gleich das ganze Subventionswesen beseitigen zu wollen, kommt auch der Ausschuß zur Beseitigung der Handelshemmnisse — das wichtigste Thema der Konferenz — in seiner Resolution lediglich zu sehr allgemeinen Formulierungen. Handelshemmnisse, d. h. Beschränkungen eines freien Verkehres von Gütern, Kapital und Diensten, widersprechen der Wirtschaftlichkeit und haben „unvermeidlich die Tendenz, den Lebensstandard zu drücken". Die Konferenz erklärt darum, „daß die Zeit gekommen wäre, mit der Heraufsetzung der Zölle Schluß zu machen und in entgegengesetzter Richtung vorzugehen".

Den Kleinstaaten gelang es jedoch, eine ganz wesentliche Einschränkung dieses Satzes durchzudrücken: die vorgeschlagene Änderung der Wirtschaftspolitik dürfe die lebenswichtigen Interessen der Staaten nicht berühren.

Mit diesem Satz wird der politische Charakter der Verhandlungen deutlich. Der Unruhezustand der Welt, dessen letzte Ursachen in den Bestimmungen des Versailler Vertrages liegen, gibt auch den Kleinstaaten ein gutes Recht, die Sicherung ihres Staates durch die Wirtschaft nicht außer acht zu lassen. Dasselbe gilt natürlich auch für die anderen Staaten. Eine weitere Erschwerung für den Abbau der Handelshemmnisse ist die Zurückhaltung der Amerikaner; ihnen erscheinen diese Probleme vorwiegend als eine europäische Angelegenheit. Für sie ist das Beispiel des Freihandels der freie Handel innerhalb des großen Wirtschaftsgebietes der Vereinigten Staaten; also mögen die Europäer doch auch erst einmal unter sich ein solches geschlossenes Wirtschaftsgebiet zustande bringen.

Die Reparationsfrage ist expressis verbis in Stockholm nicht behandelt worden mit Rücksicht auf die in Amerika bevorstehenden Wahlen. Der Ausschuß für „Internationalen Zahlungsausgleich", dem von deutscher Seite Geheimrat Bücher angehört, hat aber sehr deutlich ausgesprochen, daß lediglich die Auslandsanleihen bisher das Transfer ermöglicht haben und infolgedessen die erwarteten Rückwirkungen ausblieben; man müsse aber gewärtig sein, daß jener ausgleichende Kapitalzufluß über kurz oder lang aufhören werde. Auch ist die Tatsache unterstrichen worden, daß ein Anspruch auf Zahlungen zugleich die Pflicht zum Import in sich schließe. Die I.H.K. bemüht sich, auch hier technische Hilfsmittel zur Lösung des politischen Problems zu beschaffen; man beschloß, ein internationales Schema für Zahlungsbilanzen auszuarbeiten, um so internationale Vergleiche anstellen zu können, eine Arbeit, die Deutschland nur begrüßen kann.

Die mehr technisch gelagerten Aufgaben der I.H.K. waren auch in Stockholm einfacher, d. h. rein nach Maßgabe der praktischen Sachlichkeit zu behandeln. Und es steht zu erwarten, daß auf dem Gebiete des Verkehrs, gewisser finanztechnischer Angelegenheiten usw. schon in absehbarer Zeit „greifbare Erfolge" zu verzeichnen sein werden. Auch diese „Handelshemmnisse" sind nicht zu unterschätzen und ihre Beseitigung wird eine wesentliche Erleichterung sein. Nur andeutungsweise sei hierbei auch auf das Schiedsgerichtswesen der I.H.K. verwiesen, das besonders dem kleinen und mittleren Exporteur von unmittelbarem Nutzen ist. Wir haben darüber an anderer Stelle (Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 151, 1. Juli) ausführlich gesprochen.

Für die Beurteilung der Stockholmer Konferenz, für die Beantwortung der Frage, ob Stockholm ein Meilenstein geworden ist auf dem Wege zu einer friedlichen Wirtschaftszusammenarbeit, ist zunächst die Scheidung in politische und technische Aufgaben der Tagung grundlegend. Sind die einen direkt durch Vereinbarung zu regeln, so haben die anderen den langen und langwierigen Weg der Bildung einer „öffentlichen Meinung" zu gehen, die als ein Machtfaktor schließlich politisches Gewicht gewinnt. Man ist versucht, an die taktische Situation zu erinnern, in der Lassalle sich befand, als er das Wort prägte: „Aussprechen dessen, was ist." Genf und Stockholm haben versucht, „auszusprechen was ist", um durch die Betonung der „Pflicht zum Kommerzium" auch die politischen Stellen zu veranlassen, Handelshemmnisse in ihrem eigenen Interesse zu beseitigen. Die I. H. K. als Vertretung des Industrie- und Finanzkapitals ist notwendig einseitig. Daß aber in ihren Konferenzen und Ausschüssen Möglichkeiten für eine politische Wirksamkeit geboten

sind, Möglichkeiten auch für uns Deutsche im Befreiungskampf der deutschen Wirtschaft, das ist eine unleugbare Tatsache. Ob diese Möglichkeiten ausgenutzt werden, ob, mit anderen Worten, Stockholm wirklich zum Meilenstein werden wird, das ist, wir wiederholen es noch einmal, Frage und Aufgabe der Politik.

Max Krahmann:

KAPITAL, TECHNIK UND GEOPOLITIK

Für den flüchtigen Blick drei Begriffe, die nichts miteinander zu tun haben. Und doch hängen sie eng zusammen, eines wirkt durch das andere, immer im Kreise herum.

Kapital, das irgendwie Ersparte, das im Augenblicke Nichtverzehrte, ungeduldig im Produktions- oder Machtprozeß wieder Anlagesuchende findet nur Ruhe, wenn es irgendwie die Form der Technik, des Hebels an der Natur angenommen hat.

Technik will Natur meistern. Technik ist Fortsetzung der Natur ins Geistige, dem sich die ungeistige Natur fügt. Technik ist neue Schöpfung oder Fortsetzung der Schöpfung durch den Menschen, durch das Ingenium, durch den Ingenieur. Technik ist gestaltetes Kapital, ist Handwerkszeug, Maschine, Sprengstoff, Anlage, diszipliniertes Heer, Kriegsschiff. Presse, Routine, kurz Machtmittel, Neues gegen Altes, Menschenmacht gegen Naturmacht, Herrschaft über die Erde, also — ein starker geopolitischer Faktor.

„Politik ist nicht willkürliches Handeln einzelner Menschen, Gruppen, Verbände oder Staaten", heißt es schon irgendwo in dieser Zeitschrift, sondern „ist maßgebend bestimmt durch den Erdraum des Staates mit seinen Bodenschätzen, seiner Pflanzendecke, seinem Klima." Politik ist Machtentfaltung aufgespeicherten Kapitals irgendwelcher Art in Form der Technik gegenüber widerstrebender Natur, einschließlich natürlicher, kapitalsarmer Menschheit ohne Technik; — z. B. in Form der Schiffe von Kolumbus gegenüber Amerika oder heutiger Maschinengewehre gegen die aufständischen Inkas in Bolivien oder künftiger Flugzeuge über Südamerika zur Vollendung der Idee des „Ingenieurs" Kolumbus.

Weil nun jede Politik durch den von ihr bereits beherrschten Erdraum wesentlich bedingt ist, und weil Macht in erster Linie sich erhalten will, also sich erweitern muß, wenn sie nicht von andern Machtentwickelungen überflügelt werden will, so muß jede Politik entweder nach horizontaler Erweiterung des ihr gefügigen Erdraums zielen, solange das in dem nun zu Ende gehenden „Kolonialzeitalter" noch möglich ist, oder sie muß nach vertikaler Vertiefung ihres Erdraumes streben. Die Aufgaben von Kapital und Technik verändern sich also in dem nun beginnenden Zeitalter der mehr vertikalen Machtausdehnung, nachdem

die horizontale Ausdehnung infolge Aufteilung der Erde nicht nur gebremst, sondern infolge der Verselbständigung der Kolonien sogar rückläufig geworden ist: es können nicht mehr venetianische Kauffahrer „ausgerüstet", ostindische Kompagnien „gegründet", Wörmannlinien „subventioniert" und chinesische Konzessionen „erworben" werden — obwohl größte Kapitalien und höchste Technik zur Verfügung stehen, — sondern es muß die Landwirtschaft intensiver betrieben, die Luft über uns chemisch und mechanisch erobert, der Boden unter uns immer tiefer erbohrt, durchwühlt und — dereinst! — noch tiefer erschlossen werden und endlich die in diesem begrenzten Raum lebende Bevölkerung geistiger gebildet und sozialer gepflegt werden. Hierin liegen die neuen geopolitischen Aufgaben von Kapital und Technik, auch die anders gearteten Aufgaben des neuen Staates, der sich nicht mehr horizontal auszudehnen und gegen andere Bevölkerungen zu richten hat, sondern seinen eigenen Raum tiefer zu erkunden und seine eigene Bevölkerung höher zu bilden hat. Das sollte der Sinn des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen" sein, mit dem natürlich eine Selbstbesinnungspflicht verbunden sein muß.

Der neue, national, aber nicht nationalistisch und imperialistisch eingestellte Staat steht vor der Aufgabe, den Untergrund viel genauer als bisher erforschen und wirtschaftlich abwägen zu lassen, nicht weil Bergbau selbstverständlich notwendig und willkommen ist, sondern weil heutige Technik und heutige Kapitalien ganz andere Mittel als früher in die Hand geben und ferner für sich selbst ganz andere Ansprüche an Kraft- und mineralische Rohstoffbeschaffung stellen, nach Menge, Güte und Wirtschaftlichkeit.

Parallel mit dem Ruf nach Intensivierung der Landwirtschaft in allen ihren vielartigen Betriebsarten und Betriebsstufen — von der Düngerlehre bis zur Zuchtwahl auf Grund neuester Vererbungstheorien — geht die Forderung nach Verbesserung der Bergwirtschaft. In der anschließenden Hüttenwirtschaft sind wir wissenschaftlich schon verhältnismäßig weit vorgedrungen, — das ist das Verdienst der modernen Chemie und Metallographie —, auch in den Methoden der Massenbewegung, nicht nur der Kohlen und Erze, sondern auch des Wassers und der Luft, schreiten wir dank der entwickelten Maschinentechnik stetig fort, aber in der wirtschaftlichen Erfassung der abzubauenden Lagerstätte tappen wir wissenschaftlich noch arg im Dunkeln und benehmen uns ganz handwerksmäßig.

Wir müssen, wollen wir intensiver wirtschaften, immer näher an die ursprüngliche Natur heran mit unsern Forschungen und Bewertungen: das muß als eine allgemeine geopolitische Forderung aufgestellt werden. Freilich wirds da immer schwieriger, weil eben die reine Natur so reich und bunt, so vielartig und wechselnd und deshalb so schwer in Rechnungen und in Wertformeln zu fassen ist: in der Landwirtschaft ist es die schwierige Bodenklassifikation, die Bonitierung, — in der Bergwirtschaft die schwankende Untergrundsbewertung,

die Lagerstätteninventur. Von geringen Fortschritten auf beiden Gebieten hängen wesentliche geopolitische Erkenntnisse und damit kulturelle Fortschritte ab.

Harry Elmer Barnes

ITALIENISCHE WIRTSCHAFTSMETHODEN DER UNTERDRÜCKUNG SÜDTIROLS

Der ausgezeichnete Artikel von Prof. Laves in der Februarnummer von „Current History" gibt ein deutliches Bild der italienischen Bemühung um die Entnationalisierung der österreichischen Einwohner von Südtirol. Hinsichtlich der politischen, juristischen, kulturellen und pädagogischen Methoden, die die Italiener anwenden, kann man die Politik Mussolinis in diesem unglücklichen Gebiet nicht kürzer und zugleich klarer darstellen. Reisen durch Südtirol im letzten Sommer unter den günstigsten Verhältnissen gaben mir Gelegenheit, die von Prof. Laves beschriebenen Verhältnisse zu beobachten und jede Einzelheit als richtig zu bestätigen. Man hätte vielleicht noch mehr betonen können, daß in Südtirol jede Spur einer autonomen Regierung verschwunden ist; da aber die repräsentative Regierung in Italien überhaupt eine Farce geworden ist, erscheint dies von geringer Bedeutung.

Die kritische Art der italienischen ökonomischen Politik in Südtirol

Einen Punkt möchte ich in diesem kurzen Artikel ganz besonders betonen: den Umstand, daß das systematische Untergraben des wirtschaftlichen Lebens von Tirol der schwerste Schlag ist, den die Italiener gegen die Unversehrtheit und Unabhängigkeit der deutschsprechenden Tiroler führen. Männer von Bedeutung und Ansehen in Südtirol haben mir immer wieder versichert: Wie aufreibend auch der Kampf gegen unsere politische Freiheit, unsere Kultur, unsere Erziehung und unsere Religion sein mag, die Tiroler würden wahrscheinlich dieser Art von Bedrückung gegenüber schließlich doch standhalten. Verzweiflung, fast Hoffnungslosigkeit wurde erst bemerkbar, als man die wirtschaftliche Lage erkannte, die durch die Trennung von Nord- und Südtirol entstanden war, und als man die in Südtirol durchgeführten wirtschaftlichen und finanziellen Maßregeln der Italiener zu würdigen begann. Um dies zu tun, muß man einen gewissen Einblick in das Wirtschaftsleben Tirols haben.

Früher war Tirol wirtschaftlich eine Einheit

Das heutige Nordtirol, das von der bayerischen Grenze bis an den Brennerpaß reicht, und das deutschsprechende Südtirol, welches zwischen der augenblicklichen

italienischen Grenze am Brenner und Salurn liegt, ist bewohnt von einem ernsten, fleißigen Gebirgsvolk, welches durch Rasse, Sprache, Kultur, Religion, Kunst, Benehmen, Sitten und Gewohnheiten eine organische Einheit darstellte, die sich aus einem mehr als tausendjährigen Zusammenleben unter gleichen politischen Verhältnissen ergeben hat. In ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zeigen die beiden Teile des Landes jedoch bedeutende Verschiedenheiten. Südtirol, das Land der Früchte, Gemüse und des Weines, ein Gebiet des Sonnenscheines und der milden Luft, welches alljährlich Ströme von Fremden aufsuchen. Nordtirol mit seinem viel kälteren Klima beschäftigt sich mit Viehzucht, der Fabrikation von Textilstoffen, Maschinen, Zement, chemischen Produkten und Salz.

Zerstörung der wirtschaftlichen Einheit von Tirol

Vor dem Weltkrieg und dem Frieden von St. Germain fand zwischen diesen beiden Teilen Tirols, die kulturell eines, wirtschaftlich so verschieden waren, ein reger Austausch ihrer Erzeugnisse statt. Industrieprodukte des Nordens gingen hauptsächlich nach Südtirol, während der Norden der beste Abnehmer für die Früchte und den Wein des Südens war. Das Losreißen Südtirols von Österreich, seine Angliederung an Italien und die Errichtung einer hohen Zollschranke zwischen den zwei Teilen einer einstigen organischen Einheit haben diesen lebensnotwendigen Austausch von Produkten zwischen Nord- und Südtirol schwer, fast unmöglich gemacht. Der ökonomische Organismus des einstigen österreichischen Tirol war zerstört. Ganz unabhängig von speziell italienischen industriellen und finanziellen Methoden in Tirol hat der Friedensvertrag der wirtschaftlichen Blüte Südtirols einen schweren Schlag versetzt. Vor 1919 waren außerdem die Tiroler durch einen hohen Einfuhrzoll gegen die Konkurrenz von italienischem Wein und Früchten geschützt, heute müssen sie direkt mit diesen italienischen Industrien unter wenig günstigen Verhältnissen konkurrieren.

Schwierige Lage der Grundbesitzer

Durch die speziellen italienischen Methoden, die dem Landbesitzer in Südtirol aufgezwungen worden sind, leiden dieselben schwer. Der Südtiroler Bauer, bisher der uneingeschränkte Herr seines Landes, hat nun infolge des italienischen Gesetzes für die „Sicherheit der militärischen Grenze" das Recht verloren, sein Eigentum nach Belieben zu veräußern. Ein unüberlegtes Wort, von einem faschistischen Spion oder Regierungsbeamten aufgeschnappt, kann jetzt zur Konfiskation oder Sequestrierung des Besitzes, ja sogar zum Verlust der Nationalität führen. Deutsche, die nicht vorher österreichische Untertanen waren, aber in Südtirol Land besitzen, mußten zusehen, wie ihr Besitz konfisziert wurde; sie durften teilweise als von der italienischen Regierung geduldete Mieter im eigenen Hause bleiben, mit der Möglichkeit, jeden Augenblick ohne gerichtliches Verfahren außer Land geschickt

zu werden. Ich werde später noch genauer auf die Schwierigkeiten zu sprechen kommen, die man den Tiroler Grundbesitzern aufgeladen hat: den Kampf, welchen die italienische Entnationalisierungspolitik gegen die bodenständigen Finanz- und andere kooperativen Unternehmungen führt.

Steuern, Abgaben und Vergnügungen

Eine weitere wirtschaftliche Last für Südtirol als Folge der italienischen Politik ist die enorme Erhöhung der Steuern, Abgaben und anderer öffentlichen Erpressungen. Zwischen 1922 und 1924 haben die Steuern in Südtirol sich von 7 100 000 Lire auf 16 657 000 Lire erhöht. Südtirol zahlt jetzt pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt an Landabgaben dreimal mehr als der Rest Italiens. Die Zahl der notwendigen Lizenzen ist ungeheuerlich vermehrt worden, ihre Höhe ist ins Groteske gesteigert. Kaum die kleinste Unterhaltung kann dieser Lizenzentyrannis entgehen. Eine schwere Belastung bilden die Ausgaben durch die erzwungenen patriotischen Veranstaltungen, die den Tirolern von den Italienern aufgenötigt werden. Der von den Tirolern keineswegs erbetene Besuch des Königs von Italien in Bozen hat die nahezu weißgeblutete Stadt $1^1/_2$ Millionen Lire gekostet. Kaum ein größerer Ort Südtirols entgeht dem kostspieligen und aufreizenden Schicksal, von Zeit zu Zeit italienische Fürstlichkeiten, faschistische Größen oder italienische Vereinigungen festlich empfangen zu müssen.

Ausnutzung des Südtiroler Kapitals

Nicht nur der Landbesitzer in Südtirol ist in höchst ungerechter Weise überlastet; auch ihre Kapitalsanlagen in Eisenbahn und anderer Art werden in ähnlicher Weise angefaßt. Ein typisches Beispiel für die rücksichtslose Art, in welcher die italienische Regierung ihren Wirtschaftskrieg führt, bietet die elektrische Bahn zwischen Bruneck und Sand. Sie ist das Eigentum einer G. m. b. H., von welcher sie 1908 gebaut wurde. Nach dem Waffenstillstand übernahm die italienische Regierung die Verwaltung der Bahn und hat sie trotz immer wiederholter Gesuche bis heute behalten. Seit 7 Jahren haben die Eigentümer niemals weder eine Abrechnung noch eine Dividende zu sehen bekommen; nicht einmal ein Versuch ist gemacht worden, die Eigentümer durch die italienische Staatsbahn zu entschädigen, welche die Strecke benutzt. Das italienische Arbeits- und Eisenbahnministerium hat wiederholt erklärt, es wolle die Linie nicht behalten; man wäre froh, sie den Eigentümern zurückzugeben, weil der Betrieb sich nicht lohne. Die Ausrede ist offensichtlich unwahr und irreführend, denn die Eigentümer haben die Regierung unausgesetzt gebeten, ihnen ihre Bahn zurückzugeben oder sie wenigstens für die Benutzung ihres Eigentums zu entschädigen. Das wahre Ziel der italienischen Regierung ist, die Aktionäre solange mürbe zu machen, bis sie schließlich ihren Besitz an die Regierung oder an irgendeine italienische Gesellschaft für ein Butterbrot abtreten.

Die Genossenschaftsbanken

Der schwerste Schlag gegen das Wirtschaftsleben und den Wohlstand Südtirols, den die italienische Politik seit dem Kriege geführt hat, ist der Versuch, die Genossenschaftsbanken und die mit ihnen arbeitenden industriellen Organisationen umzubringen. Schon 1880 hat der Landeskulturrat von Tirol sich bemüht, ein Mittel zu finden, die schwere wirtschaftliche Lage des Tiroler Bauern durch verschiedene Organisationen kooperativer Art zu erleichtern. Kreditbanken, Einkaufs- und Verkaufsgesellschaften auf einer Genossenschaftsbasis wurden überall errichtet.

An der Spitze stand die Landeshypothekenbank zu Innsbruck, welche der Bauernschaft wertvolle Dienste geleistet hat, um sich von Schulden zu befreien; sie gab zu einem niederen Prozentsatz Darlehen, welche in kleinen festen Raten zurückgezahlt, aber nicht gekündigt werden konnten. Jetzt, wo Südtirol abgetrennt ist, kann die Bank in Innsbruck den Bauern hier nicht mehr helfen; sie haben weder im Lande noch in Italien irgendwelche Organisationen, die ihnen die nötigen Mittel verschaffen können.

Das Rückgrat des finanziellen und industriellen Lebens von Südtirol waren die nach ihrem Gründer genannten „Raiffeisenkassen". Dies waren genossenschaftliche Bauernbanken, welche die wichtigen kurzfristigen Darlehen gaben, ohne die der Tiroler Bauer sein Gut, seinen Obstgarten, seinen Weinberg, seinen Viehstand nicht erhalten und sein Produkt nicht auf den Markt bringen kann. Die Güte des Systems beweist die Tatsache, daß es schließlich 140 solche Kassen gab, eine fast für jede größere Gemeinde; sie repräsentieren einen Wert von zirka 30 Millionen Lire; noch in den letzten Jahren konnten Darlehen im Werte von 12 Millionen Lire an Bauern ausgegeben werden. Diese Kassen verdanken ihre starke Stellung und ihr allseits genossenes Vertrauen dem Umstand, daß die Mitglieder derselben einzeln unbeschränkt verantwortlich waren; jeder konnte Geld in diesen Kassen anlegen, aber nur Bauernmitglieder kamen für Darlehen in Frage. Wechsel oder Bürgschaften wurden als Sicherheit angenommen. Die Geschäftsleitung geschah immer unentgeltlich durch Mitglieder. Mit der Zeit entwickelte sich ein ungewöhnlich erfolgreiches Kontrollsystem. Die Mitglieder wählten ihre eigenen Bankbeamten, die den ersteren gegenüber verantwortlich waren. Alle diese Kassen waren mit einer Zentrale in Bozen verbunden, die sie gesetzlich vertrat, Rat und Kontrolle verteilte. Die Zentralbank in Bozen fungierte als Clearing-Haus für die auswärtigen Banken.

Genossenschaften in Tirol

Diese Raiffeisenkasse war nicht nur deswegen von größter Bedeutung, weil sie dem Bauern seinen Betrieb ermöglichte; sie lieferte auch den verschiedenen verwandten Organisationen Kredite, welche für die Bauern einkauften und ihre Produkte für den Verkauf und den Markt bereiteten. Wenn diese Bauernbanken ge-

schwächt werden, so leiden im gleichen Maße diese Einkaufsaufbereitungs- und Verkaufsorganisationen.

Die wichtigste Einkaufs- und Verkaufsorganisation des südtiroler Bauern ist der Landwirtschaftliche Verband. Seine 10 Filialen befinden sich in den 10 bedeutendsten Orten des Landes; mit seiner Hilfe kann jede Art Maschine gekauft, das bestbereitete Produkt auf den Markt gebracht werden.

Der Weinbau ist eine der bedeutendsten Industrien Südtirols, 17 Kellereigenossenschaften empfangen von den Mitgliedern Trauben und stellen aus denselben in der modernsten Weise Wein her. Bis 1900 waren sie unter der Aufsicht des Ackerbauinstitutes zu St. Michele; man sah darauf, daß nur die besten Schüler in diesen Kellereigenossenschaften Stellung erhielten. Nach 1900 ging die Oberleitung an den Kellereigenossenschaftsverein in Bozen über, unter seiner Leitung gewannen die Südtiroler Weine durch ihre Güte die verdiente Anerkennung; sogar in der jetzigen schwierigen Lage des Weinmarktes in Italien ist der Verkauf der ganzen südtiroler Weinernte nie auf Hindernisse gestoßen.

Die Kellereigenossenschaften gaben bei Empfang der Trauben einen Vorschuß von 70—80% des Weinwertes. Am Ende des Jahres wurde der Rest ausbezahlt. Die Genossenschaften haben an Land und Maschinenbesitz ein Kapital von 3 Millionen Lire; sie bewältigen jedes Jahr etwa 100 000 Hektoliter Traubensaft. Die Gesamtproduktion von Südtirol ist etwa 500 000 Hektoliter. Es liegt auf der Hand, daß die ganze Weinindustrie Südtirols mit den Kellereigenossenschaften und den sie unterstützenden Raiffeisenkassen aufs engste verbunden sind; jede Schädigung der letzteren bedroht schließlich die Existenz des Tiroler Weinbauern.

Außer den obigen bestehen noch weitere 7 Genossenschaften, welche sich mit dem Sammeln, Sortieren und dem Verkauf von Äpfeln, Birnen und anderem Obst beschäftigen, im Werte von etwa 7 Millionen Lire jährlich. 12 Genossenschaften dienen ausschließlich der Milchwirtschaft mit einem Umsatz von 6 Millionen Lire im Jahr; auch sie hängen finanziell ganz von den Raiffeisenkassen ab.

Die tiroler Banken halten stand trotz des Weltkrieges

Die Solidität dieser Tiroler Bauernbanken, die Klugheit und Sparsamkeit ihrer Bewirtschaftung erhalten ein lobendes Zeugnis durch die Tatsache, daß sie trotz der enormen Anforderungen des Weltkrieges und trotz der durch den Vertrag von St. Germain geschaffenen schweren Lage nicht erschüttert werden konnten. Dazu hatten die meisten dieser Banken bedeutende Summen in österreichischer Kriegsanleihe angelegt. Als die italienische Regierung Südtirol annektierte, weigerte sie sich, die Besitzer der österreichischen Papiere zu entschädigen. Eine Garantie, daß die Zinsen für dieselben bezahlt werden würden, wurde zwar gegeben; das Versprechen ist aber nicht gehalten worden. Trotz alledem ist es den Bauernbanken, dank ihrer unausgesetzten Bemühungen, gelungen, sich über Wasser

zu halten, zum unberechenbaren Vorteil der Landwirtschaft, des Obst- und Weinbaues und der Viehzucht von Südtirol.

Italienische Angriffe gegen die Tiroler Banken

Die größte Gefahr der Tiroler Banken sind die Angriffe, die von Italien gegen sie gerichtet werden; Angriffe, die nur einen Teil des gegen Südtirol gerichteten Entnationalisierungsprogrammes darstellen und mit der allgemeinen Verwaltung des Landes durch Italien nichts zu tun haben. Kurz nachdem die Faschisten ans Ruder gekommen waren, begann die italienisch inspirierte Presse zu hetzen, daß man den deutschen Bauern ihre Banken wegnehmen müsse, indem man letztere unter italienische Aufsicht stelle. Drei verschiedene Methoden, eine so ungesetzlich wie die andere, standen zur Verfügung: Man konnte den Aufsichtsrat aufheben; man konnte den Verwalter entlassen oder auch den Mitgliedern ihr Aufsichtsrecht nehmen. Die zumeist benutzte Methode bestand darin, daß man den einen oder andern der Aufsichtsräte oder Verwalter beschuldigte, nicht genügend (italienisch) patriotisch zu sein oder gegen die faschistische Regierung zu hetzen. Im Laufe eines fingierten gerichtlichen Verfahrens wird dann meistens das Haus des Angeklagten auf belastendes Material durchsucht; meist ist es leicht genug, irgend etwas zu finden, was man zu Ungunsten des betreffenden Beamten auslegen kann, um ihn los zu werden; dann wird ein unwissender und unverantwortlicher italienischer „Regierungskommissar“ an Stelle des früheren gewählten Leiters ernannt, der sofort die Rechte und Pflichten des ehemaligen Aufsichtsrates übernimmt. Im letzten Frühjahr, 1926, drohte dieses Schicksal sogar der Zentralbank in Bozen; es konnte nur durch die Absetzung des früheren Direktors und seine Ersetzung durch einen Mann, der „das Vertrauen“ des italienischen Präfekten in Trient genoß, abgewendet werden.

Der Erfolg des Wechsels in der Bewirtschaftung dieser Banken mußte notwendigerweise ruinös sein. Der italienische Kommissar ist persönlich weder verantwortlich noch haftbar; er versteht nichts von den Geschäften der Bank und besitzt das Vertrauen weder der Geldgeber noch der Geldnehmer. Die unbegrenzte Haftbarkeit jedes Teilhabers für das, was die Beamten dieser Banken unternehmen, macht es zur Notwendigkeit, daß diese Beamten das Vertrauen der Aktionäre genießen. Sobald ein italienischer Kommissar an Stelle der alten Beamten ernannt wird, ziehen die geängstigten Aktionäre ihre Gelder zurück; das bedeutet den Ruin der Bank, das Verschwinden der Kredite an die Bauern und die Gefährdung aller jener Genossenschaftsinstitutionen, die das Rückgrat des Südtiroler Wirtschaftslebens darstellen.

Die Sorgen der Tiroler für die Existenz ihrer Banken erscheinen im Licht der Ereignisse während der letzten 6 Monate vollkommen berechtigt. Und eine nach der andern wird von den Faschisten übernommen, die bewährten alten Beamten

an die Luft gesetzt und durch italienische Kommissare ersetzt. Das bedeutet, daß das ganze Geschäft durch die Hände von unwissenden, oft übelwollenden Ausländern geht, denen nur die schlechteste Klasse von Tirolern zur Seite steht, Renegaten und Verräter, die sich den Italienern ausgeliefert haben, um aus dem Unglück ihrer Landsleute für sich Vorteile zu ziehen.

Dr. C. H. Herford, die leitende englische Autorität für Südtirol, urteilt auf Seite 74 bis 76 seines Werkes „Deutsch-Südtirol und Italien" wie folgt über die Bedeutung dieses italienischen Angriffs auf die Tiroler Banken:

„Ernster als alles dieses ist für die Wohlfahrt Südtirols die Einrichtung einer Bankenkontrolle in der Hand einer Regierung, die eingestandenermaßen auf Italianisierung ausgeht. Die Einrichtung einer italienischen Kreditanstalt war einer der Vorschläge des Senators Tolomei. In einem Lande voll verbitterter deutscher Bauern hätte eine solche Bank wenig zu tun. Bisher wenigstens hat der Faschismus untätig zusehen müssen, wie das Geschäft des Landes durch die 132 über das ganze Land verbreiteten Bankfilialen und die Zentrale in Bozen ging, während die mühsam unterstützten italienischen Banken nichts zu tun hatten. Das durfte natürlich nicht so fortgehen. Im Laufe des Sommers 1926 wurden sämtliche Banken unter die Aufsicht einer italienischen Kommission gestellt, welche die Ausgabe von Anleihen beaufsichtigte und damit Kapital und Wohlstand in der von ihr gewünschten Richtung verteilen konnte. Aber diese Methode war den faschistischen Heißspornen zu langsam. Gelegentlich einer Jahresversammlung nahmen sie mit Gewalt Besitz von der Zentralbank in Bozen, konfiszierten die Bücher, prügelten den Präsidenten und warfen ihn schließlich zum Fenster hinaus. Die normale Wahl eines Komitees konnte natürlich nicht stattfinden. Statt dessen wurde Dr. Steffanini, der Regierungskommissar, der zugleich eine leitende Stellung in der Venezianischen Kreditanstalt (also in einem Konkurrenzinstitut) innehatte, zum Regierungskommissar der Zentralbank ernannt. Der Sekretär der faschistischen Partei, der mit dieser Gewaltmaßregel nicht einverstanden war, wurde seines Amtes 8 Tage vor der Generalversammlung enthoben und aus der Partei gestoßen. Dieser Schlag ist natürlich nicht nur gegen eine einzelne Bank gerichtet, sein Zweck ist Untergrabung des ganzen Südtiroler Landbaukredites; der allgemeinen Verarmung wird dadurch entsprechend Vorschub geleistet und das unvermeidliche Ziel, die stetige Überfremdung des deutschen Landes, rückt immer näher".

Die verzweifelte Lage der Tiroler

Die oben beschriebene Entwicklung der faschistischen Wirtschaft in Südtirol ist gerade bei der Eigenart der tiroler Industrien besonders verderblich. In Tirol gibt es keine reichen amerikanischen Prärien, und man darf sich hier keine Weingärten von der unglaublichen Fruchtbarkeit Kaliforniens vorstellen. Ackerbau, Obst-, Weinbau und Viehzucht, sie alle kämpfen einen verzweifelten Kampf gegen eine

übersparsame Natur. Sogar mit der Hilfe des besten Kredit- und Genossenschaftswesens konnte der Bauer im Hochland nur wenig verdienen. Verschwinden diese Hilfen, so bleiben nur Hunger und Auswanderung übrig. Indem die Italiener also die Tiroler Banken übernehmen, ergreifen sie einen Hebel, mit dem sie Fügsamkeit ihren Entnationalisierungsbestrebungen gegenüber erzwingen können; sie können die deutschen Südtiroler aushungern und nach Deutschland und Österreich vertreiben, um deren Besitz in die Hände landhungriger Italiener aus dem Trentino zu spielen.

Parieren oder hungern!

Mit flammenden Augen und entschlossener Stimme hört man die Südtiroler von ihrer kulturellen und politischen Bedrückung sprechen. Darüber, daß sie ihren Kindern ihre deutsche Art so oder so vererben können, darüber herrscht kein Zweifel. Wenn man aber von ihrer wirtschaftlichen Zukunft spricht, von den Bemühungen der Italiener, ihre Banken und ihre Industrien zu zerstören, dann sieht man ihnen an, wie sie vor dem heraufsteigenden Gespenst erschrecken; denn ohne Verdienst fehlen auch die Mittel, ihre Kinder zu erziehen; sie können keine deutschen Bauern aus ihnen machen, wenn sie selbst Bettler sind.

Während der letzten Monate ist zu uns von verschiedenen Seiten die Nachricht gekommen, die Italiener hätten eine freundschaftlichere Stellung den Österreichern gegenüber eingenommen und das Resultat sei eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen in Südtirol. Im März dieses Jahres schrieb einer der bestinformierten Leute dem Verfasser dieser Zeilen aus Innsbruck:

„Sie haben vollständig recht. Von einer Änderung der Politik der Italiener kann nicht die Rede sein. Sie haben ihr nur ein anderes Mäntelchen umgehängt. Die Wiedereinsetzung des deutschen Direktors bei der Zentralbank in Bozen bedeutet keineswegs eine Änderung der Politik: als Resultat der italienischen Verwaltung drohte nur ein komplettes Fiasko; um dieses und die damit verbundene Blamage zu vermeiden, wurde dem Präfekten erlaubt, zur freien Wahl der Bankbeamten seine Zustimmung zu geben. Das hat vorübergehend die Lage gerettet. Das gleiche ereignete sich bei der Bank in Kastelruth; der deutsche Leiter, der von den Faschisten abgesetzt war, durfte, nachdem er von den deutschen Bauern, unter Vorsitz von Baron Sternbach, einstimmig wiedergewählt worden war, sein Amt wieder antreten. Die Behauptung, daß zwischen Tirolern und Italienern freundschaftliche Beziehungen herrschen, ist unwahr; keine Spur davon ist zu bemerken. Die führenden Deutschen haben nur bei dem neuen Präfekten ihren Pflichtbesuch abgestattet. Der Außenwelt ist erfolgreich Sand in die Augen gestreut worden, wenn sie das Gerede von einem „zunehmenden Geist der Versöhnung" wirklich glauben sollte. Den Italienern liegt nur daran, ihrer Politik ein freundlicheres Aussehen zu geben, ohne sie aber im geringsten zu ändern".

Dr. Maria Castellani / Otto Overhof:

ITALIEN IN AFRIKA

Wir lassen im Folgenden zwei Stimmen aus dem heutigen Italien zu Worte kommen. Selbstverständlich stimmen wir nicht mit allen Ausführungen der Verfasser überein; auch viele Leser dieser Zeitschrift werden geneigt sein, hinter manche Behauptung und Versicherung ein Fragezeichen zu setzen. Trotzdem halten wir es für unsere Pflicht, unseren Lesern dann und wann auch einmal einen unmittelbaren Einblick in die Gedankenwelt des Faschismus zu verschaffen.

„In Africa vi è posto e probabilmente gloria per tutti!"

„In Afrika ist Raum und wohl noch Ruhm für alle!" So begrüßte Benito Mussolini im April vergangenen Jahres seine tatenfrohen Schwarzhemden, die als Freiwillige in Tripolis standen, und wenn wir dieselben Worte heute hier unserer Abhandlung voransetzen, so möchten wir sie als Motto aufgefaßt wissen nicht nur für eine italienische Kolonialpolitik, sondern für die internationale Politik überhaupt im schwarzen Erdteil.

Sollte kein Arbeitsfeld für alle sein, wo von mehr als 29 Millionen qkm, einer Fläche dreimal so groß wie Europa und gleich $^1/_5$ der gesamten irdischen Festlandsfläche, kaum 5 Millionen qkm bebaut sind? Man wird einwenden, ein beträchtlicher Teil sei Wüste. Gewiß, aber die Wüste umfaßt nur ungefähr ebensoviel wie die bebaute Fläche, also nochmal 5 Millionen qkm, während alles übrige von Wäldern und Steppen bedeckt wird, die zweifellos zum großen Teil eine weit reichere Ausbeute liefern würden, wenn tüchtige Kolonisatoren sie in Angriff nähmen, wozu es freilich des nötigen Mutes bedarf, um dem Klima und anderen Fährnissen zu trotzen.

Es ist interessant festzustellen, daß, obwohl das Vorhandensein Afrikas seit Urzeiten bekannt war und seine vom Mittelländischen und Roten Meer bespülten Küstenländer früher als Europa zu hoher Kultur erblühten, dennoch der ganze Rest dieses ungeheuren Erdteiles noch Jahrhunderte lang ein undurchdringliches Geheimnis blieb. War es doch erst an der Schwelle der Neuzeit, daß kurz nach der Entdeckung Amerikas Vasco de Gama, um nur diesen einen in der Reihe der kühnen portugiesischen Seefahrer zu nennen, das Kap der Guten Hoffnung umsegelte und so der Welt den Zugang zu diesem neuen fruchtbaren Arbeitsfeld erschloß.

Aber während die Erforschung Amerikas schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts keine grundlegenden Aufgaben mehr zu erfüllen hatte, lag der Koloß Afrika

mit seinen ungastlichen Küsten immer noch wie im 16. Jahrhundert unbeweglich inmitten seiner Meeresküsten und harrte der Zivilisation. Afrika war und ist der am schwersten zugängliche Erdteil; daran trägt weniger die Wildheit seiner Bewohner Schuld als die Kompaktheit seiner Küsten ohne Buchten und ohne Halbinseln.

Aber allmählich drang doch die Zivilisation siegreich ein, und während heute die unabhängigen Eingeborenen-Staaten nur noch ein Gebiet von 2150000 qkm mit ungefähr 24 Millionen Einwohnern ihr eigen nennen, umfassen die europäischen Besitzungen 27650000 qkm mit einer Bevölkerung von 115500000 Köpfen. Im einzelnen verteilen sich diese Zahlen in folgender Weise:

		Gebietsfläche in qkm	Bevölkerung
Französische Besitzungen:		10 509 000	35 180 000
Englische	„	9 938 000	50 750 000
Belgische	„	2 419 000	18 000 000
Portugiesische	„	2 061 000	8 275 000
Italienische	„	2 375 000	2 050 000
Spanische	„	348 600	1 258 000

Während jedoch in anderen Weltteilen die Eingeborenen vielfach von den Weißen nahezu absorbiert wurden, ist die weiße Rasse unter den mehr als 140 Millionen zählenden Bewohnern Afrikas nur mit einem ganz geringen Bruchteil vertreten.

Was in Afrika — mit alleiniger Ausnahme der Südspitze — nie stattgefunden hat, ist eine wirkliche Volkseinwanderung seitens der weißen Rasse. Wenn man nun bedenkt, daß Europa mit ungefähr einem Drittel der afrikanischen Ländermasse mehr als das Dreifache an Bevölkerung besitzt, so erhält man einen Begriff von der Absorbierungsfähigkeit, die der schwarze Erdteil noch haben muß, selbst bei Ausscheidung der aus klimatischen Gründen unbewohnbaren Zonen — wir sagen, aus klimatischen Gründen, denn alle anderen Hindernisse können überwunden werden.

Frankreich und Großbritannien, denen die ausgedehntesten Kolonialbesitzungen im nördlichen und zentralen Afrika gehören, haben hier nie den Weg zu einer intensiven Massenübersiedlung von Weißen gefunden, obwohl sie über das nötige Kapital zu einer wirksamen Kolonisation verfügten: was an Engländern und Franzosen in Nord- und Zentralafrika ansässig ist, setzt sich fast ausschließlich zusammen aus Militärpersonen und Verwaltungsbeamten, die niemals mit der Scholle verwachsen.

Um Afrika zu bevölkern, um diesen unermeßlichen Flächen, die noch keine Pflugschar verspürt, Leben einzuhauchen, um die Flußläufe dienstbar zu machen und die im unberührten Erdreich verborgenen Schätze ans Licht zu ziehen, dazu bedarf es schaffender Arme und kühner Eroberungslust, wie sie nur aus über-

völkerten Ländern kommen. Nur auf diesem Wege können kulturlosem Neuland numerisch und qualitativ die Kräfte zugeführt werden, die für eine äußere und innere Umgestaltung des Lebens schnellen und sicheren Erfolg verbürgen.

Wie aber verhält es sich mit dem Beitrag, den die verschiedenen Nationen in der Richtung dieser Behauptung zu leisten vermögen? Am instruktivsten dürfte dafür eine Tabelle sein wie die folgende, aus der sich die Expansionsnotwendigkeit und -fähigkeit der europäischen Mächte mit kolonialer Tradition leicht ablesen läßt.

Nationen	Flächen-*) Inhalt in 1000 qkm	Bevölkerung *)		Auswanderer **) im Jahr 1925	Handelsbilanz ***) 1925 (Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr)	Kolonialbesitz *)	
		Absolute Zahlen in Millionen	auf 1 qkm			Größe in 1000 qkm	Bewohner in Million.
Belgien	30,4	7,7	258	2 498	81,6 %	2 420	18,0
Frankreich	550,9	39,2	71	—	103,3 %	11 225	55,6
Deutschland	467,7	62,3	133	62 563	70,8 %	—	—
Großbritannien	244,0	44,2	181	140 594	58,4 %	34 000	401,0
Italien	310,1	42,0	135	312 038	69,9 %	2 378	2,1
Niederlande	34,2	7,3	214	2 987	75,5 %	2 030	49,5
Portugal	88,7	6,0	66	21 575	32,7 %	2 080	9,3
Spanien	497,8	21,9	43	55 544	70,3 %	348	1,2

Und nun Italien im besonderen, was sucht es, was hat es geleistet und was leistet es heute in Afrika? Mit seiner in schnellem Anwachsen begriffenen Bevölkerung und unter dem Druck dieser seiner demographischen Konstitution, gespornt von dem Bedürfnis, einen Ausweg für seine hochgespannte Produktionskraft zu finden, wie ein Gas unter Druck gesetzt, eines Ventiles bedarf, um nicht zu explodieren, und beunruhigt zugleich von dem Zwange, immer noch dem alten, seit Jahrtausenden ausgesogenen Boden die zum Leben erforderlichen Rohstoffe abgewinnen zu müssen, hat Italien Luft nötig und Raum zur Ausdehnung.

Nichts irrtümlicher als die Auffassung, das Italien des Faschismus schaffe eine Atmosphäre des Krieges: nicht Imperialismus im Sinne von Eroberung ist sein Bestreben, sondern ein Werten und in die Tatumsetzen aller gesunden Kräfte der Nation. Seine stärksten Kräfte aber liegen in seinem Reichtum an Söhnen. Was also könnte mehr im Mittelpunkt italienischer Politik liegen als eine gesund betriebene und richtig geleitete Auswanderung? Über 9 Millionen Italiener leben heute außerhalb ihrer Heimat! Wie sich die Verteilung dieser italienischen Aus-

*) Die geographischen Daten sind dem „Calendario-Atlante de Agostini“ von 1927 entnommen, soweit möglich unter Zugrundelegung des Jahres 1925.

**) Für Italien auf Grund des „Bollettino del Commissariato Italiano dell' Emigrazione“, für alle anderen Länder nach der „Chronique Mensuelle des Migrations“, Genf, Dez. 1926.

***) Nach dem Recueil Mensuel de l'Institut International du Commerce“ Brüssel, Jan. 1927, bezüglich auf das Jahr 1925, nur für Portugal auf 1924.

wanderer auf die einzelnen Erdteile in den letzten 5 Jahrzehnten gestaltet hat, entnehmen wir am besten einem erst kürzlich veröffentlichten amtlichen Bericht:

Italiener im Ausland
auf Grund der Zählungen in den Jahren:

Erdteile	1871		1881		1891		1901		1911		1924*)	
	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener
Europa . .	155 278	57,36	380 352	36,84	470 118	23,69	649 095	17,98	910 568	15,69	1 306 704	13.
Asien . . .	4 016	1,48	7 531	0,73	8 595	0,43	10 470	0,29	12 245	0,21	9 102	0.
Afrika . .	23 645	8,73	62 203	6,03	75 211	3,79	163 030	4,51	176 676	3,04	221 366	2.
Amerika .	87 026	32,16	579 355	56,11	1 426 446	71,87	2 782 225	77,05	4 698 343	80,93	7 784 357	83.
Ozeanien .	740	0,27	2 971	0,29	4 365	0,22	6 141	0,17	7 294	0,13	20 567	0.
Insgesamt	270 705	100,00	1 032 392	100,00	1 984 735	100,00	3 610 961	100,00	5 805 126	100,00	9 342 096	100.

Diese Zahlen sind sprechend und bedürfen kaum einer Erläuterung. Es ist aber interessant zu beobachten, wie Afrika immer noch einen äußerst geringen Prozentsatz aufweist bezüglich der Gesamtziffer der Auslandsitaliener. Amerika zählt 83,32 %, Afrika nur 2,37 %. Die absoluten Zahlen der in Afrika ansässigen Italiener bewegen sich wohl von Jehr zu Jahr in aufsteigender Linie, natürlich auch infolge der demographischen Aufwärtsbewegung unter den Ausgewanderten selbst, aber die Verhältniszahlen zeigen in bezug auf Afrika eine abnehmende Tendenz.

Was die gegenwärtige Auswandererbewegung selbst betrifft, so gingen im Jahre 1926 von insgesamt 283 442 italienischen Auswanderern nur 5 889 nach Afrika, davon 5 752 in die afrikanischen Mittelmeerländer. Denn um das hier gleich hervorzuheben, es handelt sich bei der ilalienischen Auswanderung nach Afrika um zwei sehr verschiedene Ströme, den einen und bei weitem größeren in die afrikanischen Mittelmeerländer und den anderen in das übrige Afrika.

Im einzelnen verteilen sich die in Afrika ansässigen Italiener, wenn wir von den italienisch-staatlichen Kolonien absehen, nach den neuesten uns zugänglich gewordenen Berichten folgendermaßen: Französisch-West-Afrika 45, Französisch-Ost-Afrika 40, Britisch-Ost-Afrika 185. Süd-Afrika 1964, Algerien 37000, Kanarische Inseln 43, Kongo 598, Ägypten 45 106, Äthiopien 107, Madeira 62, Mosambik 58, Marokko 12258, Mauritius-Insel 2, Nigeria 70, Réunion-Insel 1, Seychellen-Inseln 2, Tunis 91 000.

Italiener in größerer oder kleinerer Zahl finden sich also überall, und der bekannte italienische Verfasser von Reisebeschreibungen, Mario Appelius, hat nicht ganz Unrecht, wenn er sagt, wo er keinen Vertreter irgend einer anderen

*) Die Zählung von 1924 wird z. Zt. einer Revision unterzogen, die beträchtliche Änderungen hinsichtlich der heute im Ausland lebenden Italiener ergeben dürfte.

Nation der Welt gefunden, da habe er noch Italiener getroffen. Weit verbreitet ist die Überzeugung, daß eine Hinleitung des italienischen Auswandererstromes zum tropischen Äquatorialafrika Resultate zeitigen würde analog denen, wie sie in Biled, dem Dattelland von Tunis, in den Pampas von Argentinien oder in den Steppen Brasiliens zu verzeichnen sind. Wie dem nun sei, auf jeden Fall dürfte dieser Gedanke Utopie bleiben, denn die Kolonialpolitik der Nationen, die jene in Frage kommenden Gebiete besitzen, bietet den Italienern nicht die Garantie, deren sie in diesem Falle bedürften.

Das Gebiet in Afrika, welches sich zufolge der dort betriebenen Kolonialpolitik als das günstigste für die italienische Auswanderung bietet, ist die südafrikanische Union, in der die englische Regierung ein zu bevölkerndes Land erblickt.

Es gab eine Zeit, in der die italienische Auswanderung nach Südafrika ziemlich bedeutend war. Zum großen Teil handelte es sich dabei um Arbeiter, die durch die hohen Löhne angelockt wurden, wie sie die Bergwerksunternehmer in der ersten Zeit boten, um des anfangs herrschenden Arbeitermangels Herr zu werden. Zu ihnen gesellten sich aber auch Bauern, Fischer und Handwerker. Nach dem Burenkrieg nahm die allgemeine Entwickelung des Landes einen derartigen Aufschwung, daß immer neue Nachfrage nach Einwanderern entstand, so daß sich gegen 1905 ungefähr 5000 Italiener in den südafrikanischen Staaten befanden. Die schwere Krisis, die aber dann folgte und sich in einer furchtbaren Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände fühlbar machte, veränderte in unerwarteter Weise die Sachlage; was verlockend gewesen war zur Einwanderung, wurde illusorisch, und zudem setzte, wie es nicht anders sein konnte, eine starke einwanderungsfeindliche Bewegung unter dem bereits ansässigen Proletariat ein.

Die drohende Gefahr der Arbeitslosigkeit, die in vielen Zentren herrscht, läßt an eine Einwanderung von Arbeitern zur Zeit garnicht denken. Dagegen können Bauern immer noch ihr Glück machen, wofern sie über ein kleines Kapital verfügen, um eine der Ackerbauflächen zu erwerben, wie sie die Regierung zu sehr billigen Preisen abgibt.

Eine intensivere Form der Einwanderung in diese Gegend, entsprechend natürlich immer der Absorbierungsfähigkeit des Landes und dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes, ist daher italienischerseits wohl wünschenswert, wünschenswert auch ein unmittelbarer Handelsaustausch, Einfuhr wie Ausfuhr, wovon man bis heute so gut wie gar nicht reden kann, obwohl doch dieses Gebiet Afrikas Stoffe, Lebensmittel, Wolle- und Holzartikel nötig hat, die zum guten Teil von Italien geliefert werden könnten, dem dafür seinerseits Kohle, Gold und anderes willkommen wäre.

Von dem allen kann nicht die Rede sein hinsichtlich der anderen englischen Kolonien in Afrika, wo als in Gebieten wirtschaftlicher Ausnützung fremde Einwanderung keine Begünstigung findet.

Wie aus der oben gebrachten Übersicht über die Verteilung der italienischen Auswanderer auf Afrika deutlich hervorgeht, gibt es, abgesehen von der Südafrikanischen Union, überhaupt kein Gebiet in ganz Zentral- und Südafrika, wo italienische Handelspolitik in Frage käme. Es handelt sich bei all den mehr oder weniger geringfügigen Zahlen fast nur um Gelegenheitsarbeiter bei größeren Bewässerungs- oder Eisenbahnanlagen.

Wo hingegen Italien durch seine ausgewanderten Söhne eine ausgiebige und verheißungsvolle Kolonisationsarbeit betreibt, das ist einzig die afrikanische Mittelmeerküste. Hier aber sollte einleuchten, daß es sich weit mehr als um irgend welche Bestrebungen nach Alleinherrschaft im Mittelmeer um Beweggründe handelt, die tief in der geographischen Lage Italiens verwurzelt sind. Man braucht nur die Karte aufzuschlagen, um auf den ersten Blick zu sehen, wie der italienischen Halbinsel in bezug auf die afrikanische Mittelmeerküste eine unleugbare Vorzugstellung eignet. Italien befindet sich im Zentrum, seine unterste Südgrenze ist gleich weit entfernt von den äußersten Enden der afrikanischen Mittelmeerküste. Dazu kommt, daß das Klima Nordafrikas demjenigen von Süditalien nahezu entspricht. In der Tat treffen wir die Sommer-Durchschnittstemperatur Afrikas zwischen 25° für Algerien und 29° für Marokko und ebenso den Winter-Durchschnitt zwischen 9° 8′ in Tunis und 14° 1′ in Alexandria nahezu auch z. B. in Palermo mit einer mittleren Temperatur zwischen 11° 2′ im Winter und 23° 8′ im Sommer.

Außerdem verdient in Betracht gezogen zu werden, daß Italien zufolge seiner stark entwickelten Küstengliederung in hervorragender Weise den Charakter eines Seestaates trägt. Ist doch schon für das alte Rom seine Tüchtigkeit und Macht zur See ein bedeutungsvoller Faktor gewesen.

Es kann hier nicht der Ort sein, die geschichtlichen Vorgänge weiter im einzelnen zu verfolgen; es braucht nur grundsätzlich hervorgehoben zu werden, wie uns die Geschichte ein ununterbrochenes Band zeigt zwischen Italien und Afrika über das Mittelmeer, am engsten natürlich zwischen den sich nahekommenden Küstenstädten, vor allem mit Tunis, das gegen die Westspitze von Sizilien gemessen die geringste Entfernung zwischen Italien und Afrika aufweist.

Solche hundertjährigen engen Berührungen konnten nicht ohne Wirkung bleiben. Und so hören wir denn schon im Jahre 1900 J. Saurin, den Sekretär des französischen Komitees zur Bevölkerung von Tunis, in seinen Vorträgen, die er damals in verschiedenen Städten Frankreichs hielt, sagen: „La Tunisie renferme 80000 Italiens et 20000 Français. Devant notre inaction, de puissantes sociétés italiennes ont acheté et alloti 18000 hectares situés autour de Tunis en faveur de 15 à 20000 colons siciliens; partout les Italiens prennent possession du sol en groupes compacts et partout ils cherchent de nouvelles terres pour créer de nouveaux centres italiens. N'ai-je donc pas raison de pousser un cri d'alarme et de

venir dire à mes compatriotes: Hâtez-vous de nous envoyer les hommes et les capitaux nécessaires, si vous voulez que la Tunisie reste française!“

Trotz der Neuorientierung der italienischen Kolonialpolitik kommt das Problem Tunis in der Tat immer wieder an die Oberfläche. Auf Tunis entfällt der größte Teil der italienischen Afrikaauswanderung mit nicht weniger als 2973 für das Jahr 1926, während auf die ganze übrige afrikanische Mittelmeerküste, die italienischen Kolonien nicht einbegriffen, nur 1798 kommen.

Was im einzelnen den Arbeitsmarkt in den afrikanischen Mittelmeerländern betrifft, so treten nahezu dieselben Vorgänge in die Erscheinung wie in Europa. Auch hier, und zwar ganz besonders in Algerien, Marokko und Tunis, ist ein Übergangszustand zu verzeichnen, bei dem zu hoffen bleibt, daß ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung auch wieder die Nachfrage nach fremden Arbeitskräften belebt. Im Augenblick finden höchstens noch qualifizierte Arbeiter Anstellungsmöglichkeit, da die gewöhnliche leichte Arbeit den Arabern überlassen wird.

Ägypten hingegen nimmt hinsichtlich des Arbeitsmarktes eine ganz spezifische Sonderstellung unter den Mittelmeerländern ein, indem es zum Zweck der Industrialisierung der im Lande befindlichen Kräfte eine Politik strenger Schutzmaßnahmen verfolgt, die alle ausländischen Arbeitskräfte so gut wie ausschließt.

Aus diesen Schwierigkeiten, denen eine intensive italienische Auswanderung in Afrika begegnet, und aus der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika wie auch Kanada aller Einwanderung die Tür schließen, Brasilien aber und Argentinien vorerst für keinen weiteren Zustrom an Einwanderern mehr Raum haben, entstand für Italien als diejenige unter den großen Nationen, welche an Menschen und Arbeitskraft am meisten Überfluß hat, das Problem, das es mit energischer Hand anzugreifen galt: Wohin mit dem Überschuß an Kräften?

Nur eine starke Regierung mit dem begeisterten Willen einer einigen Nation hinter sich konnte das Problem lösen. Und das war und ist, wer möchte es noch bezweifeln, die faschistische Regierung. Nichts ist weniger ihr Bestreben, als die dem italienischen Volke innewohnende demographische Kraft zu dämmen, auf die sie vielmehr stolz ist als auf Italiens Reichtum, so wie etwa Nordamerika auf seinen unerschöpflichen Reichtum an Rohstoffen stolz sein kann. Aber damit ist keineswegs gesagt, daß die faschistische Regierung die Auswanderung begünstigte um der Auswanderung selbst willen. Nur eine bittere Notwendigkeit erblickt sie in ihr, die es auf ein Mindestmaß zu beschränken gilt. Sind es doch immer die besten Kräfte, die Jungen, die Mutigen, die so das Vaterland verlassen! Aber nur aus Vaterland und Kolonien vereint kann Arbeitsmöglichkeit für alle erwachsen. Bezeichnend auch in dieser Hinsicht ist die Tatsache, daß in Italien so gut wie keine Arbeitslosigkeit besteht. Und bezeichnend ist vor allem die ungeheure Kolonisationsarbeit selbst, die in den staatlich-italienischen Besitzungen in Afrika zur Entfaltung kommt.

Das erste eigentliche italienische Kolonialunternehmen datiert ja bereits vom Jahre 1885, als der damalige Minister Depretis die Sendung von einigen Kriegsschiffen ins Rote Meer beschloß, von denen die erste Besatzungstruppe an Land ging. Schon 1870 hatte die Schiffahrtsgesellschaft Rubattino ein Kohlendepot in Assab erworben. Nach und nach war Assab in den Besitz der Regierung übergegangen, die es 1882 zur italienischen Kolonie erklärte, was damals im Ausland als Erwiderung auf die französische Besetzung von Tunis aufgefaßt wurde. Der weitere Gang der italienischen Kolonialeroberung ist allgemein bekannt. Die Kämpfe waren schwer und verlustreich, aber was schlimmer für Italien, die Opfer an Blut und Geld wurden von keiner der seitherigen Regierungen durch eine rationelle Kolonialpolitik ausgenutzt. Erst der faschistischen Regierung war es vorbehalten, den italienischen Besitzungen in Afrika Sicherheit und Wert zu verleihen.

Die ausgedehnteste derselben ist Lybien mit einem Flächeninhalt von 1800000 qkm und einer Bevölkerung von 1070000. Ihm schließen sich an Somalia mit 365400 qkm Ausdehnung und 450000 Bewohnern, Erythrea mit 119000 qkm und 380000, und endlich Jubaland (Oltregiuba) mit 91000 qkm und 150000 Bewohnern.

Unter allem, was die faschistische Regierung grundlegend für das Bestehen der afrikanischen Kolonien, insonderheit zugunsten von Somalia und Cyrenaica geleistet hat, steht obenan die Besetzung von Oltregiuba, von Nord-Somalia und von Giarabub. Dies zur politischen Kräftigung der Kolonien. Nach der wirtschaftlichen Seite und für die Verwaltungsmaßnahmen scheint uns am beweiskräftigsten das stufenweise Anwachsen des Kolonialbudgets, das für das Rechnungsjahr vom 1. Juli 1927 bis zum 30. Juni 1928 vom Kolonialminister auf 391 Mill. Lire, d. h. auf 40 Mill. mehr als im Vorjahre veranschlagt wurde. Zur richtigen Beurteilung dieser Ziffern mögen einige Einzelheiten dienen.

In Erythrea, der ältesten italienischen Kolonie, die in den letzten Jahren an politischer Festigkeit, administrativem Ausbau und Produktionsorganisation derart gewonnen hat, daß die allgemeine wirtschaftliche Krisis, obwohl dieselbe durch den Durchgangsverkehr hier noch verschärft wird, nach Ansicht des Kolonialministers selbst kaum zu ernstlichen Befürchtungen mehr Anlaß bietet, — in Erythrea ist Massaua zu einer der modernsten Städte am Roten Meere geworden, und noch weitere Arbeiten zur Vergrößerung des Hafens sind schon vergeben. Der Handelsverkehr von Assab, dem natürlichen Ladeplatz für Mittelabessinien, ist zu neuem Leben erwacht, die Eisenbahn bis nach Agordat fortgeführt, der Karawanenhandel durch Wiederherstellung der Wasserstellen und Karawansereien neu belebt. Die zur Bewässerung großer Ebenen vorgesehenen Pumpanlagen am Gashfluß sind vorwärtsgebracht, die Salzwerke in beständigem Ausbau begriffen. Nimmt man dazu, daß Freundschafts- und Handelsverträge geschlossen wurden mit dem König von Yemen, wodurch sich die Beziehungen zum benachbarten Äthiopien wesentlich besser gestaltet haben, so darf man wohl sagen, das Ery-

threa heute für Italien schon weniger mehr eine Aufgabe darstellt, als eine Möglichkeit der Nutzbarmachung aller Kräfte des Mutterlandes.

Eine nicht minder fieberhafte Tätigkeit ist in Somalia zu verzeichnen, der italienischen Kolonie am Indischen Ozean, die durch die oben schon erwähnte Besetzung von Oltregiuba sowie infolge des günstigen Abschlusses der militärischen Operationen in Nordsomalia auf fast das Doppelte des alten Gebietes von Benadir angewachsen ist. Landwirtschaft wie Industrie haben in Benadir einen hohen Aufschwung genommen, wovon allein schon die weithin bekannte italienisch-somalische Ackerbaugesellschaft Zeugnis ablegt, an deren Spitze sich der Herzog der Abruzzen gestellt hat. Ein Gebiet von über 50000 ha längs des Scebeliflusses ist zur Bewässerung in Angriff genommen, davon bereits 18000 ha in den Händen von etwa 60 italienischen Unternehmern und mit Baumwolle bebaut. Dazu eine erhebliche Vermehrung des Zuckerrohrbaues und die Anlage von Zuckerfabriken. Auch die großen Salzwerke von Hafun sind schon dem Betrieb übergeben. Bei alledem aber muß man sich vergegenwärtigen, daß in Somalia, wie ja in allen äquatorialen Kolonien, eine intensive Verwertung weißer Arbeitskräfte durch das Klima ausgeschlossen, jede Unternehmung mithin von dem Umfang der vorhandenen Eigeborenenarbeitskräfte abhängig ist. Ein drohender Mangel in dieser Hinsicht macht sich schon jetzt in Benadir bemerkbar, so daß eine weitere Bebauung auch von Oltregiuba nur langsam und mit Vorsicht, jedenfalls erst nach erfolgtem Ausbau eines Eisenbahnnetzes, in Angriff genommen werden kann.

Von überragender Wichtigkeit aber für Italien bleiben die Mittelmeerkolonien, von denen Tripolis nun schon seit Jahren in ungestörtem Frieden aufblühen kann, während Cyrenaica trotz befriedigender Resultate doch immer noch nicht ganz zur Ruhe gekommen ist. Das hat ebenso seine geographischen wie seine geschichtlichen Gründe. Die Bevölkerung von Tripolis ist eine überwiegend seßhafte Ackerbaubevölkerung, was zur Folge hatte, daß die Besetzung sehr schnell auch zur Entwaffnung und Ruhe führte. Cyrenaica hingegen, durch seine hafenlos unzugänglichen Küsten sozusagen von der zivilisierten Welt abgesperrt, wozu die lange Vernachlässigung unter türkischer Herrschaft das ihrige getan hat, steht an Zivilisation weit hinter der Schwesterkolonie zurück. Von wenigen kleinen Gruppen in den Oasen abgesehen, sind die Bewohner Nomaden; denn die Einwohner der beiden, von der italienischen Okkupation angetroffenen städtischen Zentren Bengasi und Derna können nicht als Eingeborene von Cyrenaica angesprochen werden, sondern sind von Tripolitanien her eingewandert. Dieser Nomadencharakter der Bevölkerung vor allem ist der Grund, warum sich die Kolonie Cyrenaica so lange einer wirksamen italienischen Besetzung oder militärischen Unterwerfung entzieht.

Was nun eine Nutzbarmachung dieser beiden Kolonien betrifft, so ist dieselbe vor allem im Ackerbau zu suchen und wird daher von der faschistischen Regierung durch eine möglichst intensive Einwanderungspolitik erstrebt, keineswegs

jedoch zu einer Ausrottung oder Verdrängung der Eingeborenen, sondern zu einer für beide Teile segensreichen Zusammenarbeit, in der die faschistische Regierung binnen einem Vierteljahrhundert nicht weniger als 300000 Italiener beschäftigt zu sehen sich zum Ziel gesetzt hat. Planmäßige Förderung der Verkehrsmittel, Hafen-, Eisenbahn- und Straßenbau, wirtschaftliche Organisation und Verordnungen über Bodenreform, das sind die Wege, die tatkräftig beschritten werden. Für Tripolis ist das Hafenproblem mit der gleichnamigen Hauptstadt selbst gelöst, deren Hafen noch auf lange hinaus den Bedürfnissen der Kolonie genügen dürfte. Für Cyrenaica ist nichts geschehen in 16 Jahren. Aber eben darum will man hier jetzt nicht Stückwerk, sondern ein organisches Ganzes schaffen. Daher bis heute noch kein Beginn der Ausführung der in den Hauptlinien schon ausgearbeiteten und von maßgebender Seite gebilligten Pläne.

Die landwirtschaftliche Ausnützung hingegen, deren Zweckmäßigkeit schon vor dem Kriege in langen Debatten umstritten wurde und deren Möglichkeit der Faschismus nach dem Weltkriege sogar gegenüber der Neigung, die Kolonie ganz aufzugeben, zu verteidigen hatte, hat dank diesem tatkräftigen Sicheinsetzen heute bereits 66000 ha Ackerland in Tripolis und 13000 ha in Cyrenaica zu verzeichnen, was zusammen mit einer Zahl von 35000 Italienern, die in Gesamt-Lybien Lebensunterhalt finden, nach 16jährigem Bestehen der Kolonie und angesichts der schweren äußeren und inneren Krisen dieser Jahre jedenfalls eine bemerkenswerte Leistung darstellt.

Die Messe von Tripolis mit ihrer imposanten Beteiligung seitens der produktiven Kräfte Italiens ist eine neue Manifestation des festen italienischen Willens, dem liebgewonnenen Lybien einen größtmöglichen Aufschwung zu sichern.

So wetteifern denn die Kornfelder, die unter der heißen Sonne Lybiens reifen, mit denen im Tale des Po, um eine zweite Kornkammer für Italien zu werden, wie die Bedürfnisse des Mutterlandes sie so sehr erheischen.

Bis vor 15 Jahren noch konnten sich die Karawanenunternehmer von Tripolis rühmen, fast den gesamten Karawanenhandel des Sudan in ihren Händen zu haben; das hat sich sehr geändert, vor allem infolge der Verbindungen, die England durch sein Schutzland Nigeria eingerichtet hat. Durch eine Steigerung der italienischen Handelsverbindungen könnte auch dieses Prestige wiederhergestellt werden.

Damit dürfte in großen Linien veranschaulicht sein, was Italien auf Grund seiner ethnischen und geographischen Bedingungen mit seiner Kolonisationsarbeit in Afrika suchen kann, leistet und zu erreichen strebt.

A. Dresler:

ITALIENISCHE PROBLEME

Italiens Übervölkerung

Mussolini hat kürzlich das Wort gesprochen, Italien befinde sich in einem Fieberzustand von 40°, der leicht auf 41° ansteigen könne. Zweifellos hat er bei diesem Worte in der Hauptsache mit an die starke Übervölkerung Italiens gedacht, die seit Ende des Weltkrieges zu einem politischen Faktor von größter Bedeutung geworden ist und zu einer Spannung vor allem mit dem größeren, aber volksärmeren Frankreich geführt hat, einer Spannung, die sich bisweilen geradezu zu einer Kriegsgefahr auswuchs. Betrachten wir kurz einmal die gegenwärtige bevölkerungspolitische Lage Italiens.

Die Volksdichte beträgt in Italien zur Zeit 124 Menschen auf den Quadratkilometer im Durchschnitt. Legt man die Berechnungen Pencks über das Verhältnis von Bodenfläche und Lebensbedingungen zur Bevölkerungsdichte zugrunde, so würde sich für Italien eine mögliche mittlere Dichte von 100 Menschen auf den Quadratkilometer ergeben. Italien gehört aber zu den übervölkertsten Ländern der Erde, und zwar um so mehr, als ein Drittel seiner Bodenfläche von Sümpfen und Gebirgen bedeckt ist, nach deren Abzug von der Siedlungsfläche sich schon 1910 eine Volksdichte von 178 Menschen auf den Quadratkilometer ergeben haben würde. Von 1871 bis 1901 ist die Volksdichte um nicht weniger als 15% gestiegen. 1911 zählte das Land 35 959 077 Einwohner, darunter freilich 1 150 236 zeitweise Ausgewanderte, 1921 waren es über 39 000 000, wobei allerdings der Land- und Bevölkerungsgewinn infolge des Weltkrieges in Betracht zu ziehen ist, am 31. Dezember 1925 waren es bereits 42 115 606 Einwohner, d. h. innerhalb von 4 Jahren fand eine Zunahme um 3 000 000 statt. Die Kriegsverluste sind also im Gegensatz zu Frankreich schon wieder eingebracht. Sie betragen nach dem kürzlich erschienenen Werk des Mailänder Professors Mortara an Verlusten des Heeres und der Zivilbevölkerung insgesamt 1 500 000 Menschen. 1921 ergab die Volkszählung eine Volksvermehrung um 7 auf das Tausend, 1926 erreichte der Bevölkerungszuwachs 450 000 Menschen. Dieser Zustand wird um so unerträglicher. als die vor dem Kriege sehr starke Auswanderung seit 1918 ihre alte Höhe noch bei weitem nicht wieder erreicht hat und ihr eine vermehrte Rückwanderung von Auslandsitalienern in die Heimat gegenübersteht. Die Auswanderung begann kurz vor 1870 in nennenswertem Umfang und erreichte 1913 fast die Zahl 800 000 oder 2½% der Bevölkerung Italiens. 1923 waren es zwar wieder 400 000 oder 1%, aber für 1926 wird ihre Zahl nur mit 300 000 angegeben. Die Rückwanderung steigt vor allem aus Nordamerika. Die Agenzia di Roma rechnete am 8. Juni 1926

mit 3 472 457 in den Vereinigten Staaten ansässigen Italienern, so daß sie nach den Deutschen dort das zweitstärkste nichtangelsächsische Element bilden würden. Das 1924 in Kraft getretene Einwanderungsgesetz der U. S. A. hat nun aber für die meisten Länder bestimmte Einwanderungszahlen festgesetzt und dabei auch die Zahl der einwandernden Italiener sehr vermindert. Während 1914 noch 283 700 Italiener einwanderten, waren es vom 1. Dezember 1924, also vom Inkrafttreten des neuen Gesetzes, bis 30. Juni 1925 nur 2678. Der Protest Italiens hat dann zwar zur Erhöhung der Zahl für einwandernde Italiener geführt, aber nach den Angaben des amerikanischen Einwanderungsbureaus für 1925/26 standen 9734 Einwanderern aus Italien 20 004 Rückwanderer gegenüber. Und ganz allgemein wendet sich seit 1918 die italienische Auswanderung von Amerika ab und mehr Europa zu. Das ist von größter politischer Bedeutung.

Während die italienische Auswanderung bis 1887 vorwiegend sich nach Europa gewandt hatte, richtete sie sich seit 1887 vorwiegend nach Amerika. 1901 gab es in Amerika 2 505 870 Auslandsitaliener und in Europa 654 053. Seit dem Weltkriege aber tritt die Auswanderung nach Europa wieder in den Vordergrund, vor allem die nach Frankreich. Unter den 2 834 949 in Frankreich 1925 ansässigen Fremden stehen die Italiener mit über 800 000 an der Spitze. Nach den letzten Angaben des französischen Arbeitsministeriums sind von den vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1925 fast 1 200 000 eingewanderten Arbeitern 280 000 zurückgewandert, unter den in Frankreich gebliebenen aber machten die Italiener mit 360 000 Industrie- und 60 000 Landarbeitern fast 50% der Gesamtzahl aus. 1901 bildeten die 291 880 in Frankreich weilenden Italiener keinen Anlaß zur Besorgnis, heute dagegen weisen französische Politiker und Zeitungen mit um so mehr Grund auf die durch 800 000 im Lande lebende Italiener heraufbeschworene Gefahr, als sie größtenteils, z. B. in der Gaskogne, in geschlossenen Dörfern sich niederlassen, ihre italienische Staatsangehörigkeit behalten, italienische Kirchen und Schulen bauen oder fordern, als ferner die Ansiedlung vieler Italiener in Südfrankreich das Wiederaufleben italienischer Ansprüche auf Rückgewinnung von Savoyen und Nizza begünstigt, als der Faschismus sich in viel tatkräftigerer Weise als das Italien der Vorkriegszeit der Auslandsitaliener annimmt, und als endlich die Zusammenstöße zwischen Faschisten und Antifaschisten unter den Italienern in Frankreich schon mehrmals zu politischen Verwicklungen mit Italien und zu ernster Mißstimmung zwischen beiden Ländern geführt haben. Es kommt hinzu, daß in dem französischen Protektoratsgebiet von Tunis nach eigenen französischen Angaben 1921 eine Mehrheit von 130 000 Italienern einer Minderheit von nur 54 000 Franzosen, das Militär und die Beamten mitgerechnet, gegenüberstand, und daß auch in Marokko 25—30 000 Italiener leben. Infolgedessen wird in Italien immer wieder die Forderung nach Überlassung von Tunis an Italien laut, wobei darauf hingewiesen wird, daß Italien nicht allein 2 000 000 Einwohner mehr hat

als Frankreich, obwohl es 240 000 qkm weniger Bodenfläche hat, sondern daß etwa 10 000 000 Auslandsitalienern in aller Welt nur eine ganz geringe Zahl von Auslandsfranzosen gegenübersteht, die nicht im entferntesten zur Besiedlung und dauernden Behauptung des riesigen französischen Kolonialreiches ausreiche.

Das rasche Anwachsen des Auslandsitalienertums von 3 344 548 im Jahre 1901 auf etwa 10 000 000 1926 hat überhaupt wesentlich zur heutigen Weltpolitik Mussolinis beigetragen. Nach seinem „Popolo d'Italia" vom 26. Februar 1926 umfaßte der im Ausland organisierte Faschismus bereits 75 Delegationen und Unterdelegationen, 389 Fasci, 96 ihnen unterstehende Zellen, 31 in Bildung begriffene Zellen, 500 zugehörige Verbände, 51 weibliche Fasci, je 70 Jugendgruppen der „Ballila" und „Avanguardie", 20 Zeitungen, 4 Zeitschriften und 200 sympathisierende Blätter. Und zur Regelung der Auswanderung ist ein besonderes Auswanderungskommissariat geschaffen worden, das vor allem für den Schutz der Italiener im Ausland sorgen soll. Geburtseinschränkung oder Senkung der Lebenshaltung in Italien wird notwendig sein, wenn sich die Verhältnisse nicht ändern, die italienische Presse schreibt aber, daß beide Fälle nicht eintreten können und dürfen. Der Weg zur Lösung der Frage sei daher nur Erweiterung der Kolonien und vermehrte Fürsorge für die Auswanderung. Als ein Zeichen der Lebenskraft und der Ausdehnungsnotwendigkeit des italienischen Volkes wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß es zur Zeit in Italien über 20 000 Familien mit 10 und mehr Kindern gibt.

Italiens schnelle Bevölkerungszunahme bereitet vor allem Frankreich die größte Sorge. Für uns Deutsche ist dies von höchster Bedeutung, weil Frankreich seit dem Einsetzen einer geringen Zunahme oder gar Stillstand seiner Bevölkerung vor 80 Jahren immer wie gebannt auf Deutschlands Volksvermehrung geblickt hatte. 1918 gelang es Frankreich, Deutschland um mehrere Millionen Einwohner zu schwächen, es politisch zu knebeln und durch Einschränkung seines Heeres auf 100 000 Mann wehrlos zu machen. Heute blickt Frankreich dafür wie gebannt auf Italiens größere Volkszahl, auf seinen „Fieberzustand von 40°" und französische Blätter rechnen voll Sorge bereits aus, wann Italien in der Lage sein wird, ein größeres Heer auf die Beine zu bringen, als Frankreich trotz der Einstellung von 240 000 farbigen Truppen aufzustellen vermag.

Das Streben nach der Mittelmeerherrschaft

War das Streben Italiens nach Seegeltung bis 1914 in der Hauptsache auf die Herrschaft über die Adria gerichtet, so hat es sich unter der faschistischen Regierung nach Erreichung dieses Zieles zum Anspruch auf Beherrschung des ganzen Mittelländischen Meeres, zum mindesten jedenfalls auf eine Vormachtstellung in ihm erweitert. Zeugnis legt unter anderem die Rede ab, die Mussolini am 5. Oktober 1926 in Perugia vor den Hörern der italienischen Universität für Ausländer

gehalten hat über das Thema: „Die Seemacht des alten Rom." Diese Rede, über deren Inhalt die Presse seinerzeit nur auszugsweise berichtet hat, ist inzwischen gedruckt erschienen*). Da ihre Bedeutung nicht eine historisch-wissenschaftliche ist, sondern sie vielmehr die Stellungnahme des italienischen Staatsoberhauptes zu einer der wichtigsten Fragen seiner eigenen Außenpolitik wiedergibt, sei hier kurz auf sie eingegangen.

In seiner knappen und klaren Art kennzeichnet Mussolini als Grundlage des römischen Reiches überhaupt die Beherrschung des Mittelmeeres. In der römischen Geschichte unterscheidet er drei Abschnitte des Verhältnisses Roms zur See: erstens: Rom als Führerin Latiums muß die Seemacht der Etrusker, Griechen, Syrakusaner und Karthager anerkennen; zweitens: Rom als Haupt des italienischen Bundes wird selbst Seemacht und erkämpft sich die Herrschaft über das Mittelmeer, vor allem gegen die Karthager in langen, opfervollen Kriegen; drittens: auf dieser Seeherrschaft begründet Rom sein Weltreich, und es behauptet sie so gut wie unbestritten bis zu seinem Untergang.

Was Mussolini in den Vordergrund seiner Ausführungen gestellt hat, ist der Gedanke, daß Rom durch seine geographische Lage, trotz seiner sumpfigen, zur Schiffahrt nicht geeigneten Küste und obwohl ursprünglich als Bauern- und Hirtenvolk dem Seewesen abgeneigt, gezwungen wurde, sich auf dem Meere Geltung zu verschaffen, seine Stellung in Italien durch die Beherrschung der Italien umgebenden Gewässer zu sichern, und daß es in richtiger Erkenntnis dieser Notwendigkeit keine Mittel und Mühe scheute, ein Seevolk zu werden und seine Macht auf die ganzen Küsten des Mittelländischen Meeres auszudehnen. Der sagenhafte König Ancus Martius soll Ostia als römischen Hafen errichtet und Schiffe gebaut haben, später wurden römische Schiffe in den Gewässern von Cumae durch die Griechen beschlagnahmt, 509 v. Chr. schloß Rom mit Karthago einen Handelsvertrag ab, kurz darauf einen anderen mit Tarent, 348, 343 und 306 weitere mit Karthago, in denen allen die Schiffahrt der Römer nur geduldet und auf bestimmte Gebiete beschränkt wurde, 306 wurde ihnen noch der Handel in Sardinien und Afrika untersagt. In dieser ersten Zeit, in der Rom Führerin von Latium war und damit über ein Gebiet von nur 8000 qkm verfügte, war die römische Handelsschiffahrt noch gering, eine römische Kriegsflotte gab es nicht. Die einzige latinische Stadt, die Seegeltung besaß, Antium, fiel 338 v. Chr. in die Gewalt der Römer.

Zwischen 330 und 270 v. Chr. gewinnt Rom zu seinen Seestädten Ostia und Antium weitere hinzu: Terracina, Ponza, Pästum, Brindisi, Senigallia, Rimini, es ernennt zwei Duumviri navales und bald darauf vier Quästoren der Flotte mit den Sitzen in Ostia, Brindisi und Rimini. In dieser Zeit, in der Rom 278 v. Chr. 278000 römische Bürger zählt und 282 schon über ein Gebiet von 130000 qkm

*) Benito Mussolini, Roma antica sul mare. Verlag Mondadori, Mailand 1926, 83 S.

herrscht, wird es Seemacht. Die Flotten und Schiffsmannschaften der neugewonnenen Seestädte stehen ihm zur Verfügung, es wird ein gefährlicher Rivale Tarents und kann den aus Epirus kommenden Schiffen den Zugang zur Adria schließen. Die Grundlage für das spätere Weltreich des Augustus ist gelegt, der Handel blüht auf, 260 wird die erste römische Silbermünze geprägt.

Roms Seeherrschaft mußte heiß erkämpft werden. Mit der Räumung Korsikas durch die Griechen hatte das griechische Marsilia in Südgallien seine Seemacht eingebüßt, die Etrusker wurden zur See von den Syrakusanern 474 bei Cuma geschlagen, zu Land darauf von den Römern bezwungen, aus dem langen Kampfe zwischen Syrakusanern und Karthagern gingen die Karthager am Ende des 4. Jahrh. als Sieger hervor, sie wurden die Gegner Roms im Streit um die Mittelmeerherrschaft, 280 besetzen die Karthager die Liparischen Inseln, während die Römer zu Lande das heutige Reggio in Kalabrien erreicht haben. Ausführlich schildert Mussolini sodann den langjährigen Kampf gegen Karthago, er führt die Zahlen der von Rom gebauten Kriegsschiffe, die Stärke der kämpfenden Flotten, die Verluste beider Seiten an. Rom mit einer Volkszahl von etwa 4 Millionen verlor im ersten punischen Kriege ein Sechstel seiner Bevölkerung, 700 Schiffe, und der Wert des As sank um 83%. Demgegenüber aber betont Mussolini den Erfolg dieser Opfer: Seeherrschaft und damit eine rasche Entfaltung des Seehandels und als Beginn des späteren Weltreiches der Gewinn von Sizilien, Sardinien, Korsika, nebenher die Besiegung der illyrischen Königin Teuta, erstes Fußfassen auf dem Balkan, Beherrschung der nördlichen Adria und Besetzung der Poebene. 23 Kriegsjahre brachten die Weltherrschaft für mehrere Jahrhunderte. Den zweiten punischen Krieg vermochte Karthago bereits nicht mehr zur See zu führen, nach Mussolini zog Hannibal nur deshalb an Rom vorbei rückwärts, weil er die römischen Häfen gewinnen und Rom durch Brechung seiner Seemacht auf die Knie zwingen wollte. Entscheidend für den Ausgang des Krieges sei die Einnahme von Syrakus, die Wiedereroberung von Agrigent und Tarent und die Behauptung ihrer Seegeltung durch die Römer geworden. Karthago verschwand vom Erdboden, Rom blieb Herrin des Mittelmeeres noch drei Jahrhunderte nach Christi, es wurde ein römisches Binnenmeer, darüber hinaus fuhr Germanicus mit einer Flotte von der Nordsee in die deutschen Flüsse, umschiffte Vespasian Britannien, fuhr Trajan durch das Rote Meer in den Indischen Ozean, besiegte Septimius Severus die Byzantiner zur See und Claudius II. die Gotenflotte in der Ägäis. Erst mit dem Verfall der römischen Macht zu Lande sank auch die römische Seemacht und der römische Welthandel dahin. Bis dahin war die Stadt Rom, deren Bewohnerzahl in der Zeit der Blüte zwischen 2 und 4 Millionen betragen habe, dank ihrer Kriegsflotte die Gebieterin des Erdkreises, große Opfer, unbeugsame Energie, zielbewußte Zähigkeit machten aus dem Bauernvolk der Römer ein Seevolk und die gleichen Eigenschaften würden auch in Zukunft zu den gleichen Erfolgen führen. Soweit die

Darstellung Mussolinis. Sie ist einseitig, aber gerade in ihrer Einseitigkeit läßt sie uns ihre politische Absicht erkennen.

Es lag eine wohlberechnete Bedeutung schon darin, daß Mussolini seine Rede vor Ausländern hielt. Er will das Ausland mit dem Gedanken vertraut machen, daß wie das alte Rom so das heutige Italien Anspruch auf die Seeherrschaft im Mittelmeer erhebt, daß es in der Weltwirtschaft eine führende Stellung einzunehmen trachtet, daß es wenn nötig mit den gleichen Opfern, der gleichen Zähigkeit und Entschlossenheit wie Rom um die Geltung zur See kämpfen wird.

Man hat Mussolinis Rede in dem Sinne zu deuten gesucht, als habe er beabsichtigt, mit seiner Dreiteilung der Stellung Roms zur See Vergleiche mit der Stellung des modernen Italien zur See ziehen wollen. Wie Rom die Seeherrschaft der Etrusker und Karthager zuerst habe anerkennen müssen, so Italien die Österreichs und Frankreichs, wie Rom dann die Etrusker zu Lande besiegt habe und dadurch auch ihre Seemacht vernichtete, so habe Italien ein gleiches mit Österreich getan und es gehe jetzt ebenso einem Entscheidungskampf um die Mittelmeerbeherrschung mit Frankreich entgegen wie Rom dem mit Karthago. Bei solchen Kombinationen wird darauf angespielt, daß Frankreich durch den Besitz von Tunis ja gewissermaßen auch rein geographisch der Nachfolger Karthagos geworden ist. Solche Vergleiche sind zwar nur als Spielereien zu betrachten und lagen wohl auch nicht im Sinne der Rede Mussolinis — die Rolle Englands im Mittelmeer findet z. B. keine Parallele in der Antike —, aber sie zeigen doch, wie sehr das Streben nach der Mittelmeerherrschaft im faschistischen Italien bereits Fuß gefaßt hat. Der Mangel einer Flotte und Seegeltung, wie er bei der Entsendung der sardinischen Truppensendung in den Krimkrieg sich zuerst deutlich fühlbar machte, hat sich in Erinnerung an die Seemacht des alten Rom zu dem Wunsche ausgewachsen, das Mittelmeer wie einst zu einem römischen Binnenmeer so jetzt zu einem italienischen Binnenmeer werden zu lassen. Die Verstärkung der italienischen Flotte, die Aufgabenstellung bei ihren Manövern, die argwöhnische Beobachtung der französischen Flotte, das Bemühen, den Bau einer südslawischen Flotte zu verhindern, sind Zeichen für die imperialistische Seepolitik, die das Italien Mussolinis eingeleitet hat und die es durchzuführen gewillt ist als Grundlage für eine neurömische Weltpolitik überhaupt.

Die „Getreideschlacht"

Der kriegerische Faschismus liebt es, alle seine großen Unternehmungen als „Schlachten" zu bezeichnen. So wird von einer „Schlacht der Lira" gesprochen, d. h. von dem Versuch, die italienische Währung zu stärken und vor dem auch ihr manchmal drohenden Schicksal des französischen Franken zu bewahren, weiter von einer „Schlacht der Geburten", d. h. von dem Bestreben, Italien durch seine rasche Bevölkerungszunahme zu einer Großmacht werden zu lassen und es zum

mindesten Frankreich an Volkszahl überflügeln zu lassen, was seit 1920 bereits geschehen, und endlich von einer „Schlacht des Getreides", d. h. von dem Bemühen, das bisher auf eine bedeutende Getreideeinfuhr angewiesene Italien von dieser möglichst unabhängig zu machen, sie jedenfalls durch gesteigerte Entwicklung der eigenen Landwirtschaft sehr einzuschränken.

Italien gehört seit langem zu den Ländern, deren eigene Getreideerzeugung nicht zur Deckung des Getreidebedarfes seiner Bevölkerung ausreicht. In den Jahren 1909—1914 wurde eine Durchschnittsernte von 49 272 000 Doppelzentnern Getreide erzielt, in den Jahren 1920—1925 51 053 000 Doppelzentner. Der jährliche Bedarf dagegen betrug durchschnittlich etwa 75 000 000 Doppelzentner. Mithin ist in den letzten Jahren eine jährliche Getreideeinfuhr von rund 25 000 000 Doppelzentnern, d. h. von etwa einem Drittel des Gesamtbedarfes nötig gewesen. Die verfügbare Getreidemenge, d. h. die eigene Erzeugung zuzüglich der Einfuhr und abzüglich der freilich nur geringen Ausfuhr, betrug 1921/22 79 000 000 Doppelzentner, 1922/23 73 750 000 Doppelzentner, 1923/24 79 750 000 Doppelzentner, 1924/25 72 250 000 Doppelzentner und 1925/26 83 000 000 Doppelzentner. Es ergeben sich also nicht geringe Schwankungen in den verschiedenen Jahren, was darauf zurückzuführen ist, daß der Getreideverbrauch für den menschlichen Bedarf und für die Viehfütterung sowie auch die Zurückbehaltung eines Reservevorrates in jedem Jahre wechseln.

Um nun den Getreidebedarf Italiens mehr als bisber durch die eigene Landeserzeugung zu decken, hat Mussolini die sogenannte „Getreideschlacht", la battaglia del grano, eingeleitet. Vor allem sucht die faschistische Regierung die Landwirtschaft zu heben. Etwa ein Drittel des italienischen Bodens ist unfruchtbares Berg- und Sumpfgebiet, die übrigen zwei Drittel aber sind keineswegs in modernem Sinne voll ausgenutzt. Zudem ist die Getreideerzeugung nicht gleichmäßig groß in den einzelnen Provinzen, im Norden wird der Boden besser ausgenützt als im Süden und auf Sizilien. So ist denn die Regierung darangegangen, den Getreidebau besonders im südlichen Teil der Halbinsel und auf Sizilien, der Kornkammer des einstigen Römerreiches, zu fördern. Bisher nur in geringem Maße verwandte Düngemittel sind beschafft worden, die neuesten landwirtschaftlichen Maschinen hat man besorgt, Preise für besonders gute Erträgnisse sind ausgesetzt, ein allgemeiner Wettbewerb ist eingeleitet worden, über den die faschistischen Zeitungen ausführlich laufend berichten, die Regierung stellt umfangreiche Versuche mit einzelnen Getreidesorten usw. an, kurzum die „Getreideschlacht" ist zu einer großen nationalen Sache gemacht worden.

Die Erfolge der „Getreideschlacht" lassen sich noch nicht voll übersehen infolge des recht wechselnden Bedarfes. Auch ist zu bedenken, daß der Bedarf jährlich durch die starke Volksvermehrung wächst. Immerhin sind aber seit dem Beginn der „Getreideschlacht" bedeutend erhöhte Erträgnisse in allen Landesteilen er-

zielt worden. So ergab die Provinz Mailand 1925 — allerdings einem besonders günstigen Jahre — statt des früheren Durchschnitts von 900 000 Doppelzentnern über 1 300 000 Doppelzentner und 1926 1 100 000 Doppelzentner. Statt bisher 20—25 000 Doppelzentnern besten Saatgetreides erhielt man jetzt 40 000 Doppelzentner. Der Ankauf von Traktoren überstieg den des Vorjahres um 150, was bei 300 Gemeinden mit 60 000 Familien eine bedeutende Zahl ist. Die Verwendung von Düngemitteln stieg von 183 000 Doppelzentnern 1924/25 auf 378 000 Doppelzentner. Während der Durchschnittsertrag für das gesamte Königreich 12 Doppelzentner auf den Hektar beträgt, erreichte man in der Provinz Mailand 1924/25 22 Doppelzentner und 1926 20 Doppelzentner. Durch weitere Steigerung der Intensität der Bearbeitung des Bodens hofft man 30 Doppelzentner vom Hektar zu erhalten und 1 500 000 Doppelzentner von der ganzen Provinz. In der südlichen Provinz Apulien ist in den letzten beiden Jahren der frühere Durchschnittsertrag von 12 Doppelzentnern auf den Hektar ebenfalls weit übertroffen worden, indem 17 Doppelzentner geerntet wurden. Freilich wird damit gerechnet, daß die für das Jahr 1925/26 verfügbare Getreidemenge von 83 000 000 Doppelzentnern durch den gesteigerten Bedarf völlig aufgebraucht werden wird. Für den Gesamtertrag der eigenen Erzeugung Italiens 1926 schwanken die Schätzungen zwischen 52 000 000 und 58 000 000 Doppelzentnern, so daß trotz aller Erfolge doch wieder mit einer Einfuhr von 30 000 000 Doppelzentnern gerechnet werden muß.

Infolgedessen ist nun die Regierung zu einer weiteren Maßnahme geschritten, zur Einschränkung des Verbrauchs von Getreide für Backwaren. Das früher in Italien allgemein übliche Weißbrot hat seit Anfang September einem „Schwarzbrot“ Platz machen müssen, wie es ähnlich in der Kriegszeit gebacken wurde. Die Ausmahlung des Getreides für dieses Brot ist auf 82% festgesetzt worden. Die anfangs geplanten sehr strengen Bestimmungen über die Herstellung von Feingebäck sind inzwischen etwas gemildert worden. Weiter unterstützt die Regierung das Steigen der Getreidepreise, damit weniger Getreide an das Vieh verfüttert wird und auch bei dem menschlichen Verbrauch sparsamer als bisher umgegangen wird.

Wie in anderen Fällen, so verlangt der Faschismus auch in der „Getreideschlacht“ Disziplin des ganzen Volkes, um sein Ziel, Italien von der Einfuhr fremden Getreides unabhängiger zu machen, erreichen zu können.

G. Springhall:

NEUSEELAND, SEIN IMPORTMARKT UND DIE „MAORIS“

Die amerikanischen und auch zentraleuropäischen Geschäftskreise, die Neuseeland als an Bedeutung zunehmenden Markt für die Ausfuhr ihrer Länder an sehen, sollten die Notwendigkeit der Förderung der Einfuhr aus diesem Lande

nicht übersehen, falls sie einen ständigen Handelsverkehr mit diesen Gebieten schaffen wollen. Neuseeland hat wahrscheinlich die höchste auf den Kopf der Bevölkerung berechnete Kaufkraft in der Welt. Auch hat kein Land eine bessere Verteilung des Nationalreichtums unter der Bevölkerung aufzuweisen. Die staatliche Sparkasse zählt über 712 000 Einleger mit Guthaben von zusammen 200 250 000 Dollar, was einem Durchschnitt von 170 Dollar pro Kopf der Bevölkerung entspricht. Der Bildungsstand ist ungemein hoch. Der Unterricht ist obligatorisch und kostenlos, da der Staat jährlich an 12 500 000 Dollar oder durchschnittlich 10 Dollar pro Kopf der Bevölkerung für die Erhaltung der Erziehungsanstalten ausgibt.

Entwicklung und Fortschritt weisen in jeder Richtung ein rasches Tempo auf. Die Einnahmen betrugen im vorletzten Finanzjahre 126 Mill. Dollar, die Ausgaben 117 600 000 Dollar; der Einnahmenüberschuß belief sich auf 8 334 000 Dollars. Im Jahre 1926 war der Überschuß noch größer. Die Ausfuhr nimmt mit der fortschreitenden Entwicklung rasch zu.

Gegenwärtig stehen Waren britischer Herkunft bei der Bevölkerung von Neuseeland in besonderer Gunst, weil Großbritannien neuseeländische Erzeugnisse in größerem Maße ankauft, als der Wert seiner Ausfuhr nach Neuseeland beträgt. Amerikanische Güter erfreuen sich gleichfalls großer Beliebtheit, aber die hohe Zollmauer in den Vereinigten Staaten, die sich zum Schaden der neuseeländischen Erzeugnisse auswirkt (mit dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten von Neuseeland bloß etwa die Hälfte des Wertes ihrer eigenen Ausfuhr nach diesem Lande beziehen) ist ein Hindernis für den freien Zustrom amerikanischer Erzeugnisse nach diesem Lande. Die Neuseeländer betrachten natürlich diese Zollmauer als eine einigermaßen egoistische Politik seitens Amerikas, was zur Folge hat, daß sie weiter geneigt sind, sich zugunsten von Waren britischer und zentraleuropäischer Herkunft zu entscheiden, insolange die hohen Zölle in Kraft bleiben.

Gegenwärtig beziffert sich die Einfuhr Neuseelands aus den Vereinigten Staaten auf etwa 35 Mill. Dollar jährlich, während seine Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten sich auf ungefähr 17 500 000 Dollar jährlich beläuft. Im Gegensatz dazu beziffern sich die Einkäufe Großbritanniens in Neuseeland auf 186 Mill. Dollars, während es an dieses Land Waren nur etwa für 112 Mill. Dollar verkauft.

Die hauptsächlichsten nach Neuseeland eingeführten Artikel sind Zuckerwaren, Zigaretten, Tabak, Spirituosen, Dörrobst, Kleidungsstücke und Textilien jeder Art, Kurzwaren, Eisenwaren und Stahl, Maschinen aller Art, Werkzeuge und Geräte, Stiefel und Schuhe, Teppiche, Linoleum, Musikinstrumente, Porzellan- und Glaswaren, Automobile, Druckpapier und Galanteriewaren, Parfümerien, Elektromaterial, Grammophone und Phonographen usw. Die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel sind landwirtschaftliche Produkte und Wolle. In dei Tat ist Neuseeland in der Welt vorzüglich als Produzent der höchsten Qualitäten dieser Erzeugnisse bekannt.

In den letzten Jahren hat sich die Bevölkerung von Neuseeland um 18 % vermehrt und in demselben Zeitraum ist der gesamte Handel dieses Landes um 110 % gestiegen. Die Wollausfuhr ist der Menge nach um 17 % und dem Werte nach um 35 % gestiegen. Im Jahre 1924 wurden Molkereiprodukte im Werte von 83 692 000 Dollar, Wolle im Werte von 68 692 000 Dollar und Lammfleisch im Werte von 38 772 000 Dollar ausgeführt. Die Einfuhr stieg im vorletzten Jahr von 107 280 460 auf 215 000 000 Dollars.

Weiterhin ist die Ausgestaltung des Kreditwesens gebührend zu berücksichtigen, da der Weltmarkt auf Kredit aufgebaut ist und wahrscheinlich bis 95 % des Welthandels im Kreditwege vor sich gehen. Fernerhin ist notwendig, daß sich der Exporteur mit den Erfordernissen des neuseeländischen Zollwesens bezüglich der Wertdeklarierung vertraut mache. Neuseeland, Australien und Südafrika bestehen darauf, daß außer dem dem Kunden berechneten Preise auch der inländische Wert, d. h. der Wert im Ursprungsland der Ware, ersichtlich gemacht werde, um zu einer richtigen Bemessungsgrundlage für die Verzollung zu gelangen.

Infolge des Umstandes, daß Neuseeland sehr dezentralisiert ist — ein Umstand, auf den die Wohlfahrt des Landes zum großen Teil zurückgeführt wird — sind die ständigen Kosten des Geschäftsbetriebes in Neuseeland sehr hoch, da die Firmen in den verschiedenen Zentren Filialen errichten müssen. Die am meisten zentral gelegene Basis für den Warenvertrieb ist Wellington am unteren Ende der Nordinsel von Neuseeland. Wellington ist der Sitz der Regierung und die meisten Zentralbureaus befinden sich dortselbst. Auckland ist die größte Stadt mit einer Bevölkerung von 175 000 Personen. Wellington mit etwas über 100 000 Einwohnern steht an zweiter Stelle. Christchurch hat ebensoviel Einwohner; dann kommen Dunedin mit 60 000 und Invercargill, am äußersten Südende von Neuseeland, mit 20 000 Einwohnern. Es gibt dann noch 8—9 Städte mit etwa 20 000 Einwohnern.

Bei seiner begrenzten Bevölkerungszahl hat Neuseeland keinen großen Spielraum für Industrieerzeugung. Demgemäß sind die Kräfte des Staatswesens in erster Linie den hauptsächlichsten Urprodukten gewidmet.

Gleichwohl sind 804 Fabrikbetriebe im Lande vorhanden, die sich auf etwa 100 Industrien verteilen und etwa 79 000 Angestellte beschäftigen, die Erzeugnisse im Gesamtwerte von 412 367 845 Dollar lieferten. Der neuseeländische Markt bietet daher Anreiz nicht nur für Fabrikate, sondern auch für Rohmaterialien.

Es sind bereits über 30 wasserelektrische Betriebsanlagen in Tätigkeit.

Neuseeland ist das erste Land gewesen, das, soweit möglich, das einheitliche Einpenny-Porto eingeführt hat.

Die Steuersätze werden fortlaufend beträchtlich herabgesetzt. Seit 1921 sind die Steuern um $33\frac{1}{3}$ % herabgesetzt worden und die Steuersätze sind jetzt ungefähr so niedrig wie in irgendeinem anderen Lande.

Die Entwicklung des Landes macht rasche Fortschritte.

Die **Maoris**, die etwa 4 % der Gesamtbevölkerung bilden, haben einen hohen Kulturgrad erreicht. Ein freundliches und gesetzachtendes Volk, wohnen sie zumeist in eigenen Dörfern und landwirtschaftlichen Niederlassungen. Sie genießen alle Vorrechte als Neuseeländer, sind in sozialer Beziehung gern gesehen und bekleiden einige wichtige Staatsposten. Andere sind mit Erfolg in verschiedenen Gewerben tätig. So wie es bei den amerikanischen Indianern der Fall ist, werden die Rechte der Maoris entsprechend geschützt und bedeutender Grundbesitz ist für ihren Gebrauch reserviert. Ausländische Besucher, insbesondere Amerikaner, haben das **Fehlen von Rassenstreitigkeiten in Neuseeland hervorgehoben**. Konflikte zwischen Eingeborenen und Ansiedlern haben sich **seit Jahrzehnten nicht mehr ereignet. Neuseeland und Australien sind vielleicht die einzigen Länder der Welt, in welchen Ansiedlung durch Europäer auf früher von Nichteuropäern bewohntem Boden stattgefunden hat, ohne das Rassenproblem zu einem ewigen Konfliktsstoff zu machen.**

Die politischen und Erziehungseinrichtungen haben mit der materiellen Entwicklung des Landes gleichen Schritt gehalten. Kein anderes Land hat größere Fortschritte gemacht als Neuseeland in einer Politik, die auf dem demokratischen Grundsatze des größten Wohles für die größte Zahl der Menschen aufgebaut ist. Dieses Streben nach menschlichem Fortschritt ist von Forschern auf politischem industriellem und sozialem Gebiete in einer Reihe von Büchern hervorgehoben worden.

WALTER FLEMMIG:

DIE NEUE AMERIKANISCHE PETROLEUMPOLITIK.

Die gesamte Erdölpolitik der Vereinigten Staaten, die mit dem Abschluß des Konzessionsvertrages der Turkish Petroleum Co. mit der Irakregierung am 14. März 1925 und damit der Beendigung des Kampfes um das Erdöl Kleinasiens eine Neuorientierung in dem Sinne erfahren hat, daß eine Stärkung der inneren Organisation durch größere Zusammenfassung und durch eine größere Aktivität der großen Petroleumunternehmungen der Vereinigten Staaten in den anderen Petroleumgebieten der Neuen Welt angestrebt und auch erzielt worden ist, ist darauf eingestellt, die eigene nordamerikanische Erzeugung durch neue Erzeugungsgebiete, in denen ein starker Aufschwung der Förderung zu erwarten steht, zu erweitern. So wurde Mitte September 1926 von der Standard Oil of New Jersey in Verbindung mit britischen Interessenten die Trinidad Oil Fields, Inc., gegründet, um die Ausbeutung von Ölfeldern in Trinidad von einer Ausdehnung

von 27000 Acres zu betreiben. Der Umfang der vorhandenen Lager wird auf etwa 75 Mill. Barrels geschätzt. Bis zu dieser Zeit standen die auf Trinidad tätigen Petroleumunternehmungen im wesentlichen unter englischer Kontrolle. Die Beteiligung der Standard Oil an der größten Petroleumunternehmung auf Trinidad erschien namentlich im Zusammenhang mit dem Bericht des Federal Oil Conservation Board von besonderer Bedeutung. Besonders weist das amerikanische Interesse auf Venezuela, und wir werden noch später sehen, in welcher Weise es Amerika verstanden hat, seinen Einfluß auf Kosten der Briten in Venezuela zu stärken.

Die Vereinigten Staaten haben während der letzten Jahre ihre Produktion gewaltig gesteigert, und die gesamten amerikanischen Exporte in Rohöl und raffinierten Produkten waren 1924 um 200% größer als im Jahre 1913. Als der wichtigste Abnehmer für amerikanisches Öl erscheint Europa, das ca. 50% des gesamten Exportes aufnimmt, besonders Benzin und Schmieröl. In den Vereinigten Staaten liegen heute die Hauptproduktionsgebiete in Kalifornien, Oklahoma und Texas. Kalifornien steht an der Spitze mit nahezu einem Drittel der amerikanischen Gesamtproduktion. Die Sicherstellung des amerikanischen Petroleumbezuges ist den Vereinigten Staaten dadurch gelungen, daß sie im Laufe der Jahre es verstanden haben, neben der Eigenproduktion sich die Kontrolle der mexikanischen Petroleumproduktion zu sichern. So hieß es noch im Jahre 1926, daß die Standard Oil einen Fusionsvertrag mit der Pacific Oil Co. abgeschlossen habe, um ihre Rohölbasis weiter auszudehnen. Die Standard hatte bis dahin mehr Wert auf ihre Raffinerien gelegt und mußte daher bedeutende Mengen Rohöl auf dem freien Markt für ihre Raffinerien erwerben. Durch diese neue Transaktion, die die Pacific Oil Co., die Panamerican Petrol and Transport Co., die Magnolia Petroleum Co. umfaßt, soll die Rohölbasis der Standard verstärkt werden. Damit hat die Standard auch weiteren Einfluß auf die Erdölvorkommen in Mexiko gewonnen, denn die Panamerican Petrol verfügt durch eigene Besitzungen und diejenigen der wieder von ihr kontrollierten Gesellschaften über umfangreiche Länderstrecken in Mexiko. Vorher hatte die Petroleumpolitik der Vereinigten Staaten es fertiggebracht, daß die Standard Oil of Indiana die mexikanischen Interessen Dohenys übernahm, was der Anfang der aktiven amerikanischen Politik war. Sie setzte sich fort in der Angliederung der British Mexican Petroleum Co.

Die Ausbeutung der mexikanischen Ölfelder zerfällt in der Hauptsache in zwei große Gruppen, nämlich eine englisch-holländische und eine nordamerikanische. Die englisch-holländische Gruppe wird repräsentiert durch den Konzern der Mexican Eagle Oil Co., der sich im Jahre 1918/19 der Shell-Gruppe angeschlossen hat. Die Kerngesellschaft der Royal Dutch Shell für ihren unmittelbaren Besitz ist die La Corona Oil Co. Die nordamerikanische Front bildet die Standard-Gruppe, und zwar arbeitet diese unmittelbar in Mexiko mit einer Anzahl von

Tochtergesellschaften der Standard Oil Co. of New Jersey. Mittelbar dienen jedoch den Standardinteressen gleichfalls die Sinclair- und auch die Doheny-Gruppe, die entweder durch Kapitalverflechtung oder durch Arbeits- und Lieferungsverträge zum Standardkreis gehören.

Im Jahre 1922 entfielen von dem in der mexikanischen Erdölindustrie investierten Kapital auf die Vereinigten Staaten 52,8%, auf England 33,1%, auf Holland 6,8% und auf Mexiko selbst nur 1,0%. Fast hinter jeder Präsidentenwahl und auch Revolution stand der Kampf um das Petroleum und auch der britisch-amerikanische Gegensatz. Dieser Gegensatz war auch zu Anfang 1927 wieder zu beobachten, als es hieß, sich dem Artikel 27 der mexikanischen Verfassung zu unterwerfen. Die Sachlage war hier folgendermaßen: Um der befürchteten Überfremdung der mexikanischen Wirtschaft entgegenzutreten, nahm im Jahre 1917 der mexikanische Kongreß eine Verfassungsänderung an, die im wesentlichen die Vorschriften über den Landerwerb und die Ölgewinnung durch Ausländer betraf. Hinsichtlich der Ölkonzessionen besagt das Gesetz genauer, daß der mexikanische Staat das Eigentum an allen Ölvorkommen des Landes hat und daß diese nur mit Erlaubnis des Staates ausgebeutet werden können. Ausländer können diese Rechte nur dann erwerben, wenn sie den Bestimmungen des Artikels 27 der Verfassung genügen. Die britischen und holländischen Interessenten waren dieser Forderung schon längst nachgekommen, nur die Amerikaner weigerten sich, dies zu tun, weil sie nach ihren Behauptungen von Obregon, dem früheren mexikanischen Präsidenten, bindende Zusagen hinsichtlich der Ausführung und Rückwirkung des Artikels 27 erhalten hätten, durch die sich aber die neue mexikanische Regierung nicht für gebunden erachtete.

Die amerikanische Petroleumpolitik setzte sich fort in der Übernahme der Lago Petroleum Co. Letztere Gesellschaft war anfangs ein rein englisches Unternehmen und besaß die Konzessionen der British Equatorial Oil Co. in Venezuela. Durch die Übernahme seitens der Standard Oil of Indiana konnte diese Gesellschaft ihr Tätigkeitsgebiet bis nach Venezuela an das Gebiet der Koninklijken Shell ausdehnen. Im März 1926 fanden Verhandlungen zwischen Blair und der Koninklijken um den Verkauf der in der Hand der letzteren befindlichen 75% der Gesamtanteile der Colon Development statt. Blair, der an der Spitze eines amerikanischen Konsortiums stand, hatte die restlichen 25%. Die amerikanische Absicht ging darauf hinaus, die gesamten dieser Gesellschaft gehörenden Konzessionen in Venezuela, die ein einheitliches Erdölgebiet bilden, in großzügiger Weise zur Erschließung zu benutzen.

Die gegenwärtige Hauptölproduktion Venezuelas befindet sich in britischen und amerikanischen Händen, und seit dem Jahre 1925 haben es die Amerikaner verstanden, ihren Einfluß in Venezuela immer mehr zu erweitern und den britischen Einfluß zurückzudrängen. Nachdem schon im Frühjahr 1925 bei der

großen Öltransaktion in Mexiko die Lago auf die Standard Oil of Indiana übergegangen war und damit sich die Amerikaner ihren Einfluß in Venezuela gesichert hatten, kam zu Anfang 1926 die Nachricht, daß die British Controlled ihre gesamten Konzessionsgebiete der Standard Oil of New Jersey übereignet habe. Die Verhältnisse lagen hier so, daß auf Grund eines Vertrages vom Jahre 1922 zwischen der British Controlled und der Standard Oil die letztere das Recht hatte, die sog. Buchivacoa-Konzessionen der englischen Gesellschaft zu benutzen. Es war die Gründung einer neuen Gesellschaft hierfür vorgesehen, sie wurde 1924 unter dem Namen American British Oil Co. gegründet. Der andere Hauptpfeiler des britischen Einflusses ist die Venezuela Oil Concession, die besondere Lieferungsverträge mit der Shell hatte. Anfang 1926 hieß es, daß das Mitglied des Direktoriums, Gulbenkian, der Venezuela, der mit der Shell verfeindet ist, daran arbeite, die Bindung seiner Gesellschaft an die Shell als unvorteilhaft erscheinen zu lassen und daß er Anschluß bei den Amerikanern suche. Allein schon durch den Übergang der Lago und der British Controlled sind die Amerikaner in Venezuela herrschend geworden, und sie haben es verstanden, ihre Interessen besonders in Lateinamerika, aber auch in den anderen Erdölgebieten zu wahren.

Parallel mit den Bestrebungen der Standard Oil of Indiana ging die Fusionierung der Tide Water Oil Co. mit der Associated Oil Company. Die beiden Gesellschaften hatten im Jahre 1925 eine Erzeugung von 24 Mill. Barrels. Ursprünglich war die Tide Water eine Konkurrenzgründung gegen die aufkommende Shell, aber schon um die Jahrhundertwende war die Standard mit einer Aktienminderheit an der Tide Water beteiligt. Die Tide Water, die sowohl Produktions- wie auch Vertriebsgesellschaft ist, hat ihre Felder im amerikanischen Osten. Die Associated Oil ist eine Gesellschaft des amerikanischen Westens, d. h. die ganze Fusion bedeutet ölpolitisch eine stärkere Verbindung des amerikanischen Westens mit dem Osten.

Als dritter großer Zusammenschluß innerhalb der amerikanischen Erdölindustrie ist die Verbindung der Standard Oil of New York mit der General Petroleum of California zu sehen. Die Standard Oil of New York besitzt in der Hauptsache Raffinerien und hatte sich durch die Angliederung der Magnolia um die Wende 1926 eine Ölbasis geschaffen. Da die General Petroleum Co. of California eine Erzeugungsgesellschaft ist, kann der Zusammenschluß als eine wertvolle Ergänzung der beiden Unternehmungen angesehen werden und liegt nicht zuletzt in der Richtung der Konsolidierung der amerikanischen Erdölwirtschaft.

Nicht genug damit schreitet die Ausdehnung der Standard auch außerhalb der Vereinigten Staaten fort, und zwar streckt sie ihre Fühler bis nach Rußland aus. Im Juni 1926 war ein Vorvertrag als Ergebnis der russisch-amerikanischen Petroleumverhandlungen unterzeichnet, der die Gründung einer russisch-amerikanischen Gesellschaft vorsah zwecks Ausbeutung der Ölfelder im Norden Rußlands an der

Bahn Leningrad—Murmansk. Daß natürlich in den Kreisen der englischen Petroleumindustrie diesen Verhandlungen die größte Bedeutung begelegt wurde, läßt sich verstehen.

Wenn man sich das Verhältnis der Amerikaner zu der russischen Erdölindustrie in historischer Hinsicht noch einmal vergegenwärtigt, so ist festzuhalten, daß die Standard Oil ursprünglich nur mit ca. 200 000 Rubel durch die Russian Standard Oil an der russischen Erdölindustrie beteiligt war. Im Jahre 1921/22 dehnte sie ihre Interessen durch eine größere Beteiligung bei der Nobelgesellschaft aus, die ihrerseits wieder einen bedeutenden Einfluß auf die Russian General Oil Corporation Ltd hat. Diese letztere Gesellschaft, die durch ihre Verbindung mit einer großen Zahl von Produktionsunternehmungen und Raffinerien die Kontrolle über eine Jahresproduktion von weit mehr als 100 Mill. Pud Petroleum ausübt, besitzt die Majorität der Mantaschew-Gesellschaft mit einer Jahreserzeugung von 25 Mill. Pud, der Moskau-Kaukasischen, der Naphthalanskar, der Schichowo, hat ein Drittel des Aktienkapitals der „Runo", einer bekannten russischen Naphthagesellschaft, im Besitz, übt Einfluß aus auf die Tifliser Naphthaindustrie und ist dadurch in stärkstem Maße an der russischen Erdölindustrie interessiert.

Im Dezember 1926 ging durch die englische Presse die Nachricht, daß die Standard Oil mit den Russen in London über die Übernahme des russischen Ausfuhrmonopols für Petroleum unterhandele. Diese Meldung war natürlich außerordentlich wichtig, denn es war schon vorher bekannt, daß die Russen danach strebten, gegen Übertragung ihres Ausfuhrmonopols für Petroleum, soweit sich dieses Ausfuhrmonopol auf die Ausfuhr in westlicher Richtung bezog, eine große ausländische Anleihe zu erhalten.

Die Politik der russischen Regierung bestand bisher darin, die Erdölausfuhr gewaltsam zu steigern auf Kosten der Inlandsversorgung. Die Ausfuhr von Erdöl aus Rußland wird deshalb gewaltsam gesteigert, weil Erdöl einer der wenigen Ausfnhrartikel ist, mit deren Erlös Rußland seine Wirtschaft aufzubauen gedenkt. Nun begegnet aber Rußland auf dem Auslandsmarkte den vor allem von den Engländern bereiteten Schwierigkeiten, und sie müssen in sehr vielen Fällen zu Preisen verkaufen, die die Selbstkosten meistens nicht decken. Die russische Regierung hält an der Verstaatlichung der Erdölindustrie fest, und während die Engländer mit Deterding an der Spitze scharfe und offene Gegner sind, ist die Stellung der Amerikaner und Franzosen schon zweifelhafter. Im Frühjahr 1926 wurde in Paris der Plan erwogen, an eine gemischt französisch-russische Gesellschaft Erdölkonzessionen im Grosny-Gebiet zu vergeben. Aktien und Obligationen dieser Gesellschaft sollten den Besitzern von russischen Vorkriegsanleihen zur Abfindung ihrer Ansprüche ausgehändigt werden. Den Russen wollte man seitens Frankreichs eine Art Einfuhrmonopol für Petroleum einräumen, und besonders sollte der Ölbedarf der französischen Flotte aus Rußland gedeckt werden. Ein

eifriger Befürworter dieses Planes war die Banque de Paris et Pays Bas, an der auch die Amerikaner stark interessiert sind. Es kamen zwei Proteste gegen diesen Plan, und besonders Deterding, der leitende Mann der Shell, warnte die Franzosen und äußerte sich dahin, daß sie wohl nicht „früher englisches Eigentum, das ihnen gestohlen worden sei, von den Russen kaufen würden". Im November 1926 sollten in Paris die französisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, wobei russischerseits darauf hingewiesen wurde, daß die Absicht bestehe, noch vor Jahresschluß den ganzen Fragenkomplex für den Fall einer prinzipiellen Einigung zur Regelung zu bringen, um sobald wie möglich von den Gegenleistungen für die Anerkennung der Vorkriegsschulden Vorteile für die russische Wirtschaft ziehen zu können. Vor der Eröffnung der Verhandlungen stellte Poincaré verschärfte Forderungen gegenüber den Russen, wodurch die nach unendlichen Mühen gefundene Verhandlungsbasis umgeworfen wurde.

Nunmehr bestand für die Russen kein Zweifel mehr, daß angesichts der Kreditnot ein Abkommen mit den Amerikanern der einzige Ausweg sei, um zu einer schnellen und befriedigenden Lösung zu kommen, zumal Amerika sich in der Haltung der internationalen Erdölindustrie gegenüber Rußland nie bedingungslos in antirussischem Sinne festgelegt hatte.

Es stand von vornherein fest, daß, wenn dieses Abkommen zustande kam, dadurch ein neuer Faktor in der internationalen Erdölpolitik geschaffen war, mit dem in Zukunft alle anderen Beteiligten rechnen mußten: in erster Linie England, dann aber auch Frankreich. Die Verwirklichung der Pläne würde ein Schlag sein, dessen Auswirkungen auf den europäischen Absatzmarkt kaum abzusehen wären. Die Standard Oil hätte damit eine Ausdehnung ihrer europäischen Absatzinteressen erreicht, und sie verfügte dann zusammen mit Rußland, gemessen an der Weltproduktion 1925, über etwa 30% der Weltproduktion, gegenüber 9,8% der Royal Dutch und 3,9% der Anglo Persian.

Die theoretischen Grundlagen einer weitgehenden Zusammenarbeit zwischen der Standard Oil und den Russen bestanden schon seit Jahren, und auch in den schwebenden amerikanisch-russischen Fragen (Vorkriegsschulden u. a. m.) waren keine prinzipiellen Differenzen mehr zu überbrücken. Während man in England auf Grund reiflicher politischer Überlegungen mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten der englischen Außenpolitik zu keiner einheitlichen Haltung kommen konnte, hatte es immer mehr den Anschein, als ob es den Russen gelingen würde, ihren letzten Trumpf gegen die englische Petroleummacht auszuspielen. Da kam in letzter Stunde, sozusagen unmittelbar vor der Unterschrift, die Nachricht, daß die amerikanisch-russischen Petroleumverhandlungen endgültig abgebrochen worden seien. Selten hat wohl eine Nachricht so überrascht wie diese, denn nach den mitgeteilten Einzelheiten war es so gut wie feststehend, daß die Vereinbarungen zwischen allen an der Welterdölwirtschaft beteiligten Ländern bzw. deren

Erdölunternehmungen über ein gemeinsames Vorgehen in der russischen Frage durchbrochen werden würden. Es hätte sich dann wieder der Zustand herausgebildet wie vor Jahren, wo sich zwei Parteien gegenübergestanden hatten. Die Amerikaner fühlten sich dagegen wohl im Hinblick auf die Ereignisse in Mexiko veranlaßt, um den Ölfrieden nicht zu brechen und die Einheitsfront gegenüber Rußland nicht zu zerstören, ihren Partnern im Groupement International, nämlich den Engländern und den Holländern, eine Beteiligung an dem abzuschließenden Vertrage anzubieten. Allein diese Forderung mußte schon von vornherein wenigstens das vorläufige Scheitern der Vereinbarung mit der Standard Oil bedeuten, da infolge der englischen Regierungspolitik eine Beteiligung der großen englischen Petroleumunternehmungen an dem Abkommen von vornherein ausgeschlossen war, auf der anderen Seite aber wieder England Frankreichs Stellung in der Schuldenfrage stärken wollte, die durch einen Abschluß bindender Vereinbarungen bedenklich ins Wanken gekommen wäre. Ebenfalls hat die Koninklijke Shell durch ihren Leiter, Deterding, erklären lassen, daß von einem Kaufkontrakt mit den Russen absolut nicht die Rede sein könne. Das Scheitern des russisch-amerikanischen Ölvertrages bedeutet einen Sieg der englisch-holländisch-französischen Front über Rußland. Wenn der Petroleumfriede vorerst wieder einmal gesichert ist und damit besonders auch die Stellung Englands und Frankreichs gegenüber Rußland, so ist einer späteren Wiederaufnahme der Verhandlungen vielleicht auf anderer Basis keineswegs die Möglichkeit genommen. Die Bestrebungen der Amerikaner, sich den Hauptteil von Rußlands Erdölreichtum zu sichern, werden wohl nicht ohne weiteres aufhören. Nun ist man auf der anderen Seite allerdings bestrebt, den vorläufigen Sieg nicht unausgenutzt zu lassen, und durch die Einreichung eines offiziellen Protestes bei allen interessierten Regierungen sucht man eine weitere Festigung der Einheitsfront gegenüber Rußland herbeizuführen, um für die Zukunft so plötzlich auftauchende Gefahren zu vermeiden. Die Durchführung dieser Aktion dürfte naturgemäß auch der Standard Oil für die Zukunft mehr die Hände binden.

Da der Aufsatz vor Abschluß der russisch-amerikanischen Petroleumverhandlungen geschrieben wurde, konnten diese noch nicht berücksichtigt werden. Diese Abmachungen. besonders aber ihre Auswirkungen auf den Petroleumfrieden zwischen der amerikanischen und englisch-holländischen Gruppe, sollen in einem späteren Aufsatz behandelt werden.

Inzwischen ist aber nun doch in der zweiten Hälfte des Jahres 1927 eine Einigung zwischen den Russen und den Amerikanern zustande gekommen. Als die Engländer die russischen Beziehungen abbrachen, da mußten die Amerikaner damit rechnen, daß die Russen ihr Naphtha, das England nicht mehr nahm, auf anderen Märkten unterbrachte, selbst auf die Gefahr hin, einen Preisnachlaß zu gewähren. Die amerikanische Petroleumindustrie mußte also auf einen Preiskampf

gefaßt sein. Deshalb schloß der amerikanische Standard Oil Konzern rechtzeitig einen Vertrag mit dem russischen Naphthasyndikat. In Wirklichkeit setzt sich dieser Vertrag aus vier Kontrakten zusammen, und zwar ist im einzelnen festgelegt:

1. Der bereits bestehende Vertrag zwischen dem Naphthasyndikat und der Vacuum Oil Company wird mit der Bestimmung verlängert, daß der Vacuum Oil der Alleinverkauf von russischen Ölerzeugnissen, hauptsächlich Benzin und Kerosin, in Ägypten bis 1930 übertragen wird.

2. Ein besonderer Vertrag verpflichtet die Vacuum Oil Co. 5 Jahre fob Baku jährlich 100 000 t Rohnaphtha abzunehmen, über dessen Verwendung und Verkauf sie freies Bestimmungsrecht hat. Diese Menge ist hauptsächlich für die Mittelmeerländer bestimmt, doch handelt es sich hier um kein Monopol, so daß das Naphthasyndikat auch selbst die Mittelmeermärkte beliefern kann. Die entsprechenden im Jahre 1926 zwischen dem Naphthasyndikat und Frankreich, Italien, Griechenland und der Türkei abgeschlossenen Verträge bleiben in Kraft. Beide Gruppen erklären sich zu engerer Zusammenarbeit bereit.

3. Die Standard Oil Company of New York verpflichtet sich für die Dauer von 5 Jahren jährlich vom Naphthasyndikat 100 000 t Bunkeröl, das für die Bunkerstationen der Standard Oil auf dem Seewege von Europa nach Ostindien, hauptsächlich Konstantinopel, Port Said, Colombo und Singapore bestimmt ist, abzunehmen.

4. Eine besondere Vereinbarung zwischen der Standard Oil Company und dem Naphthasyndikat sieht die Belieferung der Tankbootflotte des Standard Oil Konzerns mit Bunkeröl bis zu einer beliebigen Menge vor. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von 6 Jahren. Er bringt für die Amerikaner den Vorteil, ihre Flotte künftig in stärkerem Umfange als bisher für den Transport von hochwertigem Öl zu verwenden. Einen weiteren Vorteil bietet der Standard Oil Co. die Ausschaltung der Konkurrenz des russischen Petroleums, während andererseits den Russen durch die Amerikaner ganz neue Märkte, vor allem in Indien, erschlossen werden. Außer diesen vier Hauptverträgen wurden noch eine Reihe von Spezialvereinbarungen zwischen den Russen und den Amerikanern abgeschlossen.

Rußland hat sich also aus der Schlinge zu ziehen gewußt, die Englands Petroleummagnaten gelegt hatten, und kann dabei noch die Bestätigung buchen, daß man auf dem Weltmarkt mit seinem Erdöl rechnen muß. Da sich die Engländer eine solche Entwicklung der Dinge nicht gedacht hatten, sind sie natürlich außer sich über das russisch-amerikanische Zusammengehen in der Petroleumfrage.

P. L. Heubner:

DER KAUFMANN IN STAAT UND WIRTSCHAFT

Um unser Blickfeld klar abzustecken, Gegenstand, Umfang und Richtung unserer Betrachtung eindeutig zu bestimmen, bedarf es zunächst einer Verständigung über das, was unter „Kaufmann", „Staat", „Wirtschaft" verstanden sein soll.

Beginnen wir mit der „Wirtschaft". Nicht betrachten wollen wir an dieser Stelle Stellung und Wirken des Kaufmanns in der Betriebswirtschaft, der auf Erwerb gerichteten Einzelunternehmung, dem Industrie-, Warenhandels-, Bank-, Transport-, Versicherungs- oder Handelsvermittlungsbetrieb, das Verhältnis des Kaufmanns zu den Formen der Unternehmung, ihren Faktoren und Funktionen: Kapital, Arbeit, Produktion, Umsatz, Kosten, Ertrag, die innere Organisation der Einzelwirtschaft und die äußeren geschäftlichen Verkehrsbeziehungen der Unternehmungen untereinander. Beschränken wollen wir uns vielmehr auf die Stellung und das Wirken des Kaufmanns in der „Volkswirtschaft" als der Gesamtheit und organischen Verflechtung aller Beziehungen zwischen den einzelnen Sonderwirtschaften sowohl wie zu den öffentlichen Gemeinwesen und die Beeinflussung dieser Beziehungen durch die innere und äußere Wirtschaftspolitik, wobei der Kaufmann zugleich als Objekt und als Subjekt der volkswirtschaftlichen Entwicklung und wirtschaftlichen Politik auftritt.

Unter „Staat" soll nicht nur der Staat im engeren Sinn der verfassungsmäßigen Organisation des Volkes zu Reich und Einzelstaat, sondern der ältere, weitere Begriff der res publica, des öffentlichen Gemeinwesens, also auch Stellung und Wirken des Kaufmanns in der örtlichen Gemeinde, den engeren und weiteren kommunalen Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbänden, in den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen und sonstigen Körperschaften und Organen des öffentlichen Rechts, der öffentlichen Verwaltung und Rechtspflege mitverstanden sein. Die Geschichte des Begriffs und Wortes Staat gibt unserer Betrachtung dabei schon von vornherein gewisse Richtpunkte. Das vom griechischen Stadtstaat abstrahierte *πόλις, πολιτεία,* die römische civitas und res publica, die nur den einzelnen konkreten Staat: Reich, Königreich, Grafschaft, Stadt usw. kennenden germanischen und romanischen Volkssprachen des Mittelalters, das seit dem Mittelalter aufkommende italienische stato, ursprünglich und lange noch im Sinn von Zustand, Verfassung, daneben als herrschender Stand, Staatsgewalt, Regierung, das ursprünglich in ähnlichem Sinn, seit dem 17. Jahrhundert jedoch im heutigen Sinn „Staat" gebrauchte französische estat, état, das in Deutschland noch im 17. und 18. Jahrhundert gebrauchte status, status publicus im Sinne von Verfassung oder Finanzzustand, „Kammerstaat", das noch in einer Gerichtsordnung von 1753 im Sinne von Staat sich findende Wort „Republik" und das erst mit dem allgemeinen

Landrecht von 1794 volles Bürgerrecht im heutigen Sinne gewinnende Wort „Staat“ zeigen bereits eine Menge verschiedener Gesichtspunkte und Richtungen, die für die Stellung des Kaufmanns im und zum öffentlichen Gemeinwesen in Frage kommen. Erschöpfender und systematischer wird darauf sogleich, in Anlehnung an das Wesen des Staates und die verschiedenen Grundzüge und Seiten seines Wesens, zurückzukommen sein.

Der Begriff „Kaufmann“ tritt im Sprachgebrauch mit sehr verschiedenen Bedeutungen auf. „Kaufmann“ war ursprünglich jeder, der etwas kaufte, gegen ein gewisses Geld an sich brachte, so auf Märkten und Messen, sei es für den eigenen Gebrauch oder Verbrauch, sei es zu gewerblicher Verarbeitung oder zu unverändertem Weitervertrieb. Neben- und nacheinander entwickelten sich die Funktionen und Stände der kaufenden, verarbeitenden und Waren und Geld vertreibenden Handwerker, Krämer, Großhändler, Fuhrleute, Geldwechsler, Bankiers, Verleger, Manufaktur- und Fabrikherren, des neuzeitlichen Industriellen, Groß- und Einzelhändlers usw. Sie alle galten und gelten noch, mit Ausnahme der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, im Volksmunde als „Kaufleute“. Teils eine Beschränkung, teils eine Änderung und eine mehrfache Differenzierung erfährt aber dieser allgemeine Begriff durch die Wissenschaft, und zwar in dreifacher Hinsicht. Die Rechtswissenschaft, d. h. die Gesetzessprache des deutschen Handelsgesetzbuches, nimmt, behufs Unterstellung unter das Handelsrecht als Sonderrecht der Kaufleute, als „Kaufmann“ und „Handelsgewerbe“ ganz bestimmte Gruppen von Gewerbetreibenden und Gewerben, im wesentlichen die gesamte industrielle und fast die gesamte handwerkliche Produktion, den gesamten Groß- und Einzelhandel, Geld- und Kredithandel, Handelsvermittlung, Transport- und Versicherungsgewerbe, sonstige gewerbliche Unternehmen von bestimmter Art und Einrichtung und land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe unter gewissen Voraussetzungen. Die Volkswirtschaftslehre stellt dagegen für ihre Forschungszwecke den Handel und seinen Träger, den Kaufmann, als bloßen Vermittler zwischen Erzeuger und Verbraucher und zwischen den einzelnen Stufen des Bezugs und Vertriebs von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten in Gegensatz zu der juristisch zum Handelsgewerbe zählenden industriellen und handwerksmäßigen Gütererzeugung und den übrigen nicht lediglich Einkauf und unveränderte Wiederveräußerung von Gütern umfassenden Handelsgewerben des Handelsgesetzbuches, so daß der volkswirtschaftliche Begriff in der Hauptsache nur einen Ausschnitt aus dem juristischen darstellt, während er ihn in manchem weniger wesentlichen, als in einzelnen Fällen der weitergreifende, wieder überschneidet. Zu diesem Unterschied des juristischen und des volkswirtschaftlichen Begriffs kommt als dritte Differenzierung noch die soziale, je nachdem man unter „Kaufmann“ nur den selbständig ein Handelsgewerbe betreibenden Unternehmer oder auch, in Abweichung vom juristischen wie vom volkswirtschaftlichen

Begriff, aber in Übereinstimmung mit dem Sprachgebrauch und der anerkannten Übung mancher Verwaltungsstellen, auch den Handlungsgehilfen und Handlungslehrling mit verstanden wissen will. Der Zweck unserer Betrachtung heischt Anwendung der jeweils weitesten Umgrenzung des Begriffs, also volkswirtschaftlicher plus juristischer (soweit dieser weiter ist) plus sozialer Begriff im Sinne der Miteinbeziehung der kaufmännischen Angestellten und des kaufmännischen Nachwuchses. Wo in bestimmten Fällen einmal nur der selbständige Kaufmannsstand oder Kaufmann und Handelsgewerbe im besonderen volkswirtschaftlichen oder juristischen Sinn in Betracht kommt, wird dies, soweit es sich nicht aus dem Zusammenhange von selbst ergibt, besonders hervorgehoben werden.

Dem Wesen des Staates kann man, in gleichzeitiger Anlehnung an die hauptsächlichsten Staatstheorien oder an Gruppen solcher, sieben verschiedene Grundzüge oder Seiten zugrunde legen, aus deren Zusammenfassung sich das Gesamtbild des Staates ergibt. Jedes dieser sieben Kriterien wird dabei zugleich Anknüpfungs- und Gesichtspunkte abgeben, die sich auf das Verhältnis des Kaufmanns zu Staat und Wirtschaft auswerten lassen.

1. Die ältesten Staatstheorien geben dem Staat einen religiösen, priesterlichen Ursprung. Gegenstand ihrer Lehre waren die Theokratien, d. h. die Gottes- oder Priesterherrschaften der ältesten Völker aller Erdteile, insbesondere auch der alten Juden. Hierher gehören die civitas Dei Augustins und die von den Päpsten im Mittelalter angestrebte Staatsverfassung, Staatsordnungen, bei denen man Gott selbst als den Schöpfer und Regenten des Staates ansah, die geltenden Gesetze als Befehle Gottes, die Priester als Verkünder und Ausleger der göttlichen Befehle und Stellvertreter des unsichtbaren Regenten. Für die besondere Stellung des Kaufmanns zu Staat und Wirtschaft ergeben sich daraus, wenigstens für die Gegenwart, kaum fruchtbare Gesichtspunkte und Beziehungen; außerdem darf diese Theorie schon um deswillen aus einer staatswissenschaftlich eingestellten Betrachtung wie der unsrigen ausscheiden, weil der Bereich des Religiösen von der Wissenschaft überhaupt nicht erreicht wird, während die Wissenschaft in ihrem Bereich die Souveränität beansprucht, so daß beide Bereiche sich nicht berühren und von dem einen aus in den andern nicht eingegriffen werden darf.

2. Unter den eigentlich wissenschaftlichen Staatstheorien pflegt die Machttheorie an erster Stelle aufzutreten, die die Macht, die Gewalt des Stärkeren, des Eroberers, des Herrschers, der Obrigkeit über die Unterworfenen, die Schwächeren, die Untertanen, also ein tatsächliches Gewaltverhältnis als das Wesen des Staates ansieht. Ihre Vertreter finden sich, in mannigfachen Abwandlungen, von den spätern Sophisten über Spinoza und L. v. Haller bis auf M. v. Seydel und neuere. Historisch wird der Staat aus der Okkupation, der Eroberung, der Unterwerfung der Besiegten unter den Willen und die Botmäßigkeit der Herrschenden erklärt; auch die Entstehung und Differenzierung der Kasten, der Stände, der Klassen

wächst im Zusammenhang mit der Bodenverteilung, dem Lehnswesen, dem Herrschaftsverband aus tatsächlichen Gewaltverhältnissen hervor. Innere Wesensart und äußeres Gepräge als Gewaltstaat, Militärstaat, Polizeistaat („Polizei" hier im Sinne der Durchsetzung und Sicherung der Macht im Innern — auf den „Polizei"staat als Träger der Wohlfahrtspflege wird noch zurückzukommen sein) erhält dieser Staat von den der Machtentfaltung nach außen und innen dienenden Machtmitteln, der Waffengewalt der Kaiser und Könige, den stehenden Heeren und Kriegsflotten der modernen Weltstaaten, in gewissem Sinne und bis zu gewissem Grade auch schon von der Lehnsfolge und Waffengewalt der Fürsten und Herren, der Städte, Zünfte und Verbände des Mittelalters (Hansa), von den spätern Söldnerheeren des alten Reiches und seiner Territorialstaaten.

Das Verhältnis des Kaufmanns, der wirtschaftlichen Erwerbsstände zu diesem Wehrstaate oder dem Inbegriff von Machtmitteln, der jedem Staate, wenn auch in noch so bescheidenem und verkümmertem Maße (Reichswehr!), zur Erhaltung seines Lebens schließlich notwendig ist, war und ist ein doppeltes. Rechte und Nutzen gewannen Kaufmann und Wirtschaft vom Wehrwesen in Gestalt der Marktfreiheit, des freien Geleits, des Schutzes von Handel und Wandel nach innen und außen gegenüber Raub, Krieg, Invasion, Aufruhr. Auch die letzten Endes in der Militär- und Polizeigewalt ruhende Sicherung der Schaffung des Rechts durch die gesetzgebende Gewalt und seiner vollziehenden Anwendung durch die Organe der Rechtsprechung und Verwaltung kommt der Wirtschaft in erster Reihe zu gute. Unmittelbare und besondere Vorteile zog und zieht sie aber aus dem durch sie versorgten Bedarf des Heeres und der Flotte, der Mannschaften und Offiziere, aus den Heereslieferungen wie der Aufnahmefähigkeit und Kaufkraft der Residenz- und Garnisonstädte, aus der von den früheren Höfen aus gegangenen Befruchtung des Handels wie der gewerblichen Gütererzeugung, der schönen Künste, des Kunst- und des Baugewerbes. Pflichten und Lasten erwuchsen dagegen dem Kaufmann und den übrigen Nährständen in Gestalt persönlicher und geldlicher Leistungen, in Form der ältesten, ursprünglich nur für besondere Kriegs- und Rüstungszwecke geforderten Steuern, aus deren Bewilligung durch zusammengerufene Vertretungen der Stände sich die Verfassung und Finanzhoheit der alten Stände, der konstitutionellen und modernen demokratischen Parlamente entwickelten, so daß hier Wirkungen und Folgeerscheinungen des Gewaltstaates und Militarismus in dessen Gegenpol, in dem einer einseitigen und vorherrschenden Betonung des Gewalt- und Wehrcharakters des Staates entgegentretenden demokratischen Parlamentarismus münden.

3. Im Gegensatz zur Machttheorie steht die Rechts- oder Vertragstheorie, die den Staat (Rousseau: Contrat social) aus einer freiwilligen vertragsmäßigen Unterwerfung der einzelnen unter das aus ihrem Zusammenschluß erstandene Rechtsverhältnis ableitet. Wesen des Staates ist dieses Rechtsverhältnis, nicht ein

Gewaltverhältnis. Die Aufgabe des Staates als Rechtsstaat in diesem Sinne ist lediglich der Rechtsschutz der Person und des Eigentums, der Grundrechte, der bürgerlichen, gewerblichen und politischen Freiheit des Bürgers, während dieser im übrigen in den Grenzen des allgemeinen bürgerlichen und Strafrechtes nach jeder Richtung völlige Bewegungsfreiheit genießt und der Staat sich aller bevormundenden, hemmenden oder fördernden Einmischungen und Einwirkungen zu enthalten hat. Das Wesentliche und Bleibende an dieser Theorie, das auch dem heutigen Begriff „Rechtsstaat" noch anhaftet, die Schaffung und Sicherung des Rechtsschutzes des Bürgers gegen Willkür, heute eine Selbstverständlichkeit, bedeutete damals, für viele Länder wenigstens, noch einen großen Fortschritt und eine Haupterrungenschaft der französischen Revolution.

Dem Kaufmann und der Wirtschaft brachte die im Gefolge dieser rationalistischen, liberalen Staats- und Wirtschaftsauffassung des laisser faire einsetzende Befreiung von allen überkommenen Schranken und Vorrechten, die soziale und ökonomische Umschichtung, die Gewerbefreiheit, die freihändlerische Bewegung und Handelspolitik gar mancherlei Vorteile und Nachteile, deren Erörterung nicht hierher gehört. Zu betrachten bleibt uns hingegen, wenn auch natürlich nur ganz summarisch, das Verhältnis des Kaufmanns und der Wirtschaft zu dem heute ins Uferlose verbreiterten Rechte als der Hauptwesensseite des Rechtsstaates, und zwar einmal als Objekt, dann aber auch als mitwirkendes Subjekt der Gesetzgebung. Von dem, was in den Gesetzen geregelt wird, trifft nur ein verschwindender Bruchteil den Staatsbürger, den Staat oder seine Einrichtungen im allgemeinen, alles andere ist Sonderrecht der Wirtschaft oder findet doch weitaus überwiegend auf geschäftliche Vorgänge des kaufmännischen und gewerblichen Wirtschaftslebens Anwendung: Vertrags- und Sachenrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches, Handels- und Wechselrecht, die ganze Gewerbe-, Patent-, Steuer-, Zoll-, Verkehrs-, Versicherungs- und Bankgesetzgebung, desgleichen die meisten oder doch umfänglichsten Gebiete des Straf- und Polizeirechts, dazu, für die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmerseite, die gesamte Gesetzgebung über Arbeiterschutz, soziale Versicherung und Fürsorge, Arbeitsrecht, Arbeitsbedingungen, Tarif- und Schiedswesen, Kaufmanns- und Gewerbegerichte u. a. m. Die schöpferische Mitwirkung des Kaufmanns bei Bildung und Pflege des Rechts reicht bei manchen dieser Gebiete geschichtlich weit zurück; gegenwärtig erfolgt sie in vorübergehenden oder dauernden Ämtern als Sachverständiger, Handelsrichter, Schiedsrichter, Schöffe, Geschworener, Beisitzer bei Kaufmanns- und Gewerbegerichten, als Vertreter wirtschaftlicher Kreise und Belange in den Industrie- und Handelskammern als deren amtlichen Berufsvertretungen, in den Börsen, Warenprüfämtern und sonstigen der Verwaltung oder Aufsicht der Handelskammern unterstellten Anstalten, in den Körperschaften und Organen der Sozialversicherung, der Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbände, der Landtage, des Reichstages, des Deutschen

Industrie- und Handelstages, des Reichswirtschaftsrates, in Ministersesseln des Reichs und der Länder.

4. Umfassender als die Macht- und Rechtstheorien, die eine bloße Abstraktion, ein Macht- oder Rechtsverhältnis dem Staate als Inhalt und Wesen unterstellen wollen, sucht ihn eine Gruppe in sich verschieden gerichteter, aber einander verwandter Theorien zu ergründen, indem sie die den Staat bildenden Menschen, das Volk, als lebenden Körper des Staates anspricht. Diese biologische oder organische Staatslehre zählt, zum Teil auf die unter 5. zu berührende Persönlichkeitstheorie übergreifend, in ihren Vorstufen und verschiedenen Ausstrahlungen Plato, Kant, Schelling, Hegel, Gierke, Schäffle zu ihren Urhebern. Voraus- oder nebenherlaufende, anregende, aber nur Analogien bietende Anknüpfungen an den Bienen-, den Ameisenstaat überholend, erscheinen bei diesen Lehren und ihrem Ausbau der Mensch, seine Verbindungen und Beziehungen als im Gesamtorganismus aufgehende Teile, als Zellen, Zellgruppen und Zwischenorgane, die Lebensvorgänge der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Politik als biologische, physische (und psychische) Kollektivfunktionen, die Wirtschaft und der Staat selbst als organisch aufgebaute, lebendige Einheiten. Rasse, Herkunft, Abstammung, Verschmelzung, körperliche Tüchtigkeit, Förderung der Lebensbedürfnisse und Lebenshaltung, Nahrung, Gesundheit, Wohlstand, Gütererzeugung und -verteilung, Urproduktion, Gewerbe, Handel, Wohlfahrtspflege rücken in den Bereich staatlicher Betrachtung und Betätigung, wie sie zum Teil schon von anderen, ursprünglich fiskalischen Gesichtspunkten aus in der Gewerbe- und Ausfuhrförderung des Merkantilismus und Neumerkantilismus, in der „Polizey“, der Wohlfahrtspflege des alten cameralistischen Polizeystaates, in der Wirtschaftspolitik des modernen Wohlfahrts- oder Nährstaates in den Mittelpunkt traten und noch im Vordergrund stehen. Biologischer und organischer Zusammenhang waltet dabei zwischen den Individuen nicht nur vertikal, zeitlich durch die jedem Familien-, Stamm- und Ahnenforscher schon auf nur wenig zurückliegenden Generationsstufen ins Auge springende genealogische Blutsverbundenheit des Volkskörpers, sondern auch horizontal, räumlich-gleichzeitig durch die stoffliche, physische (und psychische) Lebensverbundenheit der wohl nur scheinbar selbständigen und getrennten, in Wirklichkeit ähnlich den wirbelnden Teilchen der Elektronensysteme zusammengehörigen Einzelwesen. Vielleicht gilt auch hier:

> „Was Stoff ist? Kraft, Bewegung, Trieb und Leben.
> Was starr und fest den Vätern dünkte, ist ja nichts als Streben,
> und selbst der Marmor unterm harten Meißel
> ist nichts als kleinster Weltenkörper bunt Gewirbel nnd Gekreisel!“

Welche Rolle dem Kaufmann und der Wirtschaft im biologischen Zusammenhang und organischen Aufbau und Leben des Staatskörpers zufällt, mag dem

Abschluß unseres Überblicks vorbehalten bleiben, da hierbei auch die übrigen noch zu betrachtenden Seiten des staatlichen Wesens mitsprechen.

5. Die schon mit gestreifte, zu der biologisch-organischen teils begrifflich im Gegensatz stehende, teils indessen sie ergänzende und mit ihr verwachsene Persönlichkeitstheorie setzt, von der Rechtswissenschaft, der Gesamtperson des Staates als Rechtssubjekt her orientiert (Laband, Jellinek), den Begriff einer rechtlichen Persönlichkeit mit Gesamtseele, Gesamt- und Einheitswillen als Einheit gegenüber der Vielheit der Beherrschten. Aus der Sondersphäre des Rechts auf das Gesamtgebiet der biologisch-organischen Staatsauffassung übertragen, würde dann den dem biologischen Einzelwesen übergeordneten organischen Kollektivgebilden und dem Gesamtstaate als ihrer Zusammenfassung und Gipfelung eine Kollektivseele und ein Kollektivwille eignen. Aus solcher Seele und solchem Willen lassen sich dann wiederum die Ausdehnung und Einstellung der Staatszwecke über das Stofflich-körperliche und Wirtschaftliche hinaus auf die höheren Gebiete der Ethik und Ästhetik, auf Erziehung, Bildung, Künste, Wissenschaften und Gesamtkultur ableiten. Auch an diesen Staatsbelangen haben der Kaufmann und die Wirtschaft teils mittelbar, teils unmittelbar wesentlichen Anteil, so am gesamten niedern, höhern und Hochschulwesen sowie, in noch gesteigertem Grade, an den Berufsschulen, den kaufmännischen und technischen Fachschulen, den Handels- und technischen Hochschulen als den Ausbildungsstätten des kaufmännischen und gewerblichen Nachwuchses, so ferner an der Gestaltung des kaufmännischen und gewerblichen Lehrlingswesens, an der fachlichen und staatsbürgerlichen Fortbildung der Arbeiter, Angestellten und Selbständigen, an der Förderung der Berufstüchtigkeit, der Wahrung und Pflege der Standesehre, an der Nutzbarmachung wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Forscher- und Pionierarbeit, künstlerischer und kunstgewerblicher, ethnographischer, weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Leistung und Erfahrung. Zu Nutz und Frommen der Wirtschaft ergänzt so der „Lehrstaat", der „Kulturstaat" den Nähr- oder Wohlfahrtsstaat, den Rechts- und den Wehrstaat.

6. Übersehen oder vernachlässigt wird merkwürdigerweise in den Staatstheorien wenigstens der zünftigen Staatswissenschaftler und Staatsrechtler sowie in der staatswissenschaftlichen und staatsrechtlichen Literatur überhaupt, vielleicht seiner Selbstverständlichkeit wegen, aber doch zu Unrecht und mit Nachteil für die inhaltliche Gestaltung und wissenschaftliche Auswertung des Staatsbegriffs, gerade dasjenige Kriterium, ohne welches ein Staat überhaupt undenkbar ist und jede Definition bodenlos in der Luft schwebt: das Staatsgebiet, der Wurzelboden und Lebensraum des Macht- wie des Rechts-, des Wohlfahrts- wie des Kulturstaates. Streifende Nomaden-, Krieger- und Hirtenstämme mögen durch Gewalt- und Rechtsverhältnisse und primitive Wohlfahrts- und Kulturaufgaben zusammengeschlossen erscheinen, ein „Staat" sind sie nicht, wenigstens so lange nicht, bis

sie sich in einem bestimmten, sei es auch zunächst noch weit und schwankend umgrenzten Gebiet seßhaft gemacht und mit diesem zu einer Art Einheit verwachsen sind. Obgleich der Grund und Boden, das Land, von jeher der Hauptgegenstand aller Kriege und Kämpfe, Ausgangspunkt jeder Stammesverfassung und Rechtsordnung, Grundlage jeder Nahrung und Kulturentfaltung gewesen ist, Herder und Montesquieu schon 1784 und 1748 die geographische Bedingtheit der staatlichen Bildungen und der gesetzlichen Institutionen der verschiedenen Länder erkannt und hervorgekehrt haben, ist eine Raumtheorie, eine geopolitische Auffassung des Staates doch erst viel später, von der Geographie her, seit 1882 von Ratzel, seit 1924 in Fortentwicklung und wissenschaftlicher Erweiterung und Vertiefung von Haushofer und den übrigen Herausgebern und Mitarbeitern der „Zeitschrift für Geopolitik" an die Staatswissenschaft und das deutsche Volk herangebracht worden. Die für Staat und Wirtschaft, für den Verkehr und die gesamte Kultur der Völker geltenden Bedingtheiten des Raumes, der Lage, des Klimas, der Landschaft, der Gebirgs- und Küstengliederung, der Grenzen sind zugleich auch Bedingtheiten und Möglichkeiten für den Kaufmann und seine gewerblichen Unternehmen, wie auch ihm, schon nach dem vielzitierten Goetheschen Spruche, der umfassende und weite, über enge Räume hinaus aufs Weltganze gerichtete, dem des Geopolitikers verwandte Blick eignet. Aber nicht nur erdbestimmte Symptome von Macht- und Wirtschaftsverlagerungen im indopazifischen Raum, die weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage Ungarns oder das geopolitische Gesicht Mexikos, nicht nur Probleme und Belange weltwirtschaftlicher Absatz- und Verkehrsbeziehungen verknüpfen ihn mit dem Raum als Bannkreis und Quelle geschäftlichen Wirkens, auch in den örtlichen und territorialen Bezirken und Gemeinwesen der Heimat, in der Wahl und Besiedelung, der Ausbreitung und Wanderung industrieller Standorte, in dem bodenverhafteten Bestand und Wachstum von Geschäfts- und Kundenkreisen bewahrheiten sich im kleinen gleiche und ähnliche Gesetze geopolitischen Geschehens.

7. Greifen die bisher ins Auge gefaßten Theorien analytisch je eine Seite des Staatsproblems an, um von ihr aus Ursprung und Wesen des Staates zu ergründen, so sprießen aus jeder von ihnen doch zugleich mit Keime der andern, in gesteigertem Maße bei den drei zuletzt angeführten und der geopolitischen im besonderen, die bereits eine soziologische oder universale Staatsauffassung als Synthesis aller jener in sich birgt. Als hervorragendster Vertreter dieser darf wohl Kjellén angesprochen werden, der in seinem „Staat als Lebensform" den Macht-, den Rechts-, den Wohlfahrts-, den Kultur-, den Raumstaat zum Lebensstaat erweitert und erhebt, indem er die okkupatorische, die juristische, die biologisch-ethisch-soziale, die psychologisch-linguistische und die geopolitisch-soziologische Lösung zu logischer und ethischer Einheit empor- und zusammenführt. Als ältere und jüngere Weggenossen gesellen sich ihm, neben Haushofer und den Geopolitikern, der

Geohistoriker Albert von Hofmann, Gelehrte, Politiker, Staats- und Verwaltungsmänner wie Rudolf Stammler, Leo Frobenius, Eduard David, Eduard Hamm, Friedr. Alfr. Kühne, Emil Menke-Glückert, welch letzterer in seiner soeben erschienenen Denkschrift des sächsischen Ministeriums für Volksbildung das Werden, Leben und Wesen des Volkes und Staates der Jugend aus „Sprache und Schrifttum, religiösem Empfinden und Erleben, aus Geschichte und Kunst, Boden und Landschaft, Volksart und Sitte, Arbeit und Wirtschaft“ erschlossen wissen will. Nicht an letzter Stelle sind der Kaufmann und die Träger der Wirtschaft, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, als Nutznießer und Glieder der Staats- und Wirtschaftsordnung berufen, ein jeder aus seiner wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Stellung heraus, dem Gesamtwohl und der Vervollkommnung des Volkes und Staates als eines uns alle begreifenden Lebewesens zu dienen. Reichen Anlaß und fruchtbaren Boden bieten hierzu die innere Gemeinschaftsarbeit und äußere Verkehrsgestaltung der Betriebswirtschaft, die Arbeit in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Fach- und Zweckverbänden, Genossenschaften und Vereinen, die Mitarbeit und Hilfeleistung bei den gesetzlichen Aufgaben und Selbstverwaltungseinrichtungen der Industrie- und Handelskammern, die Bekleidung von Ämtern als Mitglied oder Hilfsorgan in diesen amtlichen Berufsvertretungen selbst sowie in der Rechtspflege, den Organen der Sozialversicherung, der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksverwaltung, den Landtagen, dem Reichstage, dem deutschen Industrie- und Handelstage, dem Reichswirtschaftsrate, in Beiräten der wirtschaftlichen und Verkehrsverwaltungen oder Ministerstellungen in Reich und Ländern. An allen diesen Stellen der Privat- und der Volkswirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, des politischen Lebens und der staatlichen Leitung können der Kaufmann und die Wirtschaftskreise, Selbständige wie Angestellte und Arbeiter, den Kurs der Wirtschaft und des Staatsschiffes vorwärtssteuern helfen: durch verständnisvolles, die eigenen Belange mit denen anderer Wirtschaftskreise und -zweige, der Volkswirtschaft und des Staates in Einklang setzendes Zusammenarbeiten, durch Hochhaltung der Standesehre und guter Sitte im wirtschaftlichen und politischen Verkehr, durch Mitbeachtung ethischer und staatsbürgerlicher Gesichtspunkte neben den rein geschäftlichen und wirtschaftlichen, durch Bekundung und Übertragung wirtschaftlicher Erfahrung und kaufmännischen Geistes im Verkehr und Zusammenwirken mit Behörden und Anstalten der öffentlichen Gemeinwesen, durch arbeits- und verantwortungsfreudige Teilnahme an Politik und Verwaltung von der Gemeinde hinauf bis in die Spitzen des Reichs und der Länder. Ludwigs XIV. „l'état c'est moi“ setzt sich dann für jeden einzelnen um in „Der Staat bin ich und ich bin ihm“, und mit solchen Staatsbürgern kann der Staat dann wahrhaftig „Staat machen“. Weit schöner drückt dasselbe, um mit einem Ausspruch von ihm zu schließen, Kjellén aus, wenn er, selbst auf Kosten zu überwindender Schwierigkeiten, Hindernisse, vielleicht auch Leiden, als Ziel der wirt-

schaftlichen und staatlichen Entwicklung „das Einzige, was im Grunde den Preis des Lebens bezahlt, nämlich die Verbesserung der Persönlichkeit zu immer größerer Vollkommenheit und die Entwicklung der Anlage des Volks zu immer höherer Vollkommenheit" bezeichnet und hinzufügt, dann möge es mit dem materiellen Glück gehen wie es wolle, oder richtiger: dann komme das wirkliche Glück von selbst.

Erich Obst:

LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

K. C. v. Loesch und A. Hillen Ziegfeld: Staat und Volkstum. Bücher des Deutschtums, Bd. II, 798 Seiten mit vielen Textkarten. Deutscher Schutzbund-Verlag, Berlin 1926.

Das Erscheinen eines neuen Bandes der Reihe „Bücher des Deutschtums" bedeutet ein Ereignis in einer Zeit, wo die Fragen des Staates und Volkstums alle Schichten unseres Volkes bewegen. Das Riesenwerk, das als Bd. II heute anzuzeigen ist, steht dem Bd. I an Fülle des Stoffs, Tiefgründigkeit der Untersuchungen und Anschaulichkeit der Darstellung (u. a. hervorragend lehrreiche Schwarz-weiß-Textzeichnungen!) in keiner Weise nach. Der erste Hauptteil behandelt Europa und seine Völkerprobleme (die europäischen Völkerunions-Ideen, der nationale Gedanke, die Minderheitenfrage, die fremden Minderheiten im deutschen Sprachgebiet, fremde Völker und Staaten); der zweite Hauptteil ist dem deutschen Volk gewidmet (Bevölkerungsbewegung, Siedlungsgeschichte und Siedlung, Wirtschaft, Volksgeschichte und Deutschtumskunde, Kulturgeschichte, Kirche, Kulturarbeit, Schutzarbeit).

Man wird schon aus diesen Kapitelüberschriften ersehen, welche Unsumme von Tatsachen und Gedanken hier verarbeitet worden ist. Es ist schlechterdings unmöglich, an dieser Stelle zu jedem einzelnen Punkt Stellung zu nehmen oder auch nur den Hauptinhalt zu kennzeichnen. Wir begnügen uns infolgedessen damit, hier nur auf die Untersuchungen der Paneuropafrage etwas näher einzugehen, weil diese Abschnitte das stärkste geopolitische Interesse erwecken. K. C. v. Loesch selbst steuert einen gedankenreichen Aufsatz „Paneuropa, Völker und -Staaten" bei; R. Riedl, der ehemalige österreichische Gesandte in Berlin, behandelt „Die Vereinigten Staaten von Europa als konstruktives Problem"; Privatdozent Dr. H. Gerber-Marburg erörtert das Problem staatsrechtlich unter dem Titel „Ein europäischer Bund?"

Der geopolitisch sehr gut unterbaute Aufsatz von v. Loesch zeigt die Voraussetzungen auf, die nach der Meinung des Autors für die Verwirklichung des Planes der Vereinigten Staaten von Europa in Frage kommen. v. Loesch verspricht sich nichts davon, etwa mit einer Zollunion zu beginnen, lehnt überhaupt einen Konstruktionsversuch ohne genügende Vorbereitung und vorausgehende Annäherung ab. Was er empfiehlt, ist organisches Wachstum unter Benutzung eines Kristallisationskernes, für den nach Lage der Dinge nur Deutschland und die ihm benachbarten Teile Mitteleuropas in Betracht kommen. Hier muß zunächst eine gewisse politische Bereinigung (Grenzkorrekturen!) erzielt werden, dann kann von diesem Zentrum aus die Idee Paneuropa nach der Peripherie aus weiter ausgreifen, indem man sich bemüht, die unterschiedlichen Kulturformen Mittel-, West- und Osteuropas gleichmäßig zu berücksichtigen. England und Rußland (bis zur Urallinie) sind für Paneuropa ebenso unentbehrlich wie das übrige Europa bis hin zum Mittelmeer (einschließlich Türkei).

Riedl wagt in seinem Beitrag den Versuch, einen Verfassungsentwurf für einen europäischen

Staatenbund zu skizzieren. Raummangel verbietet leider, im einzelnen darzulegen, wie sich Riedl das Zusammenwirken von Kongreß (Delegation der europäischen Parlamente) und Konvent (Delegation der europäischen Regierungen) denkt, welche Gedanken er sich hinsichtlich der Gewährleistung des Friedens und der äußeren Sicherheit, der Vertragsfrage, der Regelung der Wirtschafts- und Verkehrsprobleme, der Finanzen, des Schutzes der Nationalitäten u. a. m. bildet. Die ungemein ideenreiche und anregende Abhandlung Riedls sollte von jedem eingehend studiert werden, der sich mit dem Paneuropa-Problem ernsthaft auseinandersetzen will.

Den Abschluß dieser Erörterungen bildet eine vom Standpunkt des Staatstheoretikers dargebotene Studie von H. Gerber. Er empfiehlt, den europäischen Staatenbund nach den Regeln des Völkerrechtes aufzubauen. „Der Gedanke der Bildung eines europäischen Staatenbundes bedeutet die innere Durchbildung des Weltstaatensystemes unter dem Grundsatze der Selbstverwaltung solcher Staatenkreise, welche sich unter gleichen Bedingungen des Raumes als notwendige Einheiten fühlen . . . Ein Zusammenschluß der Staaten Europas für die Zukunft kann nur ein europäischer Bund souveräner Staaten sein."

Wir betonten schon oben, daß die hier skizzenhaft umrissenen Erörterungen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtwerk darstellen. Das Ganze verdient nach Inhalt und Form die denkbarste Empfehlung. Wenn in dem deutschen Volk die Kraft und der Wille zum Wiederaufstieg lebendig sind, dann müssen die „Bücher des Deutschtums" recht bald und in steigendem Maße Bücher jedes deutschen Hauses werden.

Richard Hennig: Freie Ströme. Wirtschaftspolitische Zeitfragen, 3. Heft, 104 Seiten. Verlag G. A. Gloeckner, Leipzig 1926.

Der Verfasser, dessen literarische Vielseitigkeit Erstaunen erwecken muß, beschäftigt sich hier mit einem ebenso interessanten wie staats- und völkerrechtlich komplizierten Thema. Ausgehend vom Begriff des „Freien Meeres" schildert er die Ansätze zu einer entsprechenden „Freiheit der Ströme". Die Internationalisierung der unteren Donau, des Kongo und des Niger (letztere nur auf dem Papier) werden verglichen mit den Bestimmungen des Versailler Diktats über die Internationalisierung der deutschen Ströme. Es ergibt sich, daß hier von einer Klarheit des Begriffs „Internationalisierung" keine Rede ist und daß es dem brutalen Machtwillen der Feindbundstaaten lediglich darauf ankam, Deutschland zu schwächen. Die gegenwärtigen Rechtsverhältnisse an Rhein, Donau, Oder, Memel und Weichsel werden ausführlicher behandelt, die Fragen des Elbe-Problems gelegentlich gestreift.

Kalender des Auslanddeutschtums 1927. Herausgegeben vom Deutschen Ausland-Institut Stuttgart.

Das Stuttgarter Institut hat sich mit diesem geschmackvollen Bilder-Kalender die Aufgabe gestellt, eine Brücke zwischen den Deutschen im Reich und den Volksgenossen jenseits der Grenzen zu schlagen; es soll das Deutschtum im Stammgebiet daran gemahnt werden, daß allenthalben in der Welt deutsche Menschen gesiedelt sind und deutsche Kultur verbreiten helfen. — Die mit kurzen, treffenden Erläuterungen ausgestatteten Bilder behandeln die deutschen Grenz- und Auslandssiedlungen: Kirche und Schule, Vereinswesen, wirtschaftliche Unternehmungen usw. Aus allen Teilen der Welt, wo immer Deutsche wohnen, sind diese Bilder zusammengetragen worden; der Kalender bietet infolgedessen eine eindrucksvolle Schau vom Deutschtum in der Fremde, und da er bei alledem sehr wohlfeil ist (1,50 Mk.), so sollte er im Interesse der Sache recht recht viele Freunde finden.

Reichsminister des Innern a. D. Dr. Külz, Deutschland. Jahrbuch für das deutsche Volk 1927. 247 Seiten mit einem Buntdruck-Titelbild des Reichspräsidenten, vielen Abbildungen und Textfiguren.

Nach dem Wunsche des Herausgebers soll das Buch dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit dienen und die Zuversicht in den Wiederaufstieg Deutschlands in allen Schichten unseres Volkes erwecken und festigen. Wir glauben, daß ein solches Ziel kaum besser erreicht werden konnte als durch die von Külz besorgte Sammlung von Aufsätzen. Männer aller Parteien, Gelehrte und Beamte, Wirtschaftler und Berufspolitiker kommen hier zu Worte und behandeln die mannigfachsten Probleme deutschen Staats- und Volks-

lebens; wir nennen von den Mitarbeitern hier nur Oswald Spengler, Prof. Herm. Kienzl, Bodo Ebhardt, Prof. Dr. Brandi, Reichstagspräsident Paul Löbe, Prof. D. Dr. Wilhelm Kahl, Prof. Dr. Philipp Zorn, General Reinhardt, Geh. Rat C. Duisberg, Reichsminister a. D. R. Wissel, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Prof. Dr. Bredt, Max Osborn, Otto Peltzer, Staatssekretär a. D. Dr. Th. Lewald. Daß auch die Fragen des Auslanddeutschtums gebührend erörtert werden, versteht sich bei der bekannten Einstellung des Herausgebers von selbst.

Gustav Braun, Deutschland: Dargestellt auf Grund eigener Beobachtung, der Karten und der Literatur. Zweite, umgearbeitete Auflage; 1. Heft, Norddeutschland. 136 Seiten mit 3 Tafeln und 25 Textabbildungen. Verlag Gebr. Borntraeger, Berlin 1926.

Der unseren Lesern wohlbekannte Greifswalder Geograph bietet hier den Anfang der Neubearbeitung seines originellen Werkes über unser Vaterland. Das in 14 natürlichen Landschaften klar, wenn auch nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten gegliederte Norddeutschland wird in jedem Abschnitt nach seiner morphologischen, siedlungs- und wirtschaftsgeographischen Eigenart gekennzeichnet, wobei dem Verfasser vorschwebt, daß der Leser die entsprechenden Blätter der Topographischen Übersichtskarte des Deutschen Reiches 1 : 200 000 zur Hand hat. Für die Pflege einer modernen Heimatkunde hat Braun damit ein Hilfsmittel und einen Führer geschaffen, für den ihm aufrichtiger Dank gebührt. Daß bei einer so weitgespannten Untersuchung kleine Unrichtigkeiten unterlaufen sind, kann den Wert des Ganzen nicht herabsetzen. Die große räumliche Ausdehnung von Hannover auf das Vorherrschen des Einfamilienhauses (Bremen!) zurückzuführen, geht nicht gut an; in Hannover sucht man im Gegensatz zu Bremen Einfamilienhäuser — von den peripherischen Villenvororten abgesehen — leider vergeblich (siehe die Mietskasernenblöcke in Hainholz, Linden, Südstadt usw.). Die Kartenskizzen und die dort angewandten Signaturen sollten in einer Neuauflage jeweils erläutert werden. Im Literaturverzeichnis fehlen einige wichtige Arbeiten (Linde, Lüneburger Heide; Leonhardt, Hannover; Langenheim, Lüneburg; Maenicke, Magdeburg u. a. m.). Auf der anderen Seite muß doch wohl die Arbeit von H. Heins dort gestrichen werden, denn unseres Wissens behandelt Heins nicht das norddeutsche, sondern das nordwestindische (!) Flachland.

Erich Rosendahl, Geschichte Niedersachsens. XV und 936 Seiten. Helwingsche Verlagsbuchhandlung, Hannover 1926 bis 1927.

Das umfangreiche Werk stellt die einzige moderne Geschichte Niedersachsens dar, die wir besitzen. Mit der Schlacht am Teutoburger Walde beginnt die Darstellung, die uns durch die vielen Jahrhunderte bis zur neusten Zeit führt. Der Begriff „Niedersachsen" erfährt dabei eine immer stärkere Einengung, indem sich der Verfasser, um sich nicht zu verlieren, vor allem auf die welfischen Lande beschränkt. Staaten- und Fürstengeschichte steht ganz ausgesprochen im Vordergrund. Geopolitische Gesichtspunkte treten zurück, dafür aber wird die Wechselwirkung zwischen niedersächsischer und Reichsentwicklung allenthalben klar herausgearbeitet. Kulturelle, wirtschaftliche und soziale Probleme werden gelegentlich kurz behandelt. Der Verfasser macht aus seinem welfischen Standpunkt keinen Hehl und kann daher einer Gestalt wie Bismarck schwerlich gerecht werden. Trotzdem darf der bedeutende Wert dieser Veröffentlichung nicht angezweifelt werden. Als kritisch zu benutzendes Nachschlagewerk wird das Buch von Rosendahl allen denen unentbehrlich sein, die sich mit Niedersachsen zu beschäftigen haben. Bei einer evtl. Neuauflage würde es sich dringend empfehlen, genaue Quellenangaben und ein Register beizufügen.

Karl Steinacker, Die Stadt Hildesheim: Historische Stadtbilder, Nr. 9. 142 Seiten mit zwei Karten, einer Stadtansicht, einem Stadtplan und vier Grundrißzeichnungen. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin 1927.

Die Abhandlung gliedert sich in zwei Teile: der erste bietet einen Abriß der Geschichte der Stadt Hildesheim, der zweite eine liebevolle Beschreibung der Stadt und ihrer Sehenswürdigkeiten, gleichsam als Führer durch das heutige Hildesheim gedacht. In dem geschichtlichen

Abschnitt finden sich viele geopolitische Bemerkungen von Wert. Der Verfasser bespricht z. B. die Naturbegünstigung des Raumes Hildesheim, die für die Entwicklung der Stadt in den vergangenen Jahrhunderten von Belang war. Die Vernichtung des Hochstifts, die Linienführung der Eisenbahnen u. a. m. ließen dann aber Hildesheim zurücktreten gegenüber Verkehrsknotenpunkten wie Elze und Hannover. „Hildesheim ist vom modernen Verkehr in der Tat beiseite geschoben, trotz seiner uralten verkehrsreichen Westosthandelsstraße. Das hätte beim Festhalten an Elze als Diözesanmittelpunkt mit diesem nicht in dem Umfange geschehen können. Wenn Hildesheim einen leidlichen Rang sich behauptet hat, so verdankt es das der nachwirkenden mittelalterlichen Energie seiner Bürgerschaft.“

Fritz Schumacher, Zukunftsfragen an der Unterelbe. Gedanken zum „Groß-Hamburg“-Thema. 2. Aufl. 47 Seiten mit 14 ganzseitigen Textzeichnungen als Anhang. Verlag Eugen Diederichs, Jena 1927.

Der Verfasser behandelt das nämliche Problem, das Ref. in dieser Zeitschrift bereits einmal erörtert hat (Zeitschrift f. Geopolitik 1926, S. 663 f.). Schumacher legt mit Recht Wert darauf, das Unterelbegebiet als einheitlichen Wirtschafts- und Verkehrsraum gewertet zu sehen. Für ihn als Städtebauer stellt sich das Kardinalproblem etwa folgendermaßen dar: im Unterelberaum werden sich in der Folgezeit ungeachtet der politischen Grenzen immer größere Menschenmassen zusammenballen. Das zentrale Arbeitsgebiet für alle ist und bleibt das Hamburger Hafengelände, das wegen der Hochwertigkeit des Bodens (Verkehr und Industrie!) und aus Gesundheitsgründen nicht zugleich als Hauptwohngebiet in Frage kommt. Es handelt sich also darum, die in der Marsch arbeitenden Menschen (ihre Zahl soll sich nach Schumacher schließlich einmal auf rund 2 Millionen belaufen) in den angrenzenden Geestgebieten anzusiedeln. Einem solchen Vorhaben steht z. Z. die preußisch-hamburgische Rivalität entgegen. Der Verfasser befürwortet als Ausweg die Bildung einer Technischen Kommission, die alle Probleme zu klären und ein objektiv durchgearbeitetes und klar übersehbares Material zu schaffen hat. Über diese Vorschläge der Technischen Kommission müßte dann eine preußisch-hamburgische zwischenstaatliche Kommission unter dem Vorsitz eines vom Reich ernannten Präsidenten endgültig entscheiden.

Ostdeutscher Heimatkalender 1927. 6. Jahrgang, herausgegeben vom deutschen Ostbund und von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier. 160 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Verlag deutscher Ostbund E. V., Berlin.

Ein sehr gefällig ausgestatteter Kalender mit vielen volkstümlich gehaltenen Beiträgen. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Kalender nicht nur im deutschen Osten, sondern im ganzen Reich Verbreitung fände.

Leo Witschell, das Ergebnis der Sprachenzählung von 1925 im südlichen Ostpreußen. Veröffentlichungen des Geographischen Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg, Heft VII, 8 Seiten und eine Karte in Buntdruck. Verlag L. Friederichsen & Co., Hamburg 1926.

L. Wittschell hat sich ein entschiedenes Verdienst dadurch erworben, daß er das Ergebnis der Sprachenzählung von 1925 in einer Karte 1 : 300 000 genau fixiert hat. Die sehr sorgfältige Arbeit ist gemeindeweise durchgeführt worden; der Darstellung liegt die Punktmethode zugrunde.

A. Brandenburger und Manfred Laubert: Polnische Geschichte. Zweite umgestaltete Auflage. Sammlung Göschen, Bd. 338. 167 S. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin-Leipzig 1927.

Die beiden bekannten Gelehrten haben sich in die Aufgabe in der Weise geteilt, daß Brandenburger die Geschichte des alten polnischen Reiches (Entstehung des Reiches und Erbmonarchie der Piasten, Zeitalter der Jagiellonen, Polen als Wahlreich, der Untergang) behandelt, Laubert die Geschichte der polnischen Teilgebiete unter der Fremdherrschaft und die Wiedererstehung des Reiches (die drei Teilgebiete bis zum Wiener Kongreß, die Zeit der Aufstände 1815—63, die Zeit der inneren Erneuerung 1864—1914, der Weltkrieg und die neue Republik Polen). Die Schrift, für deren Güte der hohe wissenschaftliche Ruf der Verfasser bürgt, ist als Grundlage

zum Verständnis der Geopolitik des Ostens schlechthin unentbehrlich.

Orbis Terrarum (Die Länder der Erde im Bild), England. 304 Seiten mit Aufnahmen von E. A. Hoppé, mit einer Einleitung (XXVIII. S.) von Charles F. G. Masterman. Verlag Ernst Wasmuth A.-G., Berlin 1926.

Jedesmal, wenn ein neuer Band dieses unseren Lesern nun schon wiederholt wärmstens empfohlenen Sammelwerkes erscheint, empfindet man von neuem die aufrichtigste Freude und einen berechtigten Stolz über diese deutsche Glanzleistung. Mit welch feinem Verständnis, welch tiefer Einfühlungsgabe der Verlag auch dem Lande „England" an die Arbeit gegangen ist, verrät die kleine Notiz: „England durfte nicht im Sonnenglanz gezeigt werden, wie Bilder aus Italien. E. O. Hoppés Aufgabe war vielmehr, den spezifischen Stimmungsgehalt, die neblige Atmosphäre und die dunstige Weite der englischen Landschaft in seinen Bildern festzuhalten." Und dieses Ziel wurde voll und ganz erreicht! Man erlebt beim Durcharbeiten dieses Bandes das eigentliche England (London selbst kommt etwas knapp weg), die Walliser Berglandschaft, das seenreiche Hochland von Schottland, die weiche Monotonie der irischen Insel, als ob man wieder einmal durch diese verschiedenartigen Gebiete Großbritanniens wanderte. Und wie tief spürt man die besondere Eigenart der britischen Inselwelt, wenn man nach Lektüre dieses Bandes etwa zu den entsprechenden Bänden desselben Sammelwerkes über Spanien, Italien oder Jugoslawien, Griechenland oder Nordafrika greift. Gerade das vergleichende Studium dieser Prachtbände öffnet selbst dem Laien die Augen über die grundverschiedene Natur- und Kulturausstattung der einzelnen Hauptbezirke des Abendlandes und gibt dem Fachwissenschaftler immer neue Anregungen. — Ein herzliches Glückauf zur Fortsetzung und Vollendung dieses in der ganzen Welt einzigartigen Unternehmens!

Ludwig Riess: Englische Geschichte hauptsächlich in neuester Zeit. 359 Seiten. Verlag Nauck & Jüngling, Berlin 1926.

Eine ausgezeichnete Darstellung, der wir ebenso ihres wissenschaftlichen Gehalts wie ihrer glänzenden Form wegen die weiteste Verbreitung wünschen möchten. Von der keltischen und angelsächsischen Periode handelt Riess nur kurz, um dann mit der Schilderung des anglo-normannischen Feudalstaates in breiteres Fahrwasser einzulenken. Alle nun folgenden wichtigen Perioden englischen Staatslebens erfahren eine eingehende Würdigung, wobei sowohl die machtpolitischen als auch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme behandelt werden. Das Werk von Riess führt bis in die neuste Zeit hinein und erhält gerade dadurch besonderen Wert. Mit der Rückkehr einer konservativen Parteiregierung (4. November 1924) nach dem kurzen Intermezzo eines Kabinetts der Arbeiterpartei schließt dieses bedeutsame Werk eines Gelehrten, der England und das Britische Weltreich so gründlich kennt wie wenige Deutsche.

Gg. Engelbert Graf: England am Scheidewege. Jungsozialistische Schriftenreihe. 48 Seiten mit mehreren Skizzen. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1927.

Eine knappe und nicht sonderlich originelle Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Struktur des Britischen Weltreichs. Der Verfasser gelangt zu folgendem Ergebnis: „So würde auch eine kontinentaleuropäische vom Proletariat getragene Verständigung in logischer Folge zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa hinführen, würde den Kristallisationskern dazu abgeben. Ein solcher europäischer Staatenbund würde sowohl Rußland veranlassen, sein politisches Gesicht und die Hände seiner Wirtschaft wieder Europa zuzuwenden, wie er andererseits revolutionierend auf die Struktur und auf den Bestand des britischen Imperiums einwirken müßte. In diesem Sinne hängt von dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich die Autonomie Indiens, hängt davon der mögliche Zerfall des englischen Weltreichs ab und damit die Befreiung der Millionenvölker dieses Weltreichs vom kapitalistischen englischen Joch. Der Friede Europas bedeutet die Götterdämmerung des „British Empire."

W. Neuling: Die Stellung der drei großen Dominien im Britischen Reich nach dem Kriege. Unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik ihrer Ministerpräsidenten. Sozialwissenschaftliche Forschungen,

Abt. IV, Heft 4. 108 Seiten. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin-Leipzig 1927.

Eine vorzügliche Abhandlung, die in vieler Beziehung neues Material zur Klärung des Empire-Problems liefert. Der Verfasser behandelt zunächst für Kanada, Australien und Südafrika jeweils Land und Volk, Parteien und Führer, Wirtschaftspolitik und die Stellung im Reich. Ein weiterer Abschnitt ist der Verfassungspolitik gewidmet, um Londons Stellung zu den Dominien zu beleuchten. Ein letztes Kapital streift kurz den Reichswillen, d. h. die Motive, die die Dominien vorerst zur Bejahung des Reichsgedankens führen: „The British Empire grew, and still exist, because it pays!" Die Schrift verdient ernste Beachtung, weil sie eine fast lückenlose Zusammenstellung des gesamten einschlägigen Materials enthält und sehr gründlichen Aufschluß gibt. Das gilt nicht nur von den exakt zu erfassenden Tatsachen (Wirtschaftspolitik, Verfassungsentwicklung u. a. m.), sondern auch von den mehr stimmungsmäßigen Imponderabilien, die für die politischen Geschicke des Empire nicht minder bedeutungsvoll sind.

Colin Ross: Die erwachende Sphinx. Durch Afrika vom Kap nach Kairo. 310 Seiten mit 112 Abbildungen und 13 Kärtchen. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig 1927.

Das deutsche Schrifttum ist nicht sonderlich reich an guter Weltreiseliteratur. Mit einer gewissen Skepsis geht man an die Lektüre von Berichten über weitausgedehnte Reisen, weil man gewöhnlich durch mangelnden Tiefblick oder schiefe Urteile enttäuscht wird. Gerade, weil dem vielfach so ist — und wie könnte es vollends in der Nachkriegszeit angesichts der Verarmung, Abgesperrtheit und inneren Zerrissenheit des deutschen Volkes anders sein —, bereitet ein Buch wie das vorliegende herzinnige Freude. Man braucht gewiß nicht jedes Wort Colin Ross' gutzuheißen, aber man läßt sich gern in den Bann dieses klugen, ungemein fesselnd geschriebenen und glänzend ausgestatteten Buches zwingen. Und man lernt außerordentlich viel daraus, so knapp auch die einzelnen Skizzen gehalten sein mögen. Marokko, Südwest und Kapland, Mozambique, Njassaland und Rhodesien, Kongo, Tanganyika-Territorium (Deutsch-Ostafrika) und Zanzibar, Kenya und Uganda sowie endlich Ägypten werden nacheinander in ihrer ethnischen, wirtschaftlichen und geopolitschen Problematik umrissen; jedes Teilgebiet erleben wir in seiner spezifischen Individualität, und allenthalben klingt zugleich der Grundakkord durch, der die Vielheit doch wieder zur Einheit macht: Das Erwachen des Afrikaners. Den geopolitisch interessierten Lesern seien vor allem die folgenden Kapitel empfohlen, die freilich nur im Zusammenhang des ganzen Werkes recht gewürdigt werden können.

Afrikanische und amerikanische USA. (S. 83).

Die „Schwarze Gefahr" und die „Schwarze Notwendigkeit" (S. 104).

Zur geopolitischen Struktur Südafrikas (S. 159).

Die Zukunft der weißen Kolonisation (S. 234).

Die Möglichkeiten deutscher Kolonialpolitik (S. 239).

Uganda, ein Angelpunkt des afrikanischen Problems (S. 275).

Ägypten und Afrika (S. 301).

Dem überreichen Inhalt des Buches ist wegen seiner Vielseitigkeit im Rahmen einer kurzen Besprechung schwer gerecht zu werden. Wir möchten aber nicht unterlassen, hier und dort einige Sätze herauszugreifen, die für den Geist des höchst empfehlenswerten Buches bezeichnend sind: „Ich habe mir auf allen meinen Reisen Mühe gegeben, in „unerforschtes" Land zu kommen, um dann immer wieder die Erfahrung zu machen, daß längst ein anderer vor mir da war. Aber in gewissem Sinne ist heute ganz Afrika neu zu erforschen, nämlich nicht in seinen geographischen oder ethnographischen, sondern in seinen Lebensbedingungen. Afrika hat in den letzten Jahren, was Denken, Empfinden, soziale Gliederung und Lebenshaltung der Eingeborenen anbetrifft, eine alles umwälzende Revolution durchgemacht, größer vielleicht noch als jene, die Europa erschütterte. Diese Revolution ist keineswegs beendet, sie ist noch in vollem Gange, und es läßt sich noch nicht absehen, was ihr Ergebnis sein wird" (S. 277).

„Zum vollen Nutzen Europas wird sich die wirtschaftliche Erschließung Afrikas aber nur dann durchführen lassen, wenn die Frage der Behandlung der Schwarzen und der Nutzung der schwarzen Arbeitskräfte in ganz Afrika wenig-

stens einigermaßen nach gleichen Gesichtspunkten erfolgt. Heute wird nicht nur in den Kolonien jeder einzelnen Kolonialmacht, sondern in jeder einzelnen Kolonie anders regiert und verwaltet. Das war möglich, solange es in Afrika an Verkehrswegen fehlte. Heute, wo wir Arbeiterwanderungen durch den halben Kontinent haben, ist es ohne nachteilige Folgen nicht mehr möglich. Man denke nur daran, daß die Löhne für die gleiche Arbeit in den einzelnen Kolonien zwischen 6 und 100 Mark schwanken, daß in der einen Kolonie noch offiziell geprügelt wird, in der anderen inoffiziell, in der dritten überhaupt nicht, daß in manchen Gegenden Schwarze Gäste des Gouverneurs sind, in anderen kein Weißer sich mit ihnen an einen Tisch setzen würde, und dergleichen Verschiedenheiten mehr. Wenn auch die aus solchen Ungleichheiten erwachsende Unruhe und Verhetzung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten keinen gefährlichen umfassenden Aufstand der Schwarzen auslösen wird, so kann sie doch die gleichmäßige und dauernde Versorgung der weißen Farmen und Industrien mit Arbeitskräften aufs schlimmste gefährden" (S. 236/37).

„Ich habe nationales Selbstlob stets für eine wenig erbauliche Sache angesehen, allein bei uns weiß man im Grunde so wenig von unserer kolonisatorischen Tätigkeit der Vorkriegszeit, daß man ruhig ein wenig davon reden kann. Ich muß sagen, ich war immer wieder überrascht, wie ein Volk wie das Deutsche, das gar keine Vorbildung in Kolonialverwaltung hatte, so Hervorragendes leistete. Wenn man Deutsch-Ost und Britisch-Ost, die doch ungefähr gleichzeitig und unter einigermaßen gleichartigen Verhältnissen geschaffen wurden, miteinander vergleicht, dann fällt der Vergleich in jeder Hinsicht zugunsten des ersteren aus... Nach allem was ich von deutscher und englischer Kolonialverwaltung gesehen habe, halte ich die Deutschen für die weitaus begabteren Kolonisatoren. Vor allem versteht es der Deutsche ganz augenscheinlich ungleich besser, die Schwarzen richtig zu behandeln... Die koloniale Schuldlüge ein beispielloser Skandal, eine bewußte Verleumdung zu Propagandazwecken" (S. 241/42/43).

„Man kann durchaus das französische Interessengebiet in ganz Westafrika und das englische in Ägypten, im Sudan und in Uganda unangetastet lassen, ebenso wie die Südafrikanische Union, die ja bereits ein selbständiges, unabhängiger politisches Gebilde ist. Bleibt Zentralafrika. Hier könnte mit der Zeit aus dem Kongo, den portugiesischen Kolonien und Ostafrika etwas Ähnliches geschaffen werden, wie es seinerzeit der unabhängige internationale Kongostaat in der Idee war. Unter dem Stichwort einer internationalen wirtschaftlichen Ausnutzung dieses Gebiets und der gleichmäßigen Wahrung der Rechte der Europäer den Eingeborenen gegenüber könnte eine intereuropäische Organisation geschaffen werden, die dieses mächtige Rohstoffgebiet zunächst nach einheitlichen Gesichtspunkten wirtschaftlich erschließt und mit der Zeit auch politisch verwaltet" (S. 247).

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig